

# Horizonte 21

Umwelt · Energie · Sicherheit | Band 3

Jacopo Maria Pepe

Die Gasversorgung Europas

**ffu** Welt  Trends





Jacopo Maria Pepe  
Die Gasversorgung Europas



Jacopo Maria Pepe

## Die Gasversorgung Europas

Das Dreieck EU – Russland – Ukraine zwischen  
Geopolitik, Geoökonomie und Securitization

### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

### **Universitätsverlag Potsdam 2010**

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Tel. +49 (0)331 977 4623, Fax -3474

E-Mail: [verlag@uni-potsdam.de](mailto:verlag@uni-potsdam.de)

### Die Schriftenreihe **Horizonte 21**

wird herausgegeben von PD Dr. Lutz Mez, Forschungsstelle für Umweltpolitik (ffu) an der Freien Universität Berlin, und Prof. Dr. Lutz Kleinwächter, bbw Hochschule der Wirtschaft Berlin, im Auftrag von WeltTrends e.V.

Jacopo Maria Pepe: Die Gasversorgung Europas. Das Dreieck EU – Russland – Ukraine zwischen Geopolitik, Geoökonomie und Securitization

Produktionsleiter: Kai Kleinwächter

Lektorat und Satz: pertext – Enrico Wagner

Druck: docupoint GmbH Magdeburg

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Nutzungsrechte liegen bei WeltTrends e.V.

ISSN (print) 1868-6222

ISSN (online) 1868-6230

ISBN 978-3-86956-098-4

Zugleich veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2011/5023/>

URN <urn:nbn:de:kobv:517-opus-50235>

<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-50235>

*Meinen Eltern*  
*Ai miei genitori*

**Publizieren Sie Ihre Forschungsergebnisse!**

## **Horizonte 21 – Energie, Umwelt, Sicherheit**

**Sie suchen** eine Möglichkeit für eine solide Veröffentlichung Ihrer akademischen Arbeitsergebnisse in den Bereichen Energie, Umwelt und Sicherheit. Weder ein billiges Internet-Portal noch ein teurer Verlag sollen es sein. Ein bezahlbares Buch zum Anfassen, für Ihre nächste Vorlesung, für die nächste Konferenz oder Ihr wissenschaftliches Renommee – das möchten Sie? Immerhin sind es substantielle Ergebnisse, die Ihre wissenschaftliche und berufliche Laufbahn begründen. Die Arbeit, die darin steckt, sollte eine ordentliche, vorzeigbare Publikation wert sein!

**Wir bieten** Ihnen gemeinsam mit dem Universitätsverlag Potsdam diese Möglichkeit. Seit über 15 Jahren publiziert **WeltTrends** akademische Texte in verschiedenen Reihen. Herausgeber sind erfahrene Hochschullehrer, Prof. Dr. Lutz Kleinwächter und PD Dr. Lutz Mez. Wenn Sie sich eine der bisherigen Arbeiten anschauen wollen, dann besuchen Sie die Internet-Seite [www.welttrends.de](http://www.welttrends.de) oder die Website des Universitätsverlages Potsdam.

**Schnell, preiswert und akademisch vollwertig!**

**Unser Angebot:** WeltTrends übernimmt Lektorat, Satz und Werbung.

Der Universitätsverlag Potsdam realisiert die Buchpublikation sowie die Online-Veröffentlichung auf dem zertifizierten Publikationsserver der Universität Potsdam und den Nachweis in den relevanten bibliographischen Datenbanken und Bibliothekskatalogen. Sie erhalten 10 Autorenexemplare, weitere Exemplare gibt es zum Sonderpreis.

**Ihre Kosten:** Sie liegen deutlich unter den üblichen Verlagsangeboten.

Ein Beispiel: Bei einem Umfang von 100 Seiten und einer Auflage von 50 Exemplaren kostet dies 500 Euro. Übrigens: Einen Teil der Kosten können Sie sich bei VG Wort zurückholen.

**Ihr Ansprechpartner:** Wenn Sie Interesse haben, dann 0331 - 977 4540 anrufen, schreiben Sie der [redaktion@welttrends.de](mailto:redaktion@welttrends.de) oder wenden Sie sich direkt an Prof. Dr. L. Kleinwächter und besprechen mit ihm die konkreten Konditionen und das weitere Verfahren.

**Wir beraten und betreuen Sie bei Ihren akademischen Publikationen – WeltTrends, der kompetente Dienstleister für Wissenschaftler und Dozenten.**

**WeltTrends • c/o • Prof. Dr. Lutz Kleinwächter Tel. +49/(0)331/977-4540 • E-Mail: [L.Kleinwaechter@welttrends.de](mailto:L.Kleinwaechter@welttrends.de)**

# Inhalt

<b>1 Einleitung</b>	<b>11</b>
1.1 Problem und Relevanz der Fragestellung	11
1.2 Methodik	18
1.3 Vorgehensweise	20
<b>2 Theoretischer Hintergrund</b>	<b>23</b>
2.1 Die Geopolitik – neue multidimensionale Begriffsdefinition	23
2.1.1 Osteuropa: Mackinders Randland	24
2.1.2 Weltordnung und amerikanische Geostrategie	26
2.2 Postkonstruktivismus: neuer Sicherheitsbegriff und die Theorie der <i>Securitization</i>	31
2.2.1 <i>Securitization</i> : die Logik und die Akteure	33
2.2.2 Sektoren der <i>Securitization</i> : der Energiesektor	34
2.3 <i>Securitization</i> der Energie als Folge des Versagens der Energie- bzw. Gasversorgungssicherheit	35
<b>3 Die amerikanische <i>Securitization</i> der Gasbeziehung zwischen der EU und Russland</b>	<b>39</b>
3.1 Geostrategie: NATO-Osterweiterung als Einkreisung Russlands	39
3.2 Die <i>Securitization</i> in der politisch-wissenschaftlichen Debatte	43
3.2.1 Argumente: die „gefährliche“ Abhängigkeit Europas von Russland und die „Energie als Waffe“	43
3.2.2 Instrument: die Energie-NATO	47
<b>4 Die Effekte der <i>Securitization</i>: geopolitische Divergenzen in der Gasbeziehung zwischen der EU und Russland</b>	<b>51</b>
4.1 Die EU – Energieaußenpolitik und der Energiecharta-Vertrag: mit oder ohne Russland?	51
4.2 Russland – die Energiediplomatie und der transeurasische Energiemarkt: gerne mit Europa!	58

<b>5 Die Grenzen der <i>Securitization</i>: Die europäisch-russische geoökonomische Interdependenz als Stabilitätsfaktor für die Gasversorgung Europas</b>	<b>71</b>
5.1 Der Erdgasbedarf der EU und Russlands Rolle in der Gasversorgung	71
5.2 Die Bedeutung der Erdgasexporte nach Europa für die Haushalts- und Handelsbilanz Russlands	74
5.3 Gazprom – Interessen und Exportstrategie: nicht ohne Europa	78
5.4 Die westeuropäischen Energiekonzerne: gerne mit Russland	85
<b>6 Die Ukraine als fehlendes Bindeglied in der geoökonomischen Interdependenz: das Problem des <i>Ukrainian International Gas Transit Systems</i> (IGTS)</b>	<b>95</b>
6.1 Geopolitik: die Ukraine als Drehpunkt zwischen der EU, den USA und Russland	95
6.1.1 Die Strategie der USA	95
6.1.2 Die Strategie der EU	99
6.1.3 Die Strategie Russlands	100
6.2 Der <i>Securitization</i> -Test: die Gaskrise von 2009 – <i>Geopolitics matters but doesn't fit</i>	102
6.3 Geoökonomie: Trassendiversifizierung und Kontrolle des IGTS als Ausweg aus den Versorgungsrisiken?	106
6.3.1 Trassendiversifizierung: Nord-Stream und South-Stream	108
6.3.2 Das IGTS-Konsortium	111
<b>7 Schlussfolgerungen</b>	<b>115</b>
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>121</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>131</b>
<b>Anhang: Karten</b>	<b>132</b>

Jacopo Maria Pepe, geb. 1984, hat von 2003 bis 2010 Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Universität Potsdam, der FU Berlin, der Humboldt Universität zu Berlin sowie an der Universität Rom III studiert. Seit September 2010 ist er im Promotionsprogramm BC-CREES der FU (Berlin Centre for Caspian Region Environmental and Energy Studies) aufgenommen worden und arbeitet zurzeit an seiner Promotion zur Thematik der „russischen Außenpolitik in Zentralasien und Südkaukasus“.

Kontakt: [jacopo.pepe@virgilio.it](mailto:jacopo.pepe@virgilio.it)





**“There is no ‘geopolitics of energy’ per se. Gazprom's moves are often misconstrued as a pool of some political strategy. The reality is different: Energy is a political business, but it is business first and last.”**

(Dmitri Trenin, Senior Associate of the Carnegie Endowment for International Peace and Deputy Director of the Carnegie Moscow Center)

**“You seem to us quite unique in your tendency to ... redefine uncertainties into realities, simply because you would like them to be so.”**

(Thucydides, Greek Historian, “The Peloponnesian Wars”, Book 7)

**„Die gegen Russland gerichtete Energieaußenpolitik der EU geht zudem in der Ukraine, im Südkaukasus und in Zentralasien mit einer US-amerikanischen Geopolitik konform, die aus weltpolitischen Gründen und einer aus berechtigter Enttäuschung über Russlands Entwicklung unter Putin gespeisten Aversion gegenüber Russland auf Eindämmung des russländischen Einflusses zielt.“**

(Roland Götz, Pipeline Popanz, in Osteuropa Sonderheft „Energie-Dossier“ 2009)

# 1 Einleitung

## 1.1 Problem und Relevanz der Fragestellung

Am 6. Januar 2009 begann die längste und schwerste Krise in der Geschichte der Gasversorgung Europas seit Beginn des Gasgeschäftes zwischen Moskau und den europäischen Staaten in den 1970er Jahren. Die Krise dauerte bis zum 20. Januar und gefährdete sowohl das Bild Russlands als zuverlässiger Gasversorger Europas als auch jenes der Ukraine als zuverlässiges Transitland. Mehrere Tage lang wurde der Gasfluss unterbrochen und mehreren europäischen Ländern (vor allem in Südosteuropa) drohte bei einem besonders kalten Winter eine humanitäre Katastrophe. Die Krise, die durch das Scheitern der Preisverhandlungen für Gastransit und Gasverbrauch ausgelöst wurde, war allerdings nicht die erste. Vielmehr folgte sie der Krise von 2006 sowie anderen Gasunterbrechungen in den 1990er Jahren und kam daher für diejenigen, die den gesamten Zustand der russisch-ukrainisch-europäischen Energiebeziehungen näher untersuchten, wenig überraschend.<sup>1</sup> Diese Krise setzte die gefährliche Spannungskraft der problematischen Beziehung zwischen Kiew und Moskau frei, die jedoch nicht direkt mit dem Gasgeschäft zwischen der Ukraine und Russland zusammenhing, sondern vielmehr mit der gesamten außenpolitischen Sicherheitslage der europäisch-russischen Region. Der „Sicherheitsbedarf“ der drei Akteure (vor allem hinsichtlich der Energieversorgung der EU, des Energieabsatzes Russlands sowie des Energietransits und der -versorgung der Ukraine) ist seit langem durch außerwirtschaftliche Faktoren gestört und gefährdet. Daher ist es kaum möglich, die Gasbeziehungen zwischen diesen drei Akteuren zu behandeln, ohne dabei auch die geostrategischen Interessen zu erwähnen und dieses Dreieck in einen breiteren internationalen Kontext einzugliedern. Russland als größter Erdgaslieferant Europas und gleichzeitig als ihr geographisch direkter Nachbar auf dem eurasischen Kontinent spielt zweifelsohne eine strategische Rolle in der Deckung des gegenwärtigen und des zukünftigen Erdgasbedarfes der EU: Tatsächlich geht in der EU die Schere zwischen abnehmender Eigenerzeugung und steigendem Verbrauch immer weiter auseinander.<sup>2</sup>

1 Vgl. Stern, Jonathan: „The Russian-Ukrainian Gas Dispute of January 2009 – a comprehensive Assessment“, Oxford Energy Institute, Februar 2009, S. 5.

2 Nach dem „Grünbuch der EU 2006“ soll sich die Abhängigkeit von Erdgaseinfuhren in den nächsten 25 Jahren auf 80% erhöhen. Vgl. EU-Kommission: „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“, März 2006.

Nach Einschätzung des *Grünbuches* von 2006 deckt der Erdgasimport aus Russland 30 % des europäischen Erdgasbedarfes und wird trotz einer tendenziellen Senkung des Verbrauchs und eines gleichzeitig wachsenden Anteils an erneuerbaren und nicht-fossilen Energieträgern im EU-Energiemix bis zum Jahr 2030 vermutlich auf 60 % steigen.<sup>3</sup> In dieser Hinsicht spielen die Unterschiede zwischen Erdöl- und Erdgasmarkt eine strategisch relevante Rolle: anders als Erdöl wird Erdgas nicht auf einem einheitlichen Weltmarkt verkauft; Handel und Lieferung von Erdgas erfolgen meistens auf Basis langfristiger Lieferverträge zwischen Verbrauchern und Produzenten; die Erdgaspreise sind an jene für Erdöl gekoppelt und zusammen mit der Menge und dem Lieferungsdatum festgelegt. Die fehlende Existenz eines einheitlichen Marktes ist auf die Transportart des Erdgases zurückzuführen. Die Vermarktung kann per *Onshore-* oder *Offshore-*Pipeline sowie durch Verflüssigung (LNG) per Schiff erfolgen. Die Lieferung per Schiff ist allerdings im Gegensatz zur Erdölvermarktung noch sehr kostenintensiv. Nach der *BP Statistical Energy Review 2009*<sup>4</sup> betrug zwar der weltweite LNG-Handel im Jahr 2008 226,5 Mrd. m<sup>3</sup> und somit mehr als im Vorjahr (2007: 226,4 Mrd. m<sup>3</sup>),<sup>5</sup> bildete damit allerdings immer knapp die Hälfte des weltweiten Erdgashandels per Pipeline, der im Vergleich zum Jahr 2007 sogar stärker gestiegen ist (von 549,7 Mrd. m<sup>3</sup> auf 587 Mrd. m<sup>3</sup>). Aufgrund der kostenintensiven Herstellung und des riskanten Transports ist der von LNG bedeckte Marktanteil noch relativ begrenzt<sup>6</sup> und die Deckung der gesamten Grundversorgung durch LNG bisher noch problematisch, wie Michael Rosen, Pressesprecher von RWE, behauptet.<sup>7</sup> Das aktuelle LNG-System ist zu starr und kostenintensiv, neue innovative

3 Ebenda.

4 Vgl. BP: „Statistical Review of World Energy 2009“, S. 30. In: [http://www.bp.com/liveassets/bp\\_internet/globalbp/globalbp\\_uk\\_english/reports\\_and\\_publications/statistical\\_energy\\_review\\_2008/STAGING/local\\_assets/2009\\_downloads/statistical\\_review\\_of\\_world\\_energy\\_full\\_report\\_2009.pdf](http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2008/STAGING/local_assets/2009_downloads/statistical_review_of_world_energy_full_report_2009.pdf)

5 Vgl. BP: „Statistical Review of World Energy 2008“, S. 30. In: [http://www.bp.com/liveassets/bp\\_internet/globalbp/globalbp\\_uk\\_english/reports\\_and\\_publications/statistical\\_energy\\_review\\_2008/STAGING/local\\_assets/downloads/pdf/statistical\\_review\\_of\\_world\\_energy\\_full\\_review\\_2008.pdf](http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2008/STAGING/local_assets/downloads/pdf/statistical_review_of_world_energy_full_review_2008.pdf)

6 Der Herstellungsprozess basiert auf, an der Küste des Exportlandes gelegten, Verflüssigungsanlagen, die das Gas verflüssigen und damit das Schiff füllen. Eine ähnliche Anlage im jeweiligen Absatzland sorgt dann für die Regasifizierung des verflüssigten Gases sowie für die Einspeisung in die Pipeline. Das bedeutet, dass der Transport ohne landesbefestigte Anlagen kaum möglich ist, wobei die Kosten für diese Anlagen bisher noch viel zu hoch sind. Das eigentliche Problem stellt allerdings nicht die Herstellung, sondern vielmehr der Transport per Schiff dar. Die erforderliche Kältetechnik ist seit fast 140 Jahren bekannt und hat sich bewährt: Kühlt man Erdgas auf etwa minus 162 Grad Celsius ab, wird es flüssig und schrumpft dabei auf etwa ein Sechshundertstel seines Volumens. Das extrem kalte Flüssiggas versprödet allerdings den Stahl des Transportschiffes und lässt ihn brechen. Die Tanks auf den Schiffen dürfen daher keinen direkten Kontakt mit der Konstruktion haben. Siehe auch: FAZ-Technik und Motor vom 18.04.2009: [http://www.erdgas.ch/fileadmin/authors/versorgung\\_der\\_schweiz/news/090423\\_faz\\_lng\\_180409.pdf](http://www.erdgas.ch/fileadmin/authors/versorgung_der_schweiz/news/090423_faz_lng_180409.pdf).

7 Ebenda.

LNG-Systeme<sup>8</sup> zwar flexibel, aber (noch) zu kostspielig, um von einer Ablösung des landesgebundenen Transportsystems durch LNG und damit von der Entstehung eines Gasweltmarktes sprechen zu können. Die Erdgaslieferungen erfolgen größtenteils über Pipelines (meistens *onshore*), weshalb die Erdgasversorgung (mehr noch als die Erdölversorgung) unmittelbar von der Sicherung der Trassenverläufe und Territorien, auf denen die Pipelines verlegt werden, abhängt. Diese Struktur lässt also einen fragmentierten und regionalen Markt entstehen, der in drei Makroregionen eingeteilt werden kann: eine amerikanische, eine eurasische und eine fernostasiatische Region. In jeder Marktregion wird das Gasgeschäft meistens bilateral und langfristig verhandelt und die Preise setzen sich aus einem Mix zwischen dem Ölpreis und den unter den Partnern verhandelten Preisen zusammen. In der eurasischen Marktregion, der sich diese Arbeit zuwenden wird, sind als zentrale Elemente des Gasgeschäftes zu nennen: die Struktur des Pipelinenetzes zwischen der EU und Russland, die Rolle Russlands als größter Einzellieferant Europas und die Rolle der Ukraine als wichtigstes Transitland. Die Beziehungen zwischen den drei Akteuren stehen somit im Zentrum der Gasversorgungssicherheit Europas. Bei jedem Versuch, die Energiebeziehung und insbesondere die Gaslieferungen zwischen Brüssel und Moskau in einen stabilen institutionellen Rahmen einzugliedern und zu regeln, driften die russische und europäische Wahrnehmung dieser Beziehung deutlich auseinander. Aufgrund dessen kann diese Beziehung nicht separat vom schwierigen, oft konfrontativen und misstrauischen sicherheits- und außenpolitischen Verhältnis zwischen den zwei Partnern behandelt werden, so wie es im letzten Jahrzehnt zu Tage trat. Auf die unterschiedliche Wahrnehmung der russisch-europäischen Energiebeziehung wirken sich besonders drei Faktoren aus, die das Gasgeschäft mit Moskau zum Prüfstein der Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen Moskau und Brüssel machen. Der erste Faktor ist die Rolle der Vereinigten Staaten bzw. die Rolle der Russlandpolitik Washingtons im Rahmen der amerikanischen Strategie in Eurasien, die besonders in der zweiten Amtszeit von George W. Bush junior darauf abzielte, Russland einzudämmen, seinen neuen Machtansprüchen in Eurasien entgegenzuwirken und durch die enge Beziehung mit Schlüsselstaaten in Osteuropa (Polen und die Ukraine) eine strategische Kluft zwischen den westeuropäischen Mitgliedern der EU und Moskau zu schaffen. Bezug nehmend

8 Eine kürzlich angekündigte technologische Innovation sieht den Bau eines Fabrikschiffes vor, das den ganzen Verflüssigungs- und Regasifizierungsprozess an Bord entwickeln kann und flexibel das Gas überall liefern kann, ohne dass dafür jegliche landesbefestigte Verflüssigungs- und Regasifizierungsanlagen nötig sind. Vgl. Ebenda.

auf den Artikel von Roland Götz<sup>9</sup> sowie auf die *Securitization*-Theorie von Barry Buzan und Ole Waever<sup>10</sup> wird in dieser Arbeit angenommen, dass eine *Securitization* der westlichen Energiedebatte über die Natur der Energie- bzw. Gasbeziehung zwischen der EU und Russland stattfindet. Die vorliegende Arbeit zielt darauf ab, die weit verbreitete Ansicht zu widerlegen, nach der „Russlandexporte eine existentielle Bedrohung“<sup>11</sup> für die Energieversorgungssicherheit sowie für die außenpolitische Unabhängigkeit Europas seien, da Russland seine Gaslieferungen als Waffe einsetzen könne. Es wird angenommen, dass dies keine Frage des Sachverhaltes (ein tatsächliches Risiko), sondern des konstruierten Diskurses ist, der nicht der Realität entspricht. Dieser Diskurs wird am häufigsten von einflussreichen amerikanischen, oft neokonservativen *Think Tanks und Policy Makers* (*Nixon Centre, Carnidge Foundation oder Council on Foreign Relations*) vorangetrieben. Sie findet oft in offiziellen Dokumenten und Reden Ausdruck (CIA-Reporte, Anhörungen vor dem Senat) und spiegelt sich in bestimmten außenpolitischen Initiativen (wie der Energie-NATO) wider. Als zweiter Faktor ist zweifelsohne das neu entstandene Selbstbewusstsein Russlands zu nennen, das sich seit der Amtsübernahme von Wladimir Putin im Jahr 2000 und dem fast gleichzeitig stattfindenden rasanten Preisanstieg des Erdöls als Großmacht mit regionalem und globalem Wirkungsgrad versteht. Durch die *Economisation* seiner Außenpolitik (als Leitkonzept der Energiediplomatie) hat der russische Staat dem Energiesektor tatsächlich die Funktion der Wiederbelebung Russlands als eurasische Macht zugeschrieben. In der vorliegenden Arbeit wird allerdings davon ausgegangen, dass keine Interessenidentität zwischen dem russischen halbstaatlichen Konzern *Gazprom* und dem Kreml entstanden ist und der Kreml nicht als bloßer Handlanger (außen-)politischer Interessen handelt, so wie es im amerikanischen *Securitization*-Diskurs angenommen wird. Stattdessen wird hier davon ausgegangen, dass die Interessen unternehmerischer und staatlicher Akteure im letzten Jahrzehnt vielmehr konvergierend gewesen sind. Die Realität entspricht eher einer komplizierten und engen Verschmelzung politischer, privater und halbstaatlicher Eliten, die sich lediglich durch ihren Grad der Verschmelzung vom Modell der westeuropäischen Marktwirtschaften unterscheiden. Was jedoch als besonders erscheint, ist die Qualität der außenpolitischen Strategie des Kremls, in der seine Energieziele eingegliedert sind: eine

9 Vgl. Götz, Roland: „Pipeline-Popanz“, in: „Blick in die Röhre“, Osteuropa Sonderheft Energie Dossier, 2009, S. 12.

10 Vgl. Buzan, Barry/ Waever, Ole/ de Wilde, Jaap: „Security – a New Framework for Analysis“, Boulder London, 1997.

11 Ebenda.

autonome außenpolitische Profilierung des Landes, die Differenzierung eigener Interessen von denen des Westens und damit der Anspruch auf Anerkennung seiner Gleichberechtigung als Großmacht. Eine zentrale Rolle in der außenpolitischen Konzeption des Kremls wird der Beziehung zur EU und ihren westeuropäischen Mitgliedern zugeschrieben. Diese basiert auf einer geökonomischen und geoenergetischen Interdependenz zwischen den Einzelkapitalien (d. h. den Energiekonzernen), die die Stabilität des Gasgeschäftes und der Gasversorgung Europas garantieren: Dies geschieht vor allem durch die Kontrolle der Transitzetze im osteuropäischen Raum sowie durch die langfristigen Lieferverträge jenseits geopolitischer Divergenzen. In der vorliegenden Arbeit wird von der Annahme ausgegangen, dass Russland – ebenso wie Europa – auf diese geoenergetische Interdependenz angewiesen ist und daher ein absichtlicher russischer Einsatz der Gaslieferung als politische Waffe gegen Europa sehr unwahrscheinlich ist. Als dritter Faktor ist die fehlende Fähigkeit der EU zu nennen, das Paradigma ihrer Russlandpolitik zu ändern. Die EU ist nach dem Scheitern ihrer Strategie, ein demokratisiertes Russland als Juniorpartner in die westlichen und internationalen Institutionen einzubeziehen, nicht in der Lage gewesen, in der bestehenden Energiebeziehung mit Moskau und der daraus resultierenden Interdependenz vor allem im Gasgeschäft eigene energieaußenpolitische Akzente zu setzen und diese in einem autonomen (geo-)strategischen Konzept gegenüber Russland zu entwickeln. In der Formulierung einer EU-Energieaußenpolitik hat die EU vielmehr den amerikanischen *Securitization*-Diskurs übernommen, was die russisch-europäische Gasbeziehung weiterhin negativ beeinflusst. Vor dem Hintergrund dieser drei Faktoren wird der Ukraine aufgrund ihrer Rolle als geopolitischer und geökonomischer Drehpunkt im Vergleich zu anderen Transitländern des europäisch-russischen Raumes eine größere Bedeutung beigemessen. Die Ukraine gilt seit der Unabhängigkeit aus geopolitischer und außenpolitischer Sicht als Drehpunkt zwischen den Machtblöcken Russland, EU und Vereinigte Staaten. Für die USA bedeutet sie das Sprungbrett in Richtung Schwarzes Meer, Zentralasien und südwestliche Flanke der Russischen Föderation, und ist daher in strategischer Hinsicht ein zentrales Element im Hinblick auf den globalen Wirkungsgrad und die Machtprojektionsmöglichkeiten im eurasischen Raum seitens der Vereinigten Staaten. Für die EU stellt die Ukraine einen Übergangsraum zwischen den noch nicht befestigten östlichen Außengrenzen und Russland bzw. Zentralasien dar, was sich entscheidend auf die Gestaltung der Beziehungen zu Moskau auswirkt. Russland hat die Ukraine zwar endgültig als unabhängigen Staat

anerkannt, ihre außenpolitische Umorientierung bleibt allerdings aufgrund der territorialen Kontinuität, der strategischen Lage zwischen Westeuropa, Schwarzem Meer und Zentralasien sowie der gemeinsamen Geschichte eine Sicherheitsfrage höchster Relevanz. Aus geökonomischer Sicht ist die Ukraine das wichtigste Bindeglied für die Gaslieferungen zwischen dem europäischen und dem russischen Energie- und Marktraum. Durch das Land verlaufen über 80 % aller Gaslieferungen aus Russland und Zentralasien nach Europa, und das Transitnetz ist das engmaschigste des gesamten eurasischen Raumes. Gleichzeitig ist die Ukraine der größte Verbraucher des von Russland importierten Gases im GUS-Raum.<sup>12</sup> Im ukrainischen Gassektor, ebenso wie in den meisten GUS-Staaten, mischt sich eine vertikal integrierte und staatlich kontrollierte Struktur mit halbmarktwirtschaftlichen Elementen. In diesem System behält der Staat die Kontrolle über das Verteilungs-, Fernleitungs- und internationale Transitnetz, die als Frage der nationalen Sicherheit betrachtet wird. Da allerdings die Sicherheit der russischen Lieferung nach Europa vom ukrainischen Transitnetz abhängt und auch noch zukünftig, trotz der Umleitungsstrategie durch Nord Stream und South Stream, mittelfristig größtenteils abhängen wird, hat die direkte oder indirekte Kontrolle dieses Netzes für *Gazprom* und Russland sowie für die europäischen Kunden eine strategisch wichtige Bedeutung. Die westeuropäischen Partnerkonzerne von *Gazprom* bewerten aufgrund der bilateralen, langfristigen Verträge mit *Gazprom* und ihrer finanziellen Verflechtung mit dem russischen Konzern einen Einstieg *Gazproms* oder eine gemeinsame europäisch-russisch-ukrainische Verwaltung des ukrainischen Transitnetzes als positiv und als in ihrem wirtschaftlichen Interesse. Dies ist allerdings in der Ukraine (anders als in anderen, für die Gasversorgung Europas weniger entscheidenden, osteuropäischen Transitländern wie Polen, Weißrussland und der Slowakei) noch nicht gelungen und stellt die größte Schwachstelle in der geoenergetischen Verflechtung zwischen den westeuropäischen Konzernen und *Gazprom* dar. In der vorliegenden Arbeit wird davon ausgegangen, dass sich die Ukraine eben durch die Wechselwirkung zwischen der fehlenden Kontrolle des Transitnetzes durch europäische und russische Konzerne einerseits und den geopolitischen Divergenzen zwischen den staatlichen Hauptakteuren um die Rolle des Landes andererseits von den anderen osteuropäischen Ländern unterscheidet. Durch diesen Sachverhalt kann keine langfristige Stabilität für die Gasversorgung Europas garantiert werden, weshalb die Ukraine also tatsächlich eine existenzielle Bedro-

12 Vgl. Stern, Jonathan, „The Russian-Ukrainian Gas Dispute of January 2009 – a Comprehensive Assessment“, Oxford Energy Institute, Februar 2009, Tabelle 1, S. 6.

hung darstellen kann. Dieses Risiko lässt dann leicht den amerikanischen *Securitization*-Diskurs plausibel erscheinen, in welchem Russland die Neigung vorgeworfen wird, seine Gaslieferungen als Waffe einzusetzen. Die konfliktreiche Natur der Gasgeschäfte zwischen Kiew und Moskau habe laut Jonathan Stern mehr mit der dramatischen wirtschaftlichen Lage beider Länder nach dem Ende der Sowjetunion (SU) sowie mit dem Übergang vom gemeinsamen Wirtschaftsraum einer Planwirtschaft zu marktwirtschaftlichen Mechanismen und Preisbildungen eines national fragmentierten Wirtschaftsräum zu tun als mit der Verschlechterung ihrer außenpolitischen Beziehungen der letzten Jahre.<sup>13</sup> Die Position Russlands jedoch ist von der Wahrnehmung der prowestlichen außenpolitischen Orientierung der Ukraine und den gesamten sicherheitspolitischen Veränderungen an seinen direkten Grenzen (vor allem durch die NATO-Osterweiterung) als Bedrohung ohne Zweifel massiv negativ beeinflusst worden, wie die Gaskrise von 2009 dramatisch gezeigt hat. In diesem Kontext ist eine geoökonomische Lösung des ukrainischen Problems, durch die die Argumente der *Securitization* der Gasbeziehung zwischen der EU und Russland entkräftet werden könnten, auch eine Frage der geopolitischen Neujustierung der Beziehungen zwischen der EU, Russland und den USA. Anhand der Untersuchung der amerikanischen Interessen sowie der Effekte des amerikanischen *Securitization*-Diskurses auf die Strategien von Moskau und Brüssel setzt sich diese Arbeit zum Ziel, die Natur der Gasbeziehung zwischen Moskau, Brüssel und Kiew in einem geoökonomischen und geopolitischen Kontext zu betrachten. Dabei wird der folgenden Frage nachgegangen: Ist die europäisch-russische geoenergetische Interdependenz das Instrument, das eine *Securitization* der Gasbeziehungen zwischen der EU, Russlands und der Ukraine verhindern kann?

13 Vgl. Stern, Jonathan: „The Russian-Ukrainian Gas Dispute of January 2009 – a Comprehensive Assessment“, Oxford Energy Institute, Februar, 2009.

## 1.2 Methodik

In der vorliegenden Arbeit wird als Methode eine qualitative historisch-hermeneutische Akteursanalyse angewandt. Diese bietet die beste Möglichkeit, das behandelte Thema zu betrachten und die zugehörige Fragestellung dem Forschungsanspruch der Arbeit entsprechend zu beantworten. Dabei wird bewusst auf die Anwendung des, in den aktuellen Politikwissenschaften weit verbreiteten und aus den Naturwissenschaften kommenden, *erklärenden* Ansatzes verzichtet. Eine *erklärende* Analyse, die auf einer Vereinfachung der für die Erklärung der Untersuchungseinheit notwendigen Variablen basiert, erscheint oftmals zwar in sich kohärent und schlüssig, weist allerdings nicht die Fähigkeit auf, die Komplexität der sozialen Prozesse wiederzugeben. Da hier jedoch eine möglichst breite Interpretation des betrachteten Themas angestrebt wird, wird an dieser Stelle in erster Linie der *verstehende* Ansatz angewandt. Diese Arbeit verzichtet dennoch nicht auf den Anspruch, gewisse objektive Konstanten innerhalb der politisch-sozialen Prozesse zu finden. Diese werden wiederum durch eine historisch geleitete hermeneutische Interpretation gefunden, die versucht, „erklärendes Verstehen ohne Werturteil als sozialwissenschaftliche Methodik zu etablieren“<sup>14</sup>. Unter diesen Prämissen werden zwei Theorien zusammengebracht, die diesem Anspruch genügen. Die Theorie der *Securitization* geht einerseits von erklärenden Prämissen aus und weist den Anspruch einer allgemeinen, wissenschaftlichen Aussagekraft auf; andererseits basiert sie auf einer subjektiv konstruierten Wahrnehmung der Akteure im politisch-sozialen Prozess. Geopolitische und geoökonomische Theorien hingegen gehen von verstehenden historisch-hermeneutischen Prämissen aus, sind allerdings bemüht, durch allgemeingültige Grundannahmen gewisse objektive Konstanten im Verhalten der Akteure (in diesem Fall: im Verhalten der Staaten) zu finden. Da in der vorliegenden Arbeit versucht wird, beide Theorien hinsichtlich der Energiefragen dynamisch anzuwenden, die Akteure jedoch eine unterschiedliche Natur aufweisen, ist das „Level of Analysis“ einerseits hauptsächlich auf die staatliche Ebene gestellt (Strategien und Interessen der USA und Russlands), andererseits zwangsläufig auf die substaatliche (die europäischen Energiekonzerne und *Gazprom*) und die suprastaatliche Ebene (die EU) gestellt. Die EU wird allerdings möglichst als einheitlicher Akteur betrachtet, weshalb sich die Arbeit hauptsächlich auf die Strategien und Wahrnehmungen

14 Vgl. Weber, Max: „Wirtschaft und Gesellschaft“, Voltmedia Verlag, S.11 ff.

gen der Kommission in der Gestaltung einer EU-Energieaußenpolitik konzentrieren wird. Die Ukraine dagegen wird, obwohl es sich hierbei um einen Staat handelt, eher als geopolitisches und geökonomisches Objekt betrachtet und nicht als aktiver Akteur: Aus diesem Grund werden ihre Strategien nur in Bezug auf die Hauptakteure (die USA, Russland, die EU und die Energiekonzerne) betrachtet. Abschließend ist zu erwähnen, dass die Anwendung der *Securitization*-Theorie auf Energiefragen in der Energieforschung, anders als geopolitische und geökonomische Theorien, noch ein selten angewandter Ansatz ist. Der Artikel von Roland Götz im *Osteuropa-Heft Energie-Dossier 2009 „Pipeline-Popanz“* sowie ein Artikel des *Clingendael International Energy Programme* von Bas Percival<sup>15</sup> bieten die besten und bis jetzt einzigen Ausgangspunkte für diesen Ansatz. In seinem Artikel erläutert Götz die Auswirkungen des, aus den neokonservativen Zirkeln der USA kommenden, Sicherheitsdiskurses auf die Energiedebatte der EU hinsichtlich der realen oder konstruierten Risiken einer „Gasabhängigkeit“ der Union von Russland und beschreibt diesen Prozess durch die Anwendung der *Securitization*-Theorie von Buzan, Waever und de Wilde. Percival analysiert des Weiteren die Gefahr, die eine *Securitization* der gesamten Energiebeziehungen auf dem eurasischen Kontinent für die Gasversorgung Europas hätte. Nach Buzan, Waever und de Wilde sei die *Securitization* „*the analysis of security above the established rules of the game that frames the issue as a special kind of politics or even above politics*“<sup>16</sup>. Die Arbeit bedient sich der Definition der *Securitization* von Buzan, de Wilde und Weaver, so wie diese von Götz auf die Energiebeziehungen zwischen der EU und Russland angewendet wird:

*„Jedes politische Problem kann als existentielle Bedrohung der Sicherheit dargestellt werden [...] Die Wahrnehmung eines existenzbedrohenden Sicherheitsproblems ist somit nicht eine Frage des Sachverhaltes, sondern des Diskurses.“*<sup>17</sup>

In der Arbeit wird das Wort *Securitization* in der englischen Formulierung benutzt, da die deutsche Übersetzung „Versicherlichung“ die prozessuale Bedeutung des Konzeptes nicht wiedergeben kann. Geopolitische und geökonomische Theorien dienen dann dem Zweck,

15 Vgl. Percival, Bas R.: „The Risk of Energy Securitization on the Eurasian Continent“, *Clingendael International Energy Programme*, Juli 2008.

16 Vgl. Buzan, Barry/Waever Ole/de Wilde Jaap: „Security – a New Framework for Analysis“, Boulder London, 1997, S. 23.

17 Vgl. Götz, Roland: „Pipeline-Popanz“, in: „Blick in die Röhre“, *Osteuropa-Sonderheft Energie-Dossier*, 2009, S. 12.

die strukturellen Interessen und Strategien Russlands, der EU und der USA zu untersuchen und somit die geostrategischen Rahmenbedingungen, die einer *Securitization* der europäisch-russischen Gasbeziehungen verhelfen, sowie die geoökonomischen Faktoren, die dieser entgegenstehen, zu determinieren. Bei der Primär- und Sekundärliteratur wurden Quellen in englischer, russischer und deutscher Sprache verwendet; hierbei handelt es sich um Bücher (Monographien), einzelne Auszüge und Artikel sowie um offizielle, statistische Dokumente nationaler und internationaler Institutionen.

### 1.3 Vorgehensweise

Nach der Einleitung widmet sich das zweite Kapitel dem theoretischen Bezug. Hierbei wird als erstes der geopolitische und geoökonomische Ansatz nahegelegt. Anschließend werden die Theorie der *Securitization* analysiert und die Anknüpfungspunkte zwischen beiden Theorien beschrieben, die in Bezug auf Fragen der Energie- bzw. Gasversorgungssicherheit die zwei Ansätze dynamisch zusammenführen lassen. Das dritte Kapitel ist dem Akteur USA gewidmet, wobei zunächst anhand des geopolitischen Ansatzes untersucht werden soll, welche strategischen Interessen hinter der amerikanischen *Securitization* der europäisch-russischen Gasbeziehungen stehen. Des Weiteren schließt sich eine Analyse ausgewählter amerikanischer politischer und wissenschaftlich-akademischer Dokumente an, in denen die Hauptargumente enthalten sind, welche den *Securitization*-Diskurs von Beginn an kennzeichnen („Energie als Waffe“; „gefährliche Abhängigkeit Europas von Russland“), und schließlich das „extra-politische“ und „extra-wirtschaftliche“ Instrument (die Energie-NATO). Die Effekte dieses amerikanischen Diskurses auf die Gasbeziehung zwischen der EU und Russland sowie besonders auf die geopolitischen Divergenzen in der Gestaltung dieser Beziehung werden im vierten Kapitel betrachtet. Das fünfte Kapitel dient anschließend dem Zweck, die Hauptargumente des *Securitization*-Diskurses aus geoökonomischer Perspektive zu widerlegen, und konzentriert sich zudem auf die geoenergetische Interdependenz zwischen den westeuropäischen Konzernen und *Gazprom*. In diesem Zusammenhang soll besonders auf das gemeinsame Interesse an einem reibungslosen Transit der Gaslieferungen durch die osteuropäischen Länder als Stabilitätsfaktor für die Gasversorgung Europas eingegangen werden. Davon ausgehend wird sich die Arbeit schließlich im letzten Kapitel der Natur und den Charakteristika der

Ukraine als geoenergetische und geopolitische Drehscheibe im Dreieck zwischen Russland, der EU und den USA widmen. Hier soll erstens auf Basis der Hypothesen und der Fragestellung der *Securitization*-Diskurs anhand der Gaskrise von 2009 näher auf die Probe gestellt werden, um die Wechselwirkung zwischen den wahren geoenergetischen Risiken (fehlende europäisch-russische Kontrolle des ukrainischen Transitnetzes) und den, von den Hauptakteuren wahrgenommenen, extra-energetischen sicherheitspolitischen Risiken zu erläutern (NATO-Osterweiterung versus neue Sicherheitsarchitektur). Zudem soll hier eine geoökonomische Lösung des Problems der Ukraine für die Gasversorgung Europas jenseits geopolitischer Divergenzen geschildert und beschrieben werden, und inwiefern eine solche Lösung von einer autonomen Neujustierung der (geo-)politischen Beziehungen der EU mit Russland und den USA abhängt. Die Schlussfolgerungen sollen dazu dienen, die Ergebnisse der geführten Analyse zusammenzufassen, die Forschungsfrage zu beantworten und einen umfassenden Ausblick zu geben.



## 2 Theoretischer Hintergrund

### 2.1 Die Geopolitik – neue multidimensionale Begriffsdefinition

Die Begriffe „Geopolitik“, „geopolitisch“ und „geostrategische Interessen“ werden immer häufiger in Bezug auf Energiefragen gebraucht, besonders hinsichtlich der Sicherung der Kontrolle, Versorgung und Lieferung primärer Energieträger. Aufgrund der dramatischen historischen Erfahrung mit der klassischen, naturpositivistischen Geopolitik des 19. Jahrhunderts ist diese Disziplin im deutschsprachigen Raum auf wissenschaftlichem Niveau tabuisiert worden, während in Europa geopolitische Analysen längst durchgeführt wurden, ohne diesen Begriff jedoch ausdrücklich zu verwenden. Im Gegensatz dazu können die angelsächsische Welt und vor allem die USA auf eine lange, einflussreiche Tradition geopolitischer Theorie und Praxis zurückblicken, die sich von Mackinder bis Mahan, Spykman, Kissinger, Kennedy, Huntington, Brzezinski bis zu Luttwak erstreckt. Sie wurde besonders nach dem Zweiten Weltkrieg von der neorealistischen Schule der Internationalen Beziehungen geprägt, die auch heutzutage noch einen großen Einfluss auf die Gestaltung der außenpolitischen Strategie der USA hat. Die Wiedergeburt der Geopolitik als wissenschaftliches Interessenfeld der Raumbezogenheit der Staaten hinsichtlich der Bestimmung ihrer Interessen erfolgte allerdings erst nach dem Ende der Sowjetunion, als der eurasische Raum wieder, wie am Ende des 19. Jahrhunderts, zu einem freien, machtleeren Raum wurde. Hierbei ist ein Element zu nennen, das die Lehre der Geopolitik einerseits neu belebt, andererseits ihre Umformulierung fordert: die Globalisierung als wirtschaftliche und finanzielle Integration und Verbindungslinie zwischen Territorien jenseits des Hoheitsgebietes der Staaten. Die theoretischen Prämissen der klassischen Geopolitik sind tatsächlich dem Neorealismus zuzuschreiben: Die zentrale Annahme des Realismus, der zufolge Staaten einheitliche Hauptakteure in einem strukturell anarchischen internationalen System sind, in welchem sie interessengerichtet um die Gewinnmaximierung ihrer Sicherheit konkurrieren, wird auch von der klassischen Geopolitik geteilt. Im aktuellen internationalen System scheint jedoch diese Interpretation nicht ausreichend zu sein: Die Einzelstaaten dienen zwar noch als ordnungspolitische Faktoren in ihrer Interessensphäre, ihre Expansionskraft ist allerdings von der wechselseitigen

Abhängigkeit ihrer expandierenden privaten Einzelkapitalien bestimmt: Markteröffnung und Marktdurchdringung stellen eine machtpolitische Frage dar, der nationalspezifische privatunternehmerische und staatliche Interessen unterliegen. Der geopolitische Ansatz lässt sich in dieser Perspektive als „Paradigma im Wandel“ verstehen, der in seiner aktuellen Form historische, ökonomische, militärische und geographische Analyseelemente einbezieht und sich abhängig von historischen und landesspezifischen Traditionen entwickelt hat. Dieser Arbeit liegen dementsprechend drei Begriffe der Geopolitik zu Grunde: nach Yves Lacoste ist Geopolitik als die bloße „*Rivalität um Macht und Territorium*“<sup>18</sup> zu verstehen. Demnach ist die Geopolitik eine einfache Ableitung neorealistischer Grundannahmen. Spezifischer lässt sich die Geopolitik auch als Folgendes definieren:

„[...] die Beziehungen zwischen Raum und politischen Gegebenheiten. Sie ist die Lehre von der Raumgebundenheit der politischen Vorgänge [...] die Analyse des Einflusses der geographischen Bedingungen eines Staates auf seine nationale und internationale Politik.“<sup>19</sup>

Neben klassischen Begriffen der Geopolitik wie „Brückenkopf“, „Drehpunkt“, „Einflusszonen“ und „Verbindungslinien“ wird jedoch innerhalb der vorliegenden Arbeit und entsprechend der vielfältigen Natur des geopolitischen Ansatzes eine dritte Definition vonnöten sein, der zufolge die Geopolitik eher als „System ausgewählter Arbeitsfelder wie *Geostrategie, Geoökonomie, Geohistorie, Geoethnizität* und *Geokultur* zu verstehen“<sup>20</sup> ist.

## 2.1.1 Osteuropa: Mackinders Randland

Zwischen der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts brach das *Balance of Power*-System zusammen: Dieses System hatte seit dem Wiener Kongress durch ein „Konsortium der Großmächte“, das auf der Achse zwischen Österreich, Preußen und

18 Vgl. Lacoste, Yves: „Geographie und politisches Handeln. Perspektiven einer neuen Geopolitik“, Wagenbach Verlag 1990.

19 Vgl. Meier, Ernst-Christoph/Roßmanith, Richard/Schäfer, Heinz-Uwe: „Wörterbuch zur Sicherheitspolitik“, 2003, S. 144.

20 Vgl. Baumann, Wolfgang: „Geopolitik – ein zeitgemäßer Beitrag zum gesamtstaatlichen Führungsverfahren?“, in: „Vielfalt in Uniform“, Bd. 1, Landesverteidigungsakademie des Bundesheers Österreichs, 2004, S. 27.

Russland sowie mit Großbritannien als externem *balancer* basierte, den Frieden in Europa gesichert. Die Gründung des Deutschen Reiches und damit die Entstehung einer neuen Großmacht im Herzen Europas (1870-71) ging mit dem relativen Untergang der kontinentalen, mitteleuropäischen Großmacht Österreichs sowie des externen *balancers* (der Weltmacht Großbritanniens) einher, was eine Machtverschiebung auf dem Kontinent mit sich zog. Gleichzeitig konzentrierte sich die russische Großmacht nach ihrer Niederlage im Krim-Krieg (1855) verstärkt auf die Verbreitung seiner Einflussphäre in Zentralasien (durch die russische Kontrolle der zentralasiatischen „Kanaten“ von Kiva, Buchara und Samarkand) und rückte immer näher an das britische Indien heran. Gleichzeitig versuchte Russland, seine (unnatürliche) westliche und südwestliche Grenze durch steigenden direkten und indirekten Einfluss zu kontrollieren (Sankt-Stephan-Vertrag, 1877). Der Raum zwischen der westlichen Randgrenze Russlands, offiziell unter der Kontrolle der geschwächten österreichisch-ungarischen Großmacht stehend, und dem seit einem Jahrhundert zwischen Großbritannien und Russland umstrittenen zentralasiatischen Becken bestimmte im Zeitalter des reifen Imperialismus die neuen Ziele der drei größten Mächte: die deklinierende See-Weltmacht Großbritannien stand den zwei Großmächten auf dem eurasischen Kontinent – Deutschland und Russland – gegenüber. Streitgegenstand waren die Bestimmung bzw. die Beibehaltung der jeweiligen Einflussphären in diesem machtleren Raum. In diesem Kontext schilderte der britische Geograph Halford Mackinder im Jahr 1904<sup>21</sup> seine weit bekannte Theorie, die seitdem als Beginn des angewandten geopolitischen Denkens in Form einer globalen Strategie gilt und die weiterhin zum Kernpunkt der geostrategischen amerikanischen Denkschule geworden ist. Laut seiner Theorie könne die Welt als eine Insel (Europa, Asien, Afrika umfassend) abgebildet werden, die von *offshore* (küstennahen) und *outlying* (abgelegenen) Inseln (Großbritannien, Japan, Nordamerika, Kanada) umkreist sei. Kern der Weltinsel (*Heartland*) sei das Territorium von der Wolga bis zum Jangtse, vom Himalaya bis zur arktischen Region (das aktuelle Territorium Russlands). Wer die Kontrolle über dieses Territorium ausübe, kontrolliere zugleich die meisten Weltressourcen und garantiere sich die Weltherrschaft. Süd- und Mittelosteuropa (die Baltenländer, Polen, Weißrussland, die Balkanländer und vor allem die Ukraine) über das Schwarze Meer (Ukraine, Südkaukasus), den Mittelosten, Indien und China hinaus seien das innere Rand-

21 Vgl. Mackinder, Halfred J.: „The Geographical Pivot of History“, The Geographical Journal No. 4, April 1904.

land, während das kontinentale Westeuropa das externe Randland darstelle. Aus der europäischen Perspektive betrachtet, bestimme die Kontrolle des politisch schwachen Übergangsraums Mitteleuropas (zwischen Kontinentaleuropa und der westlichen und südlichen Grenze Russlands) die Kontrolle über das ganze *Heartland*.<sup>22</sup> Zur Jahrhundertwende wurde dies zur theoretischen Voraussetzung für die Prognose, dass die Expansionskraft der Zentralermacht Russland, der herrschenden Macht auf dem eurasischen Kontinent, durch eine mögliche Allianz mit Deutschland<sup>23</sup> die eindämmende Seemacht Großbritannien sowie andere Seemächte zurückdrängen werde – und dank der Kontrolle über die kaum erschöpfbaren Rohstoffquellen im Welt-Drehpunkt die Weltmacht übernehmen werde.<sup>24</sup> Nach Mackinder gehöre also die Zukunft eben jener Macht, die das eurasische Gebiet kontrolliere: Landmacht und nicht Seemacht bestimme die Herrschaft. Mackinders Aussagen sind für diese Arbeit besonders relevant aufgrund: 1. der Rolle Russlands als eurasische Landmacht; 2. der Rolle Mitteleuropas (besonders Deutschlands) als externes Randland; 3. der Rolle Osteuropas und der Ukraine als Pufferzone zwischen den Großmächten.

## 2.1.2 Weltordnung und amerikanische Geostrategie

### 2.1.2.1 Brzezinskis Schachbrett

Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Berater von Präsident Carter und aktueller Berater von Präsident Obama, versuchte schon in den 1980er Jahren die grundlegenden Leitlinien der nationalen Sicherheit der

22 Ebenda, S. 303.

23 Karl Haushofer, der profilierte Vertreter der deutschen und dann der nationalsozialistischen Geopolitik, erarbeitete und ergänzte die Gedanken Mackinders über die Sonderrolle Mittel- und Osteuropas als Übergangsterritorium zu einem expandierten Heartland. In seinem, in den Jahren 1932 bis 34 veröffentlichten, dreibändigen Hauptwerk („Macht und Erde“) schilderte er die Variante der „kulturbestimmten Panideen“, die sich „jenseits der (traditionellen) Großmächte“ und des Völkerbundes in Form von ideologischen Handlungshintergründen (Panlawismus, Panislamismus) ausdehnten und geographisch durch Panregionen (vor allem Paneuropa, Panamerika und Panasien) und panpazifische Machtvorstellung bestimmt waren. Vgl. Haushofer, Karl: „Macht und Erde“, Band.2, „Jenseits der Großmächte“, Leipzig und Berlin Verlag, 1932, S.1-11.

24 In seinem 15 Jahre nach dem Vortrag vor der RGS folgenden Buch „Democratic Ideals and Reality“ bestimmt Mackinder genauer seine Theorie: diese beschreibt Afrika, Europa und Asien als größte zusammenhängende Landmasse der Erde (Weltinsel), die etwa 2/12 der gesamten Erdoberfläche ausmacht, während die restlichen Landmassen wiederum nur 1/12 der gesamten Erdoberfläche bzw. zu 75% Ozeane bilden. Die Erdteile, die sich um die „World-Island“ herum befinden, beschreibt Mackinder als so genannte Satelliten. Vgl. Mackinder, Halford, Democratic Ideals and Reality“ Henry Holt and Company, New York, 1942 Reissue.

Vereinigten Staaten zu entwickeln. Sein Buch *The Big Chessboard*<sup>25</sup> (1997) schildert mithilfe klassischer geopolitischer und geostrategischer Terminologie die Dreh- und Angelpunkte der Welt und die nötigen Aufgaben Amerikas, um „einzige Weltmacht“ zu bleiben und seine Vorherrschaft zu bewahren. Seine Einteilung der Welt in fünf Makroregionen begreift, in deutlichem Einklang mit Mackinder, das „eurasische Schachbrett“ als Drehpunkt der Welt: Europa (der demokratische Brückenkopf) und die asiatischen Mächte China und Japan (der fernöstliche Anker) stellen demnach die zwei Grundelemente dar, um das eurasische Festland unter der Kontrolle der amerikanischen Machtinsel zu halten. Dem Übergangsraum Osteuropa komme damit, entsprechend den Theorien Mackinders, eine besondere Rolle zu. Der Kampf um Eurasien werde an drei strategischen Hauptfronten geführt: im Westen, im Fernen Osten und im Südwesten. An der westlichen Front sei Osteuropa „die Schlüsselregion“: Hier seien die baltischen Staaten, Polen, Deutschland und die Ukraine die Schlüsselstaaten, in denen sich die Vereinigten Staaten weiterhin engagieren sollten, um die Sicherung amerikanischer Interessen in Eurasien nach dem Ende der Sowjetunion zu sichern. Die von den USA geförderte politische europäische Integration sowie die militärische und strategische Abhängigkeit Deutschlands von den USA müsse einem doppelten Ziel dienen: einerseits den Großmachtanspruch Frankreichs auf Westeuropa zu mildern, andererseits jeden politischen Großmachtanspruch und Alleinweg Deutschlands in der Beziehung mit Russland zu untergraben. Diesem Ziel diene eine aktive Rolle der USA im osteuropäischen „Spaltungsraum“. Russland – einerseits zu stark und zu wichtig für die USA, um ignoriert werden zu können; andererseits aber zu schwach, um eine reale eigene geopolitische Alternative hinsichtlich Europas und Asiens zu bilden – solle als Juniorpartner an eine, von den USA geführte, transeurasische Sicherheitsarchitektur angebunden werden, um seine Zukunft in einer marktwirtschaftlichen Demokratie zu bestimmen. Die Bedeutung Brzezinskis ist nun wichtig auf Grund dreier Überlegungen, die sich für den weiteren Verlauf der Arbeit als entscheidend erweisen:

a) Die Bestimmung Eurasiens als entscheidender Faktor für die Bewahrung der amerikanischen Vorherrschaft in der Weltordnung des 21. Jahrhunderts sowie Osteuropas als Schlüsselregion, in der die USA sich weiterhin stark engagieren müssen.

25 Vgl. Brzezinski, Zbigniew: „Die einzige Weltmacht“, Fischer Verlag, 1997.

b) Die Bestimmung der Rolle Russlands und Europas in Eurasien: Die Theorie von Brzezinski ist in Russland weitgehend verarbeitet und mit Sorge betrachtet worden und hat durchaus die geopolitische Reaktion des neu aufsteigenden Russlands deutlich beeinflusst.

c) Die Bedeutung der Theorien Brzezinskis in der Gestaltung der amerikanischen Geostrategie gegenüber Eurasien und Russland in den Jahren 1998 bis 2008 mit besonderer Berücksichtigung der Ukraine.

### 2.1.2.2 Luttwaks Geoökonomie oder die „weiche Geopolitik“

Das Wort Geoökonomie geht auf die Theorie Edward Luttwaks und auf sein im Jahr 1999 veröffentlichtes Buch *Turbokapitalismus*<sup>26</sup> zurück. In seiner vom Neorealismus geprägten Interpretation bleiben die Staaten zentrale Akteure auf der Weltbühne, die als „*territorial entities, marked off against each other by precisely defined borders, jealously claimed and closely guarded*“<sup>27</sup> bezeichnet werden. Nach dieser Interpretation verfolgen diese Staaten eigene Interessen und ihre Beziehungen zueinander sind tendenziell konfliktgeladen. Allerdings werden diese Konflikte nur selten und nur in „*[the] backwaters of world politics*“<sup>28</sup>, d. h. in jenen Regionen, in denen nach wie vor territoriale Konflikte herrschen, mit Gewalt und militärischen Mitteln gelöst. Wenn es um die Beziehungen zwischen den großen Akteuren der Weltpolitik geht (die USA, die EU, Japan und China), würden zur Durchsetzung unterschiedlicher und konkurrierender Interessen nicht mehr militärische, sondern wirtschaftliche Mittel eingesetzt. In dieser, von Luttwak als „*new version of ancient rivalry of states*“<sup>29</sup> bezeichneten Welt seien Kapitalinvestitionen, subventionierte Produkte und Marktdurchdringung die modernen Waffen, durch welche die Staaten die klassischen militärischen Waffen ersetzen würden. Die Staaten haben sich somit nicht aufgelöst, sondern treten vielmehr neben den privaten Unternehmen auf und unterstützen diese durch Förderungen in Form von Investitionen, R&D, Steuerbegünstigungen und Zöllen sowie durch nationale Programme zur Förderung hochentwickelter Technologien. Das Ziel sei die Eroberung der als „strategisch“ bezeichneten Sektoren wie der Hightechindustrie,

26 Vgl. Luttwak, Edward: „Turbocapitalism“, Harper Collins, 1999.

27 Ebenda, S. 128.

28 Ebenda.

29 Ebenda.

Management- und Finanzfähigkeiten, Kommunikationen und der Luft- und Raumfahrtindustrie zum Zweck der Bindung eigener hoch qualifizierter Arbeiter- und Managementschichten. Luttwak fasst zusammen:

*„[...] in traditional world politics the goals are to secure and extend the physical control of territory [...] the goal of geo-economics is ... the conquest or protection of desirable roles in the world economy.“<sup>30</sup>*

Die Verflechtung zwischen Staaten und privaten Unternehmen, zwischen raumzentrierten staatlichen Interessen und grenzübergreifenden markt- und privatwirtschaftlichen Interessen bestimmen nicht nur das neue Verhalten der internationalen Akteure, sondern auch eine neue Art von Geopolitik. In diesem Kontext ist es wichtig zu betonen, dass sowohl die nationalen territorialen Sicherheitsinteressen der Staaten (klassische Geopolitik) als auch die ökonomischen transnationalen Kriterien der multinationalen Konzerne (Geoökonomie) auf eine neue, nichtmilitärische, aber wohl geostrategische Kontrolle des Raums (sei es in Form von indirekter Hegemonie oder als Marktdurchdringung) abzielen. Deren Bedeutung liegt für die Einzelkapitalien in der relativen Kapitalstärke und der Rentabilität, für die staatlichen Instanzen in der Sicherung von politischen Einflussphären. Tobias ten Brink betont:

*„[...] die wechselseitige strukturelle Abhängigkeit beider Dynamiken wird immer wieder auch zu kongruenten Handlungsstrategien führen. Die Handlungsfähigkeit eines Einzelstaates hängt von der Masse und Stärke der Unternehmen [...] auf seinem Territorium ab, genauso wie die Einzelkapitalien von diversen staatlichen Aktivitäten abhängig sind.“<sup>31</sup>*

Das Neue an diesem Modell im Vergleich zur klassischen Modellanalyse der gewaltigen militärischen Konfrontationen zwischen den politischen und ökonomischen Eliten der Einzelstaaten in der späten Phase des Imperialismus sei, wie Luttwak betont, dass *„Geo-economics, by contrast, is a game that is played by countries that have already ruled out warfare among themselves.“<sup>32</sup>* D.h. dies sei die neue

30 Ebenda, S.133.

31 Vgl. ten Brink, Tobias: „Geopolitik – Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz“, Westfälisches Dampfboot, 2008, S. 124.

32 Vgl. Luttwak, Edward: „Turbocapitalism“, HarperCollins, 1999, S. 141.

und einzige Ausdrucksmöglichkeit der Rivalität und Konkurrenz zwischen den entwickelten Staaten, die nicht mehr auf militärische Mittel zurückgreifen, sondern mithilfe politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen miteinander konkurrieren, gegeneinander Druck ausüben und auf diese Weise die geopolitische Vorherrschaft suchen. Die Geoökonomie kann also als „weiche“ oder „sotte“ Geopolitik bezeichnet werden, die neben den klassischen Begriffen der harten, staatlich zentrierten Geopolitik ihren Platz findet. Anders als bei Luttwak wird in dieser Arbeit behauptet, dass die harte Geopolitik nicht durch die weiche ersetzt wird, sondern dass die militärische und politische Macht als diskrete, indirekte Abschreckungsinstanz zum Zweck der Stabilisierung von Interessenszonen auch in den Beziehungen zwischen den großen Akteuren im Hintergrund zusätzlich zum Einsatz kommt, d. h. dass „harte“ und „weiche“ Geopolitik kombiniert werden. Dieses erfolgt aufgrund der Tatsache, dass:

*„[...] neben den Einzelkapitalien keine andere Institution als die des Einzelstaates nach wie vor derart Struktur bildend in den verschiedenen Dimensionen des Raums wirkt. Allein die Einzelstaaten waren und sind in der Lage, die sich überschneidenden und überlagernden räumlichen Dimensionen zu relativ stabilen Mustern territorialer Organisation zu verdichten.“<sup>33</sup>*

Besonders relevant erscheint die Geoökonomie aufgrund der Rolle der Öl- und Gaskonzerne – sowohl in Russland als auch in den Ländern der EU – bei der Durchsetzung unternehmerischer Strategien. Die Eröffnung des wirtschaftlichen Raums durch Marktdurchdringung und die Etablierung auf den Märkten besonders schwacher Übergangsregionen wie Osteuropa entspricht der Sicherung staatlicher Interessensphären und Vorherrschaftspositionen in diesen Regionen. Besonders gut lassen sich die Struktur und die Charakteristika des Erdgassektors – d. h. die Leitungsgebundenheit, die regionale und fragmentierte Marktstruktur, die Rolle des Transportsystems als Schöpfer gegenseitiger, langfristiger Abhängigkeit zwischen Makroregionen sowie die Versorgungssicherheit – als Konvergenzziel zwischen den privaten Interessen der Einzelkapitalien und dem staatlichem Interesse an der Sicherung und Gewährleistung des nationalen, allgemeinen Wohlstandes der Bürger auch anhand des geoökonomischen bzw. „weichen“ geopolitischen Ansatzes interpretieren.

33 Vgl. ten Brink, Tobias: „Geopolitik – Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz“, Westfälisches Dampfboot, 2008, S. 88.

## 2.2 Postkonstruktivismus: neuer Sicherheitsbegriff und die Theorie der *Securitization*

Im Rahmen dieser Arbeit ist die *Securitization*-Theorie unter der Berücksichtigung dreier Fragen relevant: Ist der Begriff der *Securitization* auf den Energie- bzw. Gassektor speziell des europäisch-russischen Raums übertragbar? Lässt sich die energiepolitische Debatte zwischen Russland, der EU und den USA auch anhand dieser Theorie interpretieren? Lassen sich die *Securitization* und die geopolitischen und -ökonomischen Theorien zum Zweck der Beantwortung der Fragestellung kohärent und dynamisch zusammenführen? Dafür ist zunächst eine analytische Einführung in den Begriff und seine theoretische Prämisse notwendig, bevor anschließend im nächsten Unterkapitel auf die drei Fragen eingegangen werden kann. Die realistische und neorealistische Schule der Internationalen Beziehungen (IB), der die geopolitischen und geoökonomischen Theorien zugeordnet sind, geht von der rationalistisch-positivistischen Annahme aus, dass Staaten und Individuen rational handelnde Akteure sind und in einem internationalen, anarchischen System nach der Gewinnmaximierung ihrer Sicherheit durch die Nutzung ihrer politisch-militärischen Ressourcen streben. Dabei berücksichtigen sie nicht die absoluten, sondern die relativen Sicherheits- und Machtgewinne anderer Staaten. In diesen klassischen IB-Theorien ist die Bewahrung der Staatssicherheit der Kern der staatlichen Handlung, die vor allem politisch-militärischer Natur ist. Dementsprechend sind Sicherheitsstudien nichts anderes als Studien über das Phänomen des Krieges. Stephan Waltz, der profilierteste Vertreter der neorealistischen Schule, behauptet, dass Sicherheitsstudien „*the study of the threat, the use and control of military force*“<sup>34</sup> seien. Dieser engen Definition der Sicherheitsstudien folgte nach dem Ende des Kalten Krieges eine so genannte weite Definition, die darauf abzielt, dem neuen vielfältigeren internationalen System gerecht zu werden. In diesem sind nicht mehr nur die Staaten die handelnden Haupteinheiten. Vielmehr gelten auch transnationale sowie sub- und supranationale Institutionen, einzelne Gruppierungen, Völker und – was für diese Arbeit vor allem relevant ist – private Konzerne als Gestaltungssubjekte des internationalen Umfeldes. Dementsprechend hat sich mit dem Ende des Kalten Krieges und des sicherheitspolitischen Paradigmas des atomaren, vernichtenden Streikes auch in den Sicherheitsstudien eine neue Tendenz entwickelt, die auf drei Ebenen ver-

34 Vgl. Walt, Stephan, zitiert in: Buzan, Berry / Waever Ole / de Wilde Jaap: „Security – a New Framework for Analysis“, Boulder London, 1997, S. 3.

sucht, das neorealistische Paradigma infrage zu stellen. Auf der philosophisch-methodologischen Ebene wird durch einen theoretischen Paradigmenwechsel angenommen, dass es keine bzw. nicht nur gegebene Interessen gibt, die einer grundlegenden Realität entsprechen (positivistisch-rationalistischer Ansatz), sondern dass die Realität durch die Wahrnehmungen, Behauptungen und Diskurse der Akteure sozial konstruiert wird (konstruktivistischer und postkonstruktivistischer Ansatz). Daraus leitet sich ab, dass auf der Ebene der Sicherheitsstudien Sicherheit nicht mehr als ausschließlich militärisches Phänomen zu betrachten ist, sondern dass der Begriff auf den sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereich erweitert werden kann. Das heißt, dass man auf dem *Level of Analysis* die analytische Aufmerksamkeit nicht nur auf die Einheit (den Staat), sondern auch auf die Subeinheiten (Bürokratien, Lobbyisten, Konzerne, soziale Gruppen) richten sollte.<sup>35</sup> Genau diese Erweiterung des Anwendungsbereiches des neorealistischen Sicherheitsbegriffes ist, ohne seinen staatlich zentrierten und militärischen Kern aufzugeben und ohne die Rolle des Staates als ordnungspolitische Institution letzter Instanz abzulehnen, ein guter Anknüpfungspunkt für den neuen multidimensionalen Begriff der Geopolitik, so wie er oben geschildert wurde. In ihrem Buch aus dem Jahr 1997 *Security – a New Framework for Analysis* versuchen Buzan, Waever und de Wilde, einen neuen theoretischen Rahmen für die Sicherheitsstudien zu schaffen, der allerdings den staatlich-militärischen Kern der Sicherheitsstudien nicht ausblendet, sondern ihn mit anderen Sicherheitsgebieten (sozial, wirtschaftlich, politisch) zusammenführt, mit dem Ziel:

*„[...] to construct a more radical view of security studies, by exploring threats to referent objects, and the ‚Securitization‘ of those threats, that are non military as well as military.“<sup>36</sup>*

Sie nehmen den Vorwurf der Traditionalisten ernst, eine Ausdehnung des Sicherheitskonzeptes über den militärischen Bereich hinaus würde *„destroy its intellectual coherence and make it more difficult to devise solution“*, wie es Waltz behauptet. Sie antworten allerdings mit dem Hinweis, dass sie die Kohärenz des neuen Paradigmas nicht in einer engen Definition suchen, sondern dass sie die *„logic of security in itself“* untersuchen wollen, *„to find out what differentiates security and the*

35 Siehe diesbezüglich Autoren wie Ullman, Waever, Nye, Matthews, Gilpin.

36 Buzan, Berry / Waever Ole / de Wilde Jaap: *„Security – a New Framework for Analysis“*, Boulder London, 1997, S. 4.

*process of, Securitization' from that which is merely political*<sup>37</sup>. Zweifels- ohne sind eine positivistisch-rationalistisch basierte geopolitische und geoökonomische Analyse und eine konstruktivistisch geleitete *Securitization*-Theorie auf Grund der unterschiedlichen philosophischen Annahmen schwierig zusammenzubringen. Trotz alledem ist es aufgrund des Themas dieser Arbeit und zum Zweck der Beantwortung der Fragestellung möglich und nötig, durch die beschriebenen Anknüpfungspunkte die Grundannahmen beider Theorien zu bewahren sowie ihre Verschmelzung aussagekräftiger zu machen.

### 2.2.1 *Securitization*: die Logik und die Akteure

Um diesem Prozess gerecht zu werden, muss der theoretische Rahmen der *Securitization* auf die Grundannahme zurückgeführt werden, wonach der Hauptunterschied zwischen der „Sicherheit“ im Rahmen internationaler Beziehungen und jener im Alltagsleben darin besteht, dass es sich bei ersterer grundsätzlich um ein klassisches und realistisches militärisch-politisches Verständnis des Begriffes handelt, d. h. um die Frage des Überlebens der internationalen Akteure (d. h. der Staaten) gegenüber einer gegebenen „existentiellen Bedrohung“ (*security threat*). Die Konzepte des Überlebens eines staatlichen Akteurs und der „existentiellen Bedrohung“ sind die Ausgangspunkte, um eine theoretische Definition der Sicherheit so umzuformulieren, dass die „existentielle Bedrohung“ ein operationalisierender Maßstab für die Messung der Sicherheit in anderen Sektoren jenseits des klassischen, militärisch-staatlich zentrierten Bereiches wird, ohne dabei die innere intellektuelle Kohärenz des Begriffes „Sicherheit“ zu verlieren. Im Einklang mit Buzan und de Wilde ist Sicherheit in der Tat weniger als objektiv (und die Sicherheitsrisiken weniger als real) zu verstehen, sondern vielmehr als ein Sicherheitsrisiko, das in einer sozial konstruierten Wahrnehmung als existenziell bedrohlich erscheint (unabhängig davon, ob dieses real ist oder nicht), „*when an issue is presented as posing an existential threat to a designed referent object*“<sup>38</sup>. Es handelt sich bei der *Securitization* um einen Prozess, der auf der intersubjektiven Konstruktion der Wahrnehmung dieses Existenzrisikos basiert. Der Prozess ist intersubjektiv, weil mindestens zwei Akteure gegeben sein müssen: Bei Buzan und Waever wird der Akteur, der ein Thema als Bedrohung darstellt, als *securitizing actor* bezeichnet, während der

37 Ebenda, S. 4 f.

38 Ebenda, S. 21.

Akteur, der die Bedrohung wahrnehmen soll, die Bezeichnung *referent object* trägt. Zweck dieses Prozesses ist letztendlich die Akzeptanz der Anwendung außergewöhnlicher und extra-politischer Maßnahmen – wie z. B. Ressourcenumobilisierung, Notstandsaufruf bis zur Gewaltanwendung – seitens des *referent object* zur Bewältigung der geschilderten Sicherheitsrisiken:

*„Security is the move that take politics beyond the established rules of the game and frames the issue [...] above the politics.“<sup>39</sup>*

Im Rahmen dieser Arbeit wird allerdings behauptet, dass es, wenn manche Themen durch einen Diskursprozess tatsächlich als bedrohende Risiken konstruiert werden können, oft durchaus reale Interessen (in diesem Fall: die Interessen der Staaten) sind, aufgrund derer die Konstruktion dieser Risiken vorangetrieben wird.

### 2.2.2 Sektoren der *Securitization*: der Energiesektor

Die intersubjektive Natur des *Securitization*-Diskurses führt dazu, dass eine existenzielle Bedrohung nur hinsichtlich der unterschiedlichen *referent objects* verstanden werden kann. Dies ist die Basisannahme für eine getrennte Analyse der unterschiedlichen Sektoren und Ebenen, die grundsätzlich in militärische, politische, soziale und wirtschaftliche unterschieden werden können. Auch wenn Buzan und Waever Energie und Energiesicherheit nicht direkt als Sektoren behandeln, gliedern sie die Nachfrage- und Versorgungssicherheit der fossilen Energieträger, die marktwirtschaftlich als kommerzielle Güter verstanden werden können, in den wirtschaftlichen Sektor ein. In diesem Sektor sind die „existenzielle Bedrohung“ und *referent objects*, anders als im politisch-militärischen Sektor, in der Tat schwerer zu erkennen. Unter rein theoretisch marktwirtschaftlichen Bedingungen ist die Überlebensunsicherheit ein Grundelement der Marktumwelt, in der Firmen (potenzielle *referent objects*) gegründet werden, handeln und geschlossen werden bzw. aus dem Markt vertrieben werden können und in der genau dies der Zustand für die Effizienz des Marktmechanismus ist. Indem sich die Firmen dieser Tatsache bewusst sind und sie als Voraussetzung ihres Handelns akzeptieren, gibt eine geschilderte existenzielle Bedrohung keinen Anlass für einen „*move [...] above politics*“ und somit für eine

39 Ebenda, S. 23.

Akzeptanz des *Securitization*-Diskurses. Die Struktur des Marktes (im Fall des Energiemarktes handelt es sich um einen internationalen bzw. makroregionalen Markt) sollte daher theoretisch per se stabiler sein als die anarchistische Struktur des internationalen Systems, in dem *referent objects*-Staaten und die Bewahrung ihrer Existenz Hauptziel und Triebfaktor der internationalen Ordnung sind. Wenn allerdings die Struktur und die Überlebensbedürfnisse des Staates mit der strukturellen Unsicherheit des Marktes in Kontrast stehen und für den Staat die Bewahrung des Wohlstandes der eigenen Bürger von der nationalen Reichtums- und Kapitalakkumulation abhängt (d.h. vom Überleben der Schlüsselproduktionssektoren und Firmen), dann wird die strukturelle Überlebensunsicherheit eines liberalen Marktes und seines Versagens zu einem Faktor, der sich aufgrund von *Spillover*-Effekten auf andere Sektoren (vom politischen und sozialen bis zum militärischen) auswirkt und auf den im Gegenzug wiederum Sicherheitsspannungen und Auseinandersetzungen aus anderen Bereichen einwirken können. Nur unter der Berücksichtigung dieser gegenseitigen *Spillover*-Effekte können sich *issues* im Wirtschaftssektor und besonders im Energiesektor für einen *Securitization*-Diskurs eignen, hinter dem sich geopolitische und geökonomische Machtinteressen verbergen können.

### 2.3 *Securitization* der Energie als Folge des Versagens der Energie- bzw. Gasversorgungssicherheit

Wenn man die konstruktivistische *Securitization*-Theorie und die geopolitische und geökonomische Analyse gleichzeitig anwenden möchte, scheint das Thema der Energie- bzw. der Gasversorgungssicherheit besonders geeignet zu sein. Was unterscheidet jedoch die Energiesicherheit von einer *Securitization* der Energie? Nach einer engen Definition sind die Energie- und damit auch die Gasversorgungssicherheit bekanntlich „adequate, affordable and reliable supplies of energy“<sup>40</sup>. Diese rein ökonomische Definition sagt allerdings wenig über die Multidimensionalität dieses Begriffes aus. Das Entstehen eines gemeinsamen Weltölmarktes, die steigende Abhängigkeit von Energieimporten und die gleichzeitig auf staatlicher und privatunternehmerischer Ebene stattfindende transnationale Verbindung und Integration entlang der gesamten Energiekette bedürfen laut Daniel Yergin

40 Vgl. International Energy Agency: „World Energy Outlook 2007“, S. 160.

der Sicherung des ganzen Systems – von der Förderung bis hin zur Bearbeitung, Lieferung und Vermarktung – und setzen daher eine Wechselwirkung zwischen Produzenten und Verbrauchern voraus. Die neue Instabilität und Unsicherheit entstehe nicht durch eine Verknappung der Ressourcen, sondern durch das fehlende Risikomanagement entlang der Produktionskette: Sperrungen maritimer Engpässe im Falle von Erdöl, politische und finanzielle Instabilität sowie Unzuverlässigkeit in den Transit- und Förderländern im Falle von Erdgas, grenzüberschreitender Terrorismus.<sup>41</sup> Jene Staaten, die eine ordentliche Energielieferung für ihre Gesellschaft und ihr industriell produktives System nicht langfristig sichern können, versagen in ihrer Rolle als Garanten des nationalen Wohlstandes:

*„Energy security is all about security. Our societies are entirely addicted to energy services, such as gas stations or electricity. Not only private households, but also the business sector and even public authorities and governmental agencies are in the dire need of energy to function properly. Hence a satisfactory supply with energy is a precondition for economic growth and also for the legitimacy within a political entity.“<sup>42</sup>*

In diesem Kontext ist die Multidimensionalität des Begriffes „Energiesicherheit“ bereits angedeutet. Nach Baumann kann man in der Tat von vier Dimensionen der Energiesicherheit sprechen: von einer politischen, einer ökonomischen, einer geopolitischen sowie einer sicherheitspolitischen. Diese Dimensionen der Energieversorgungssicherheit fallen allerdings weltweit unterschiedlich aus: Je nach Energieträger und Region gewinnt jede dieser vier Dimensionen unterschiedlich an Gewicht und Bedeutung. Im Falle des Gassektors sind der fehlende Weltmarkt und die bilaterale und vertragsgebundene Preisbildung der Gaslieferungen zusammen mit ihrer Leitungsgebundenheit, wie schon in der Einführung beschrieben, ein regionalisierender Faktor in den Beziehungen zwischen Verbraucher-, Transit- und Förderländern, der langfristig Cluster gegenseitiger Abhängigkeiten auf regionaler Ebene schafft. Dabei sind die sicherheitspolitische und die wirtschaftliche Dimension stark aneinander gekoppelt. Von den drei Makroregionen, in die der Gasmarkt anhand der Handelsströme<sup>43</sup> eingeteilt werden kann (d.h. die amerikanische, die eurasische und die

41 Vgl. Yergin, Daniel: „Ensuring Energy Security“, in: Foreign Affairs, March/April 2006, Vol. 86, n. 2, S. 7 ff.

42 Vgl. Baumann, Florian: „Energy Security as Multidimensional Concept“, in: CAP Policy Analysis, März 2008, S. 4.

43 Vgl. BP: „Statistical Review of World Energy 2009“, „Major Trade Movements“, S. 31.

fernostasiatische Makroregion), ist beispielsweise die eurasische Region, und hierbei speziell der europäisch-russische geökonomische Raum, aus historischen, geographischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen derjenige, der am relevantesten erscheint, um sicherheitspolitische, energiepolitische und energiewirtschaftliche Faktoren als ein Sicherheitscluster zu interpretieren. In diesem Zusammenhang ist das Hinzuziehen eines dritten theoretischen Konzeptes von Vorteil, das als Bindeglied zwischen der geopolitischen und geökonomischen Analyse und der *Securitization*-Theorie angewendet werden kann und beide dynamisch zusammenführt. Diese Theorie des *Regional Security Complex* von Buzan und Waever, lässt sich in der Tat auf die regionale Gasversorgungssicherheit im europäisch-russischen Raum gut anwenden. Buzan und Waever nehmen an, dass:

*„[...] since most threats travel more easily over short distances than long ones, security interdependence is normally into regionally based clusters: security complex, [...] process of ‚Securitization‘ and thus a degree of security interdependence are more intense between actors inside such complexes than they are between actors inside the complex and outside of it.“<sup>44</sup>*

Nach Buzan und Waever sind also Sicherheitsfragen und *Securitization*-Diskurs in geographisch nah beieinander liegenden Regionen wahrscheinlicher, da die geographische und territoriale Kontinuität und Interdependenz zwischen den Staaten oder Staatengruppen stärker die Wahrnehmung ihrer Sicherheitslage beeinflusst: Die Sicherheit eines Staates hängt unmittelbar von jener des Nachbarstaates ab und andersherum. Diese Annahme kann trotz der unterschiedlichen theoretischen Ausgangspunkte durchaus mit der neorealistischen und geopolitischen Annahme übereinstimmen. Die Sicherheitsfragen (Grenzkonflikte, Immigration, militärische Aufrüstung) zwischen Staaten und ihren realen (oder wahrgenommenen) Sicherheitsinteressen können zu Sicherheitsdilemmata führen, die mit der Machtverteilung unter den Akteuren, mit der konfrontativen oder partnerschaftlichen Natur ihrer Beziehung und nicht zuletzt mit geographisch und historisch gegebenen Faktoren zusammenhängen. Im Einklang mit geopolitischen Theorien kann man annehmen, dass in einem internationalen System, das sich von der einheitlich liberal globalisierten Welt der 1990er Jahre in Richtung einer multipolaren und fragmentierten Welt verschoben hat, Makrore-

44 Vgl. Buzan, Berry / Waever, Ole: „Regions and Powers: The Structure of International Security“, Cambridge University Press 2003, S. 4.

gionen eben jene Ebene sind, auf der sich markt- und machtpolitische Konfrontationen oder Allianzen zwischen den internationalen Akteuren abspielen können. Wenn man die Idee eines regionalen Sicherheitsclusters (*Regional Security Complex*) auf die Gasbeziehungen zwischen geographisch nah beieinander liegenden Territorien und Staaten (so wie im Falle der europäisch-russischen Gasbeziehungen) überträgt, kann man von einem *Regional Security Complex* des Erdgases sprechen. Die fragmentierte und landgebundene Natur des Gasmarktes ist zur Schilderung der Versorgungssicherheit als einer überregionalen, sicherheitspolitischen und nicht nur ökonomischen Frage wesentlich geeigneter als der internationale Ölmarkt. Unterbrechungen und Krisen bei ökonomischen Transaktionen, Import, Lieferungen oder Erdgastransit (d. h. ein Versagen der Hauptelemente der Energiesicherheit im Sinne der engeren Definition „adequate, affordable and reliable supplies“ der IEA) können aufgrund der realen, strategisch vitalen Rolle der Energieversorgung leicht für jeden energieintensiven Industriestaat durch *Spillover*-Effekte über den Markt- und Wirtschaftssektor hinausreichen. Aufgrund der möglichen Auswirkungen auf den Wohlstand nationaler Gemeinschaften kann ein solches Versagen daher als sicherheitspolitisch existenzielle Bedrohung empfunden werden, die mit extra-wirtschaftlichen und extra-politischen Maßnahmen behandelt werden muss. Die Schilderung dieses Versagens als politisch bzw. außenpolitisch motiviert (Einsatz der Energie als politische Waffe) ist eben der Faktor, der zu einer *Securitization* der Energieversorgungssicherheit führt.

„[...] it is precisely the failure of energy security that enables „Securitization“ to take place [...] the nature of such an existential threat is found in the failure of energy security and [it] means that the momentum of industrialization and modernity grinds to halt and survival itself becomes far less certain.“<sup>45</sup>

Die geographische Nähe, die territoriale Kontinuität, die Existenz zweier großer Markt- und Machträume mit unterschiedlichen Vorstellungen hinsichtlich des internationalen Systems, tendenziell konfliktgeladene außenpolitische Beziehungen zwischen Erzeuger- und Transitländern im Übergangsraum sowie ein engmaschiges Transitnetz, das die drei Räume zwangsläufig verbindet und voneinander abhängig macht – all diese Gegebenheiten lassen es zu, die Gasbeziehungen zwischen Russland und der EU als Paradebeispiel eines *Regional Security Complex* zu verstehen.

45 Vgl. Percival, Bas R.: „The Risk of Energy-„Securitization‘ on the Eurasian Continent, Clingendael International Energy Programme, Juli 2008, S. 3.

### 3 Die amerikanische *Securitization* der Gasbeziehung zwischen der EU und Russland

In dieser Arbeit wird also postkonstruktivistisch argumentiert, dass die Beziehungen zwischen Russland und der EU in einen *Regional Security Complex* eingebettet sind und dass sie sich deshalb für einen *Securitization*-Diskurs im Sinne von Buzan und Waever als „*move above the politics*“ eignen können, wobei die USA den *securitizing actor*, die EU und die westeuropäischen Energiekonzerne die *referent objects* darstellen und die „existentielle Bedrohung“ wiederum von der Gasabhängigkeit Europas gegenüber Russland sowie der außenpolitischen Strategie Moskaus ausgeht. Zunächst wird aus geopolitischer Sicht argumentiert, dass der *Securitization*-Diskurs von den geostrategischen Interessen Washingtons (der extra-kontinentalen Insel) hinsichtlich der Beziehungen zwischen Westeuropa (dem Brückenkopf), Osteuropa (dem Randland) und Russland-Eurasien (dem *Heartland*) geprägt ist. Im nächsten Kapitel soll dann näher untersucht werden, welche Effekte dieser Diskurs tatsächlich auf die Gasbeziehung zwischen der EU und Russland hat und ob das geschilderte Risiko für Europa ein reales (d. h. eine Frage des Sachverhaltes) oder lediglich ein konstruiertes (d. h. eine Sache des Diskurses) ist.

#### 3.1 Geostrategie: NATO-Osterweiterung als Einkreisung Russlands

Der *Securitization*-Diskurs, demzufolge Russlands Gaslieferungen eine existenzielle Bedrohung für die EU darstellen, scheint mit den langfristigen, geostrategischen Zielen der Russland- und Osteuropapolitik Washingtons übereinzustimmen, so wie diese in den acht Jahren der Bush-Administration gestaltet wurden. Seit dem Ende der Sowjetunion und besonders seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist das Territorium zwischen der polnisch-deutschen Oder-Neiße-Grenze und der gesamten westlichen Grenze der Russischen Föderation (also das Mackindersche Randland) wieder ins Zentrum der amerikanischen Geostrategie gerückt. Noch kurz vor dem Ende des Kalten Krieges zielte die Administration der Vereinigten Staaten unter der Führung von George W. Bush senior darauf ab, dieses Territorium in einer Weise zu gestalten, dass es zu keiner Destab-

bilisierung der damaligen Sowjetunion durch eine Welle staatsnationaler Unabhängigkeitserklärungen und damit zu einer sicherheitspolitischen Destabilisierung des gesamten Raumes käme. Als jedoch klar wurde, dass der Austritt der Baltenländer und der Ukraine aus dem sowjetischen Bundesstaat trotz aller Versuche der amerikanischen Administration nicht mehr zu bremsen war und dass die Sowjetunion nicht einmal als loses Staatenbündnis die sicherheitspolitische Stabilität des Raumes östlich Deutschlands (sowohl des externen Rings der SU: Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Polen und die Baltenländer, als auch des inneren Rings der SU: Ukraine und Weißrussland) würde garantieren können, stellte sich die neue demokratische Administration unter Präsident Clinton die Frage, wie der gesamte eurasische Raum – samt Russland und der osteuropäischen Staaten – auf Basis demokratischer Reformen und unter Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen an die Sicherheitsstrukturen des Westens anzubinden sei. In der zweiten Amtszeit Clintons schien die Antwort gefunden: durch eine graduelle, aber entscheidende Osterweiterung der Sicherheitsstrukturen der NATO, der ein zukünftiger EU-Beitritt folgen sollte. In den Jahren 1997 bis 1998 erschien das bereits erwähnte Buch von Brzezinski, das die Koordinaten und Eckpunkte einer neuen strategischen Offensive Amerikas in Eurasien sowie in Bezug auf Russland vorgab. Die These, der zufolge die Bewahrung der Vorherrschaft der USA als einziger Supermacht in der Welt des 21. Jahrhunderts unmittelbar von der Kontrolle der eurasischen Landmasse durch den externen Einfluss Washingtons abhängt, schloss nicht nur die strategische Lücke in der Russland- und Osteuropapolitik der ersten Clinton-Administration (1992 bis 1996). Sie überwand vielmehr die illusionäre und auf der Logik des Status quo basierende Politik der Administration von George W. Bush senior. Diese Politik bezeichnet Brzezinski in seinem neuesten Buch *Second Chance* als „*the original sin*“, nämlich als die verpasste Chance, gleich nach dem Ende des Kalten Krieges „*to shape the future or leave behind a compelling sense of direction [...] the historical moment called for a grand vision for the world at large and for the decisive US intervention*“<sup>46</sup>. Nach Brzezinski dürfte Russland (wie im ersten Kapitel ausführlich beschrieben) ein Juniorpartner des Westens werden, wegen seiner Größe und Instabilität jedoch nicht in dessen wirtschaftliche und sicherheitspolitische Strukturen eingebunden werden. So erfolgte 1998 zwar die Aufnahme Russlands in die G8, allerdings wurde Moskau von den finanz- und währungspolitischen Beratungen ausgeschlossen. Die erste NATO-Osterweiterung im Jahr 1999 mit der Aufnahme Polens, Ungarns und Tschechiens

46 Vgl. Brzezinski, Zbigniew: „*Second Chance*“, Basic Books, 2008, S. 82.

in das Bündnis und mit dem Versprechen eines zukünftigen Beitrittes gegenüber Rumänien, Bulgarien und den Baltischen Ländern folgte der Unterzeichnung sowohl des *NATO-Russia Funding Acts*<sup>47</sup> zwei Jahre zuvor sowie des militärischen Abkommens zwischen der NATO und der Ukraine<sup>48</sup>. Die sicherheitspolitischen Ziele, das osteuropäische Niemandsland an den westeuropäischen Brückenkopf anzubinden sowie ein Abkommen mit Moskau zu schließen, das die Beziehungen mit einem wirtschaftlich schwer angeschlagenen sowie außen- und sicherheitspolitisch gedemütigten Russland stabilisieren sollte, wurden erreicht. Seit diesem Moment wurde Washington zum Garant der Stabilität und Unabhängigkeit der ostmitteleuropäischen Staaten, sowohl gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland als auch gegenüber einem revanchistischen Russland. Polen ist in diesem Zusammenhang zu jener regionalen Macht geworden, auf dessen Allianz diese Garantie basierte.<sup>49</sup> Die neue republikanische Regierung unter George Bush junior setzte vor allem nach dem 11.09.2001 auf eine Allianz à la carte mit Moskau in den wichtigsten außenpolitischen Fragen (Bekämpfung des Terrorismus, Sicherung des Durchfluges durch den russischen Luftraum für die Operation in Afghanistan, militärische Basis in Afghanistan, nukleare Abrüstung). Diese Allianz basierte auf der Annahme, die russische Solidarität kurz nach den Terroranschlägen sowie die wirtschaftliche Stabilisierung des Landes würden den Weg Moskaus in die Familie der europäischen Demokratien bedeuten. Aus diesem Grund ignorierte die Bush-Regierung fast alle Forderungen des damaligen russischen Präsidenten Putin: keine weitere Osterweiterung der NATO, klare Grenzen hinsichtlich der Osterweiterung der EU und keine Anerkennung des Kosovo als unabhängigen Staat. Nach dem Motto „*the winner takes all*“ antworteten die USA auf die Zugeständnisse Moskaus nicht mit gleichem Entgegenkommen, sondern mit der Unterstützung der sicherheitspolitischen und marktwirtschaftlichen Konsolidierung der östlichen EU-Grenze parallel zu der weiteren NATO-Osterweiterung, und setzten den Einmarsch in Zentralasien durch den Hindukusch fort. Was allerdings in den 90er Jahren ein Stabilitätsbedürfnis war, gewann nach dem Ausbruch des Irak-Krieges, der selbstbewussten Opposition Berlins gegen den Krieg sowie dem Entstehen einer Achse Paris-Berlin-Moskau eine vollkommen neue strategische Bedeutung, die kohärent mit den Mackinderschen Theorien und den Thesen von Brzezinski einherging.

47 Vgl. NATO-Russia Funding Act, in: [http://www.NATO.int/cps/en/NATOlive/official\\_texts\\_25468.htm](http://www.NATO.int/cps/en/NATOlive/official_texts_25468.htm).

48 Vgl. Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine, Juli 1997, in: <http://www.forost.ungarisches-institut.de/pdf/19970709-2.pdf> sowie Melnykowska Inna, Schweickert, Rainer, „Die NATO und die Ukraine“, „Osteuropa“, 9/2009, S. 49-64.

49 Vgl. Bill Clintons Rede in Warschau, Juli 1997, in: <http://articles.latimes.com/1997/jul/11/news/mn-11735>

Die Stärkung der sicherheitspolitischen Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern (das Rimland) durch die NATO-Aufnahme diene also zwei Zielen: einerseits Russland (das *Heartland*) einzukreisen, andererseits eine strategische Spaltung zwischen der EU und Russland (dem eurasischen Block) sowie innerhalb der EU zwischen alten westeuropäischen und neuen osteuropäischen Mitgliedern voranzutreiben. Russland suchte nach dem Schlag der 90er Jahre und den Auflösungsrisiken der staatlichen Einheiten eine Möglichkeit, wieder auf gleicher Augenhöhe mit dem Westen zu verhandeln und seinen Platz als Supermacht wiederzuerlangen, ohne allerdings sein neues Selbstbewusstsein von einer Aufnahme in die Sicherheitsstrukturen des Westens abhängig machen zu lassen. Die erste kooperative Phase zwischen Washington und Moskau endete zeitgleich mit der ersten Amtszeit Bushs und dem Irak-Krieg. Die Beziehung zwischen den zwei Staaten spitzte sich erst im ersten Jahr der zweiten Amtszeit Bushs zu. Im Mai 2004 traten zehn ost- und mitteleuropäische Staaten der EU bei, unter anderem Polen, Tschechien und Ungarn, die bereits NATO-Mitglieder waren. Im März 2004 wurden Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien gleichfalls in die NATO aufgenommen. Somit erlebte der ganze „externe Ring“ Russlands (die Länder entlang der westlichen Flanke der Russischen Föderation) eine der spektakulärsten sicherheitspolitischen Allianzwechsel seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Aus der Sicht Moskaus war dieser Wechsel ein schwerer Schlag: Von einem Raum der Sicherheit unter der Vorherrschaft der SU gewann der externe Ring zunächst den Status eines machtleeren Raumes und wurde schließlich zu einem Vorposten des Westens an der russischen Grenze, wodurch sich Russland wiederum nach Asien zurückgedrängt fühlte. Aus der Sicht Washingtons kam die strategische Trendwende in der Bedeutung, die die USA ihren Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten beigemessen hatte, erst durch den Irak-Krieg und damit mit der ersten, wenn auch nur holprigen, Profilierung einer sicherheitspolitischen und autonomen Position der EU durch seine wichtigsten Mitglieder Deutschland und Frankreich.<sup>50</sup> Trotz der Veränderungen der letzten sechs Jahre, wie z. B. der Rebilanzierung der Beziehungen von Paris und Berlin mit Washington oder der neuen Strategie des Präsidenten Obama, die transatlantische Partnerschaft neu zu stärken, scheinen die Risse in den transatlantischen Beziehungen seit 2003 einen gewis-

50 In diesem Zusammenhang ist der „Pralinen-Gipfel“ zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg in Teveren eine Erwähnung wert. Hierbei handelte sich um ein Treffen zwischen den Staatschefs Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs, das im April 2003 in Brüssel stattfand und bei dem versucht wurde, konkrete Vereinbarungen für ein militärisches „Kern-Europa“ außerhalb der NATO zu vereinbaren. Vgl. Bacia, Horst: „Vierer-Gipfel in Brüssel: Ein zweiter Pfeiler in der NATO“, in: FAZ, 30. April 2003.

sen *point of no return* hinsichtlich der zukünftigen Transformation der transatlantischen Partnerschaft von einer Wertegemeinschaft für die Ewigkeit in ein eher ausbalanciertes und nüchternes Verhältnis zu zeigen. Nur unter Berücksichtigung dieses strategischen Ausgangspunktes wird dem *Securitization*-Diskurs der Energie- bzw. Gasbeziehungen zwischen der EU und Russland der letzten Jahre eine geostrategische Dimension und Erklärung zuteil.

## 3.2 Die *Securitization* in der politisch-wissenschaftlichen Debatte

### 3.2.1 Argumente: die „gefährliche“ Abhängigkeit Europas von Russland und die „Energie als Waffe“

Unter diesen strategischen Voraussetzungen hat sich vor allem in neo-konservativen *Think Tanks* ein amerikanischer Diskurs entwickelt, der das einzige wahrhafte Bindeglied zwischen Russland und dem westeuropäischen Brückenkopf – nämlich das langjährige, leitungsgebundene Gasgeschäft zwischen Moskau und Westeuropa – als eine „existentiell bedrohliche Abhängigkeit“ der EU zu schildern vermochte. Dieser Diskurs kann als *Securitization*-Diskurs im Sinne von Buzan, Waever und de Wilde interpretiert werden (siehe 2. Kapitel). Dabei ist eine, wenn auch unvollkommene, Darstellung der Entwicklung dieses Diskurses notwendig. In vielen offiziellen Dokumenten, sowohl der politischen Institutionen als auch der einflussreichen *Think Tanks* und politischen Berater, wird der Stand der transatlantischen Beziehung unter zwei Gesichtspunkten analysiert: Erstens sei die NATO die einzige Struktur, die die amerikanischen und europäischen Partner sicherheitspolitisch zusammenbinde. Wie Kurt Volker, der ständige Vertreter der USA im Nordatlantischen Rat, in seiner letzten Anhörung vor dem außenpolitischen Ausschuss des US-Senats betont hat:

*„U.S.-EU cooperation – as important as it is – is not a substitute for cooperation through NATO. The U.S. is not present in EU discussions, and when the U.S. and EU meet, we do so as partners across a table. NATO is the one place where all sit together around one table, deliberate, and agree common action.“*<sup>51</sup>

51 Vgl. Volker, Kurt: „Testimony before the Senate Committee on Foreign Relations“, 22. Oktober 2009, S. 8.

Ein starkes und vereintes Europa sei nur wünschenswert, wenn es (auch) innerhalb der militärischen und sicherheitspolitischen Strukturen der NATO bestünde, wie es Volker wiederum betont:

*„That is why having a strong Europe, and a strong EU, is fundamentally in America’s interest. And also why being a ‚good European‘ must include also being a ‚good Atlanticist‘.“<sup>52</sup>*

Zweitens sei aus amerikanischer Sicht besonders die Gasbeziehung zwischen der EU und Russland der gefährlichste geoökonomische, strukturelle Faktor, der die Solidität der transatlantischen Partnerschaft unterminieren könne. Im militärisch-sicherheitspolitischen Bereich fehle der EU, trotz der Entwicklung einer eigenen sicherheitspolitischen Dimension (ESVP) und des selbstständigen weltweiten Engagements in autonomen *robust peace-enforcing operations*, noch ein eigenes militärisches Hauptquartier sowie eine eigene, von Washington unabhängige, militärische Kommando-, Führungs- und Kommunikationsstruktur. Dieser Mangel sei es, der die sicherheitsmilitärische Unabhängigkeit der EU weitgehend beeinträchtigt und den europäischen Kontinent weiterhin von der NATO, und damit von der Beziehung mit Washington, geopolitisch abhängig mache.<sup>53</sup> Im Gegensatz dazu ist die Kooperation und Beziehung mit Moskau im Energiebereich ein Gebiet, das weitgehend außerhalb des direkten Einflusses Washingtons liegt und wo die wichtigsten westeuropäischen Verbündeten Washingtons eine autonome Außen(wirtschafts)politik betreiben und ihre privaten Einzelkapitalien sowie ihre Rendite durch das Gasgeschäft mit Moskau maximieren. Unter diesen Voraussetzungen lautet die weit verbreitete Grundannahme wie folgt: Moskau betreibe seine Energie- und Gasexporte ausschließlich als Instrument einer neuen, aggressiven Außenpolitik im post-sowjetischen Raum, um die ostmitteleuropäischen Staaten in Schach zu halten und ihnen „den Gashahn abzdrehen“, sobald sie eine prowestliche Außenpolitik betreiben, die sie aus dem Einflussgebiet Moskaus führen könnte. Dies sei allerdings lange nicht die Hauptgefahr: Die Risiken einer Vertiefung der Gasabhängigkeit der westeuropäischen Partner Washingtons gegenüber Russland durch eine stärkere privatunternehmerische Integration der zwei Markträume würde für Moskau eine Art politisches Vetorecht hinsichtlich ihrer europäischen, außenpolitischen Entscheidungen bedeuten. Die Mahnung

52 Ebenda, S. 5.

53 Nach dem Berlin-Plus-Abkommen werden EU-Operationen unter Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO vom militärischen Hauptquartier der Allianz in Europa (Shape) geplant und vom stellvertretenden NATO-Oberbefehlshaber (DSACEUR) geführt. Vgl. Berlin-Plus-Abkommen zwischen NATO und EU v. 17 März 2003, in: <http://www.bmvg.de>.

der USA an die europäischen Verbündeten, die engeren Energiebeziehungen zu Russland könnten für Moskau zu einem politischen Erpressungsmittel werden und damit eine existenzielle Bedrohung für die politische Unabhängigkeit ganz Europas darstellen, ist eine Position, die der von Buzan und Waever beschriebenen Diskurs-Logik der *Securitization* zwischen *securitizing actor* (USA) und *referent object* (EU) entspricht:

*„If we do not tackle this problem, everything else will be irrelevant because we will not be here or be free to deal with it in our own way.“<sup>54</sup>*

Eine solche typische Argumentationsweise des *Securitization*-Diskurses in der politisch-akademischen Debatte ist zum Beispiel im folgenden Zitat von Zeyno Baran, Senior-Fellow-Direktor des *Centre for Eurasian Policy* am Hudson Institute in Washington, zu lesen:

*„Given Russia’s high-level political involvement in energy issues, the EU needs a corresponding degree of intensity. Specifically, Europe must realize the very real foreign and security policy ramifications that the supply of energy has. Enhancing cooperation on energy security within the EU is essential to withstand Russian pressure.“<sup>55</sup>*

Um diesem Druck entgegenzuwirken, ist es allerdings notwendig, dass die westeuropäischen Partner und die Europäische Kommission ihre Lieferungsabhängigkeit von Moskau durch Alternativrouten mildern und der aggressiven Außenstrategie Moskaus durch die Entwicklung eines koordinierten energieaußenpolitischen Konzeptes entgegenwirken. Letztendlich müssen sie die Interessen und Sorgen der ostmitteleuropäischen Staaten hinsichtlich ihrer Beziehung zu Russland teilen und wahrnehmen, wie es Keith Smith vom einflussreichen CSIS in Washington behauptet:

*„Unfortunately, the European Commission has up to now failed to build an effective common EU-wide energy policy that would counter Moscow’s use of oil and gas exports as a foreign policy instrument. This has left all of the member states, and particularly the ECE countries, exposed to the Kremlin’s aggressive energy strategy.“<sup>56</sup>*

54 Vgl. Buzan, Berry / Waever, Ole / de Wilde, Jaap: „Security – a New Framework for Analysis“, Boulder London, 1997 S. 24.

55 Vgl. Baran, Zeyno: „EU-Energy Security: Time to End Russian Leverage“, in: *The Washington Quarterly*, 2007, S.131-132.

56 Vgl. Smith, Keith: „Russian Energy Dependency and the Conflicting Interests of Old and New Europe“, *The Centre for Strategic and International Studies*, Mai 2009, S. 2.

Den amerikanischen Strategen, Politikberatern und politischen Entscheidungsträgern, vor allem aus dem neokonservativen Lager, geht es allerdings nicht nur darum, die existenzielle Bedrohung für die gesamte EU zu schildern, sondern vielmehr jene strategischen Risiken, die sich für die USA dahinter verbergen: Die Ablösung Europas von der transatlantischen Klammer und eine weitere Annäherung an Russland würde nach dieser Interpretation durch eine intensivierte geoenergetische und geoökonomische Zusammenarbeit im osteuropäischen Raum den sicherheitspolitischen Verabschiedungsprozess Europas von der transatlantischen Anbindung beschleunigen und langfristig das Horrorszenario einer „Vertreibung“ der USA aus dem eurasischen Kontinent bedeuten. So argumentiert beispielsweise im Einklang mit Brzezinskis These Ariel Cohen, einflussreicher Experte für russische und eurasische Fragen bei der neokonservativen *Heritage Foundation* und aktueller Berater der neuen Obama-Administration:

*„Russia is consolidating its grip on oil and gas – the economic lifeblood of Europe. Moscow is pursuing a comprehensive strategy that could increase Europe’s political and economic dependence on Russian energy. Such dependence could negatively affect transatlantic relations, common values, goals, strategic objectives, and security policies. Without a policy dialogue and coordination between Washington and European capitals, Europe’s strategic drift away from the United States will continue unabated.“<sup>57</sup>*

Anlässlich der letzten Anhörung vor dem außenpolitischen Ausschuss des amerikanischen Senats über die Beziehungen mit Russland hat Cohen diese Ansicht erneut klar betont:

*„Russia strives to dominate Europe, particularly Eastern and Central Europe, including Germany, through its quasi-monopolistic gas supply and its significant share of the oil market and of other strategic resources. Russia controls a network of strategically impor-*

57 Vgl. Cohen, Ariel: „Europe Dependence on Russian Energy“ Backgrounder N.2083, Heritage-Foundation, November 2007, S. 1, in: <http://www.heritage.org/Research/Europe/bg2083.cfm>. Eine ähnliche Argumentation ist auch im neusten Artikel Ariel Cohens zu lesen, in dem er die neue Obama-Administration warnt, dass die aggressiven Prämissen der (Energie)Außenpolitik Russlands trotz der Wirtschaftskrise unverändert bleiben würden. Als erste Maßnahme fordert er die Administration auf, „work with key European governments to address their overreliance on Russian gas“. Vgl. Cohen, Ariel: „Russia’s Economic Crisis and U.S.-Russia Relations: Troubled Times Ahead“, in: <http://www.heritage.org/research/RussiaandEurasia/bg2333.cfm>.

*tant pipelines and is attempting to extend it by building the Nord Stream pipeline along the bottom of the Baltic Sea to Germany; the South Stream pipeline across the length of the Black Sea; and even control gas pipelines from North Africa to Europe. Russia has shown a pattern of using revenues from its energy exports to fuel its strategic and foreign policy agendas.*<sup>58</sup>

Beweis einer engen Wechselwirkung zwischen wissenschaftlicher, akademischer und politischer Debatte ist beispielsweise in einem Bericht für das *House of Representatives* im September 2009 zu lesen:

*„Russia is using this energy dependence as part of a larger effort to limit the sovereignty and pro-Western orientation of vulnerable neighbouring countries such as Ukraine, Moldova, and Georgia. In addition to bolstering the sovereignty of these countries, the United States has also had a vital interest in keeping strong ties with NATO and EU member states. Some observers believe that these relations could be harmed in the long term if many of these states became too dependent on Russian energy.*<sup>59</sup>

### 3.2.2 Instrument: die Energie-NATO

Es verwundert somit nicht, dass im Einklang mit der Rolle, welche die USA der NATO in der Beziehung mit Europa zuschreiben, genau dieses Instrument von Washington befürwortet wird, um dem *Securitization*-Diskurs auch konkrete politische Entscheidungen folgen zu lassen. Frühestens seit 2006 sprachen sich Vertreter der alten Bush-Administration für die Schaffung einer sicherheitsenergetischen Dimension innerhalb der NATO aus. Während des NATO-Gipfels in Riga im Dezember 2006 sprach sich Richard Lugar, der damalige Vorsitzende und heutige stellvertretende Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des amerikanischen Senates, mit direktem Bezug auf Russland für die Ausdehnung der Garantien des Artikels 5 des NATO-Vertrages auf das Energiegebiet aus:

58 Vgl. Cohen, Ariel: „Prepared Statement of Ariel Cohen, Ph.D., Senior Research Fellow, Russian and International Energy Security“, The Heritage Foundation, Washington DC, in Prospects for engagement with Russia-Hearing before the Committee on Foreign Relations United States Senate, One Hundred Eleventh Congress, First Session, März, 2009, S. 16, in: [www.foreign.senate.gov/hearings/2009/hr090319a.html](http://www.foreign.senate.gov/hearings/2009/hr090319a.html).

59 Vgl. Woehrel, Steven: „Russian Energy Policy Toward Neighboring Countries“, Congressional Research Service, September 2009, S. 6.

*„Article Five of the NATO Charter identifies an attack on one member as an attack on all [...] We should recognize that there is little ultimate difference between a member being forced to submit to foreign coercion because of an energy cut off and a member facing a military blockade or other military demonstration on its borders...“<sup>60</sup>*

In gleichen Tönen drückte sich Lugar im Jahr 2007 bei einem Besuch in der *American Academy* in Berlin aus, wo er besonders die geopolitische Dimension der Gaslieferungen hervorhob:

*„The use of energy as a weapon is not a theoretical threat of the future; it is happening now. Energy is being used by those who possess it as leverage against their neighbours [...] Because natural gas is traded regionally and because Europe is dependent on a few suppliers [Russland], the risk that natural gas supplies will be used as political leverage against an individual country is even greater than for oil. It would be irresponsible for the European Union and NATO to decline involvement in energy security, when it is apparent that the jobs, health, and security of our modern economies and societies depend on the sufficiency and timely availability of diverse energy resources.“<sup>61</sup>*

Der ebenfalls 2007 erarbeitete polnische Vorschlag eines kollektiven Verteidigungsbündnisses nach dem Modell der NATO stützte sich genau auf diesen amerikanischen Vorschlag und stärkte ihn. Nach polnischer Sicht solle es gegen eine politisch motivierte Einstellung der Energie- und besonders der Gaslieferungen zu einer kollektiven Antwort in Form von Lieferhilfe durch andere Mitglieder kommen und damit zu einem gleichen militärischen Schutz der Transitsysteme. Der Vorschlag basierte ausdrücklich auf einem definitiven Ausschluss Russlands aus der Einbindung in den energiewirtschaftlichen Marktraum des Kontinents. Die amerikanisch-polnische Initiative hat auf dem NATO-Gipfeltreffen im April 2008 zur Verabschiedung des Reportes *NATO's Role in Energy Security* geführt, demzufolge die Energie-Dimension in der NATO zukünftig fester Bestandteil der neuen multidimensionalen Aufgaben des Bündnisses wird.<sup>62</sup> Allerdings wurden alle diese

60 Vgl. Lugar, Richard: „Energy and NATO-Senator Lugar's keynote speech to the German Marshall Fund conference on Monday, November 27, 2006 in Riga, Latvia, in advance of the NATO Summit“, in: <http://lugar.senate.gov/energy/press/speech/riga.cfm>

61 Vgl. Lugar, Richard: „EU and U.S. Must Move Now to Address Energy Vulnerability“, 30th, April, 2007, American Academy Berlin, in: <http://lugar.senate.gov/energy/press/speech/eu.cfm>

62 Vgl. „NATO's role in energy security“, in: [http://www.NATO.int/cps/en/NATOLive/topics\\_49208.htm](http://www.NATO.int/cps/en/NATOLive/topics_49208.htm).

Initiativen nach den intensiven Gesprächen zwischen 2006 und 2007 nicht weiter vorangetrieben und trafen eher auf eine zurückhaltende Reaktion und Gegenvorschläge wichtiger westeuropäischer NATO- und EU-Mitglieder. Als Beispiel für eine solche Reaktion sei hier die deutsche Initiative einer Energie-KSZE genannt. Deutschland, dessen Energiekonzerne historisch die privilegierteste Beziehung zu Moskau und *Gazprom* unterhalten, hat eine auf Prinzipien kollektiver Sicherheit basierende Energiesicherheitsarchitektur vorgeschlagen, die Russland durch einen Dialog zwischen Förderländern, Großverbrauchern, Transitstaaten und Privatverbrauchern ausdrücklich mit einbezieht. Eine solche Überlegung einer Energie-KSZE gründet sich genau auf:

*„[...] d[er] Verflechtung aller Akteursgruppen [...] in der Form langfristiger Lieferverträge im Gassektor, gemeinsamer Infrastrukturinvestitionen oder einer Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten ausländischer Kapitalgeber.“<sup>63</sup>*

Während der polnische Vorschlag eine Trennlinie zieht, die quasi nach dem Motto *„the americans in, the german down and the russian out“* funktionieren würde, eine Schlüsselrolle für Polen zwischen Europa und USA sichern sowie eine Minderung der empfundenen Risiken seiner Energie- und Gasabhängigkeit von Moskau bedeuten würde, wäre der deutsche Vorschlag ein Wendepunkt im Ansatz der Europäischen Kommission gegenüber Russland und dem östlichen Raum. Der deutsche Vorschlag würde zudem die Anpassung der außenpolitischen Instrumente der Europäischen Kommission an die geökonomische Realität erfordern, wie in den nächsten Kapiteln näher untersucht werden soll.

Solche Positionen sprechen für eine unterschiedliche Wahrnehmung der – von den Amerikanern als existenzielle Bedrohung geschilderten – Gasbeziehungen mit Moskau, sowohl unter den NATO- als auch unter den EU-Mitgliedern. Nach Buzan ist ein *Securitization*-Diskurs erst erfolgreich, wenn das *referent object*, in diesem Fall die EU und die westeuropäischen Energiekonzerne, ein Thema auch tatsächlich als existenziell bedrohlich wahrnimmt. Besonders auf Gemeinschaftsebene zeigt die inkohärente Entwicklung der EU-Energieaußenpolitik, nach der Russland nicht nur als Partner, sondern vielmehr als Bedrohung verstanden wird, wie sich der *Securitization*-Diskurs auf die Gestaltung einer EU-Energieaußenpolitik auswirkt und welche Divergenzen mit Moskau dadurch entstehen.

63 Vgl. Geden, Oliver / Goldhau, Andreas / Noetzel, Timo: „Energie-NATO und Energie-KSZE – Instrumente der Versorgungssicherheit?“, SWP-Diskussion Papier, Mai 2007, S. 4-5.



## 4 Die Effekte der *Securitization*: geopolitische Divergenzen in der Gasbeziehung zwischen der EU und Russland

### 4.1 Die EU: Energieaußenpolitik und der Energiecharta-Vertrag: mit oder ohne Russland?

Die Debatte über die Energie-NATO und die Tatsache, dass zwei EU- und NATO-Mitglieder entgegengesetzte offizielle Vorschläge in Bezug auf die Energie- bzw. Gasbeziehungen mit Moskau entwickelt haben, weisen auf die allgemeine Schwäche der EU hin, im internationalen System in außenpolitischer und energiepolitischer Hinsicht autonom zu agieren. Das Verhältnis zu Russland ist in dieser Hinsicht ein Lakmus-Test. Mark Leonard, Direktor des *European Council of Foreign Relations* ordnete im Jahr 2007 die EU-Länder bezüglich ihrer Beziehungen zu Moskau in genau fünf Gruppen ein: *Trojan Horses* (Zypern und Griechenland), die die Interessen Moskaus in der EU vertreten; *Strategic Partners* (Frankreich, Deutschland, Italien), die enge bilaterale Beziehungen mit Moskau etabliert haben; *Friendly Pragmatists* (Österreich, Belgien, Bulgarien, Finnland, Ungarn, Luxemburg, Malta, die Slowakei, Slowenien, Portugal), die hauptsächlich wirtschaftliche Beziehungen mit Moskau pflegen; *Frost's Pragmatists* (Tschechien, Dänemark, Estland, Irland, Lettland, die Niederlande, Schweden, Rumänien, Großbritannien), deren Regierungen Moskau aufgrund der mangelhaften Demokratisierung und Durchsetzung der Menschenrechte kritisieren; *New Cold Warriors* (Polen und Litauen), die ausdrücklich eine antirussische Haltung einnehmen.<sup>64</sup> Diese Vielfalt an Positionen spiegelt sich ohne Zweifel in der Gestaltung einer gemeinsamen Energieaußenpolitik gegenüber Russland wider und bietet Raum für die Übernahme der *Securitization*-Argumente. Die europäische Übernahme dieser, von den USA vorangetriebenen Argumente weist darauf hin, dass sich die EU weigert, hinsichtlich ihrer Interessen in der Beziehung zu Russland eine eigene strategische Formulierung zu finden. In der Tat ist genau seit 2006 – als Versuche unternommen wurden, durch die Energie-NATO einen größeren Einfluss auf die europäische Energiedebatte auszuüben – ein gewisser Dynamismus beim Gestaltungsversuch einer außenpolitischen Dimension der EU-Energiepolitik zu beobachten.

64 Vgl. Leonard, Mark: „A Power Audit of EU-Russia Relations“, 2007.

Diese Versuche zielten darauf ab, die Energieversorgungssicherheit in die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ (GASP) einzubinden. Die Europäische Kommission als supranationales „Regierungsorgan“ der EU plädierte zwar schon im *Grünbuch der Energie* von 2000 dafür, die Energieversorgung zu einer „notwendigen aktiven Energiepolitik“<sup>65</sup> der EU zwecks einer Minderung der Energieabhängigkeit zu gestalten. Die Wettbewerbsfähigkeit und die Nachhaltigkeit blieben hierbei jedoch die wichtigsten Ziele der Strategie, während die geopolitische Dimension der Energieversorgung noch nicht berücksichtigt wurde.<sup>66</sup> Den Wendepunkt in der Energiestrategie der EU bildete erst das *Grünbuch der Energie 2006*.<sup>67</sup> Seit diesem Moment wurde für die folgenden zwei Jahre und parallel zum ansteigenden Druck auf die USA die Energieversorgung nicht nur durch eine nachfrageorientierte und marktwirtschaftlich geleitete Politik definiert, sondern auch durch die Notwendigkeit einer Sicherung der Energieflüsse. Dabei sei eine außenpolitische und strategische Dimension auf Gemeinschaftsebene notwendig, so das Leitmotiv des neuen diplomatischen und außenpolitischen Aktivismus der EU. Im *Grünbuch* sowie im darauffolgenden Papier der Kommission und des Generalsekretärs/Hohen Vertreters des Europäischen Rats, bezieht man sich neben der Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit in der Tat ausdrücklich auf die Entwicklung einer „kohärenten Energieaußenpolitik“ als Teil der Energieversorgungssicherheit. Die Kommission erkennt, dass „eine sichere Energieversorgung eine Kombination interner und *externer* Politiken voraussetzt“ – und trotz des begrenzten Spielraumes der EU in energieaußenpolitischen Entscheidungen und Kompetenzen fördert die Entwicklung eine „kohärente und zielgerichtete EU-Energieaußenpolitik“.<sup>68</sup> Die Umsetzung dieser Strategie soll, wie aus dem Dokument der Kommission *An Energy Policy for Europe* aus dem Jahr 2007 hervorgeht, nicht nur durch einen umfassenden Wettbewerb und die Schaffung eines echten Binnenmarktes erfolgen, um niedrigere Preise zu erzielen. Zusätzliche Maßnahmen sollen eine stärkere Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten sowie die Anwendung außenpolitischer Instrumente zum Zweck des Stabilitäts- und Friedensprojektes der EU an ihren Außengrenzen sein. Die Umset-

65 Vgl. EU-Kommission: „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“, März 2006, S. 2-5.

66 „Die Union muss durch eindeutige Maßnahmen zugunsten einer nachfrageorientierten Politik ein Gegengewicht zur angebotsorientierten Politik schaffen. Der Aktionsspielraum zur Steigerung des Angebots ist angesichts des Bedarfs nur gering“. Ebenda, S. 3.

67 Vgl. EU-Kommission, „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“, März 2006.

68 Vgl. Papier der Kommission und des Generalsekretärs/Hohen Vertreter für den europäischen Rat, „Eine Außenpolitik zur Förderung der EU-Interessen im Energiebereich“, 2006, S. 1.

zung dieser Strategie sei die ordnungspolitische Rahmenbedingung für den Ausbau grenzüberschreitender Gasnetze und eines funktionierenden Handels sowie für die Schaffung einer gleichen Ausgangslage bei der Markteröffnung.<sup>69</sup> Dabei wird, wie Kirsten Westphal behauptet, den zukünftig integrierten Energiemärkten eine Rolle als Stabilitäts- und Prosperitätsfaktor zugeschrieben.<sup>70</sup> Im *Second Strategic Energy Review 2008* werden diese Ziele in einem *EU-Aktionsplan für Energieversorgungssicherheit und Solidarität* erweitert und konkreter festgelegt. Zu diesen Zielen gehören die Infrastrukturausweitung und die Diversifizierung der Transportrouten (südlicher Gaskorridor Nabucco, Ostseeverbundplan, Sammelkaufmechanismus in der kaspischen Region), die außenpolitische Dimension der Energieversorgung (Vertiefung der Beziehungen mit den Energieversorgerstaaten durch neue, umfassende Partnerschaften) und vor allem die Ausdehnung marktwirtschaftlicher Mechanismen (Liberalisierung des Handels und Investitionen im Energiesektor) sowie der Sparmaßnahmen, die als ein gemeinsames Ziel zu betrachten seien. Markteröffnung und Marktdurchdringung sowie die Sicherung der Einflussosphäre durch geoenergetische Verflechtung, wie sie von ten Brink geschildert wurden, finden hier deutlich ihren Ausdruck.<sup>71</sup> Besonders im osteuropäischen Raum ist der marktbasierete ordnungspolitische Ansatz der EU zur Frage der Versorgungssicherheit klar formuliert und wird seit 2004 durch unterschiedliche Initiativen und Programme umgesetzt, die vor kurzem im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) noch deutlicher aufeinander abgestimmt und miteinander koordiniert wurden.<sup>72</sup>

69 Vgl. EU-Kommission: „An Energy Policy for Europe“, 2007.

70 Vgl. Westphal, Kirsten: „Liberalisiert, monopolisiert, fixiert – Antinomien des Energiemarktes in Europa“, in: Osteuropa 2-3/2007, S. 248.

71 Vgl. EU-Directorate General for Energy and Transport: „Second Strategic Energy Review, European Current Energy Situation, EU Energy Security and Solidarity Action Plan“, S.5 ff., November 2008, in: <http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0781:FIN:DE:PDF>.

72 Hier sind besonders die Programme TRACECA und INOGATE zu erwähnen, dessen geoenergetische Ziele darin bestehen, die Erdöl- und Erdgas-Pipelinesysteme im NIS-Raum (Newly Independent States) mit besonderer Rücksichtnahme auf Osteuropa, den Kaukasus und Zentralasien zu integrieren, um die Lieferungen in dieses Gebiet und in die europäischen Märkte besser zu implementieren (INOGATE: <http://www.inogate.org/inogate/en/about>) sowie eine Integration des sogenannten „Traceca Corridor“ im Trans-European Energy Network (TEN-E) sowie „the promotion of [...] international transport of hydrocarbons“ im Rahmen der Entwicklung von Kommunikationswegen und Transportinfrastrukturen (vor allem Hafen und Eisenbahnen) im Raum des alten „Silk Road“ (von der Asien-Pazifik-Region über Zentralasien nach Europa) zu fördern (TRACECA: <http://www.traceca-org.org/default.php?l=en>). Das INOGATE-Programme wird seit 2007 durch die ENP finanziert. Die ENP regelt die Beziehung und die Zusammenarbeit auf Grundlage des gegenseitigen Bekenntnisses zu gemeinsamen Werten (Demokratie und Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung, marktwirtschaftliche Prinzipien und nachhaltige Entwicklung) mit den Ländern des Mittelmeerraumes sowie vor allem mit denen in Osteuropa und im Südkaukasus (Ukraine, Weißrussland, Moldawien, Georgien, Aserbaidschan), mit Ausnahme Russlands. In: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy\\_paper\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf).

In diesem Zusammenhang sind vor allem zwei Beispiele zu nennen, anhand derer die Bemühung erkennbar wird, eine paneuropäische Energiegemeinschaft auf Basis liberalisierter und integrierter Netze zu schaffen<sup>73</sup>: zum einen die erstmalige Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes für die Beitritts- und Kandidatenländer Osteuropas (2004), zum anderen die Gründung einer Energiegemeinschaft (2006), die die Länder Südosteuropas und die Europäische Gemeinschaft mit dem Ziel eines integrierten Energiemarktes zusammenschließt und eine Ausweitung auch auf andere Staaten vorsieht.<sup>74</sup> Die gesamte europäische Politik im östlichen Nachbarschaftsraum verfolge dann, so Westphal, eine Strategie der „inneren und äußeren Kreise“<sup>75</sup>, der zufolge sich in den äußeren Kreisen die Nachbarländer der EU sowie Russland befinden (wobei Russland jedoch nicht mit einbezogen werde). In diesem entscheidenden Punkt weist diese Strategie allerdings einen Kohärenzmangel auf, der in der verzweifelten Formulierung einer geoenergetischen Position gegenüber Russland Ausdruck findet. Aus den Dokumenten der Kommission geht eine strategische Unklarheit und zweideutige Position der EU bezüglich der Russlandpolitik und der Energiebeziehungen mit Moskau hervor. Im *Grünbuch* von 2006 ging die Kommission beispielsweise konkreter auf politische Vorschläge ein. Zudem schlug sie im Rahmen der Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und den Erzeuger- und Transitländern, zwischen denen eine wechselseitige Abhängigkeit existiert, „eine neue Initiative im Hinblick auf Russland als wichtigster Lieferant Europas“<sup>76</sup> vor. Die Neuheit des Vorschlages der Kommission bestand darin, die Energiebeziehungen mit Russland nicht in einem *ad hoc*-Abkommen, sondern im Rahmen der, für das Jahr 2007 vorgesehenen, Neuverhandlung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zu verhandeln, das 1994 in Kraft getreten und 2006 abgelaufen war. Dieses hätte zu einem neuen, politisch und wirtschaftlich umfassenden Abkommen führen sollen, in das auch die, im Jahr 2003 in Sankt Petersburg verhandelten und im Jahr 2005 in Moskau erarbeiteten, vier Räume der Kooperation (Wirtschaft, Kultur, Sicherheit, Außensicherheit)<sup>77</sup> mit

73 Vgl. EU-Kommission: „An Energy Policy for Europe“, 2007, sowie EU-Kommission: „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“, März 2006, S. 18.

74 Vgl. „Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft“, in: [http://europa.eu/legislation\\_summaries/enlargement/western\\_balkans/127074\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/western_balkans/127074_de.htm).

75 Vgl. Westphal, Kirsten: „Liberalisiert, monopolisiert, fixiert – Antinomien des Erdgasmarktes in Europa“, in: Osteuropaheft 2-3, 2007, S. 243.

76 Vgl. EU-Kommission: „Eine Europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“, März 2006, S. 18.

77 Vgl. Adomeit, Hannes/ Lindner, Rainer: „Die gemeinsamen Räume Russlands und der EU. Wunschbild oder Wirklichkeit“, SWP-Studie, November 2005.

einbezogen werden sollten. Die neue Initiative sollte einen deutlichen Wandel in den Energiebeziehungen zwischen der EU und Russland markieren und zu einer echten Partnerschaft führen, die Sicherheit und Berechenbarkeit für beide Seiten biete. Nicht zufällig hatte eben die von der deutschen Ratspräsidentschaft neue konzipierte „Ostpolitik 2“ in dieser Hinsicht versucht, die Beziehungen mit Moskau neu zu gestalten und aus dem PKA ein neues, umfassendes Abkommen zu entwickeln, dessen Kern der Ausbau einer gleichberechtigten Energiepartnerschaft gewesen sei<sup>78</sup> und die weiterhin:

*„[...] die Möglichkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland bei der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) prüfe und Moskau in ein internationales Regelwerk einbezieht, das Energiesicherheit als kooperatives Miteinander von Produzenten, Transit- und Abnehmerstaat versteht.“<sup>79</sup>*

Im Oktober 2008 wiederholte die Kommission im neuen Bericht des Energiedialogs zwischen der EU und Russland die Rolle Russlands als zuverlässiger Lieferant und seine unverzichtbare Rolle für die Versorgung Europas.<sup>80</sup> Gleichzeitig wurde jedoch in dem, zwischen 2006 und 2007 von der Kommission und dem Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik erarbeiteten, Konzept der Energieaußenpolitik Russland eher als Problem denn als Lösung dargestellt<sup>81</sup>: die energiepolitischen Beziehungen mit den Nachbarländern der EU und die Unterstützung alternativer Transportwege unter der Umgehung Russlands werden hier betrachtet, ohne die (möglichen) Auswirkungen auf die Beziehungen zu Russland zu berücksichtigen. In Bezug auf Russland wird zwar für Verhandlungen über eine robuste und umfassende Rahmenvereinbarung und über eine Energiepartnerschaft plädiert, diese sollte allerdings nicht im Rahmen eines neuen umfassenden PKA-Abkommens erfolgen (wie im *Grünbuch* 2006 ausdrücklich formuliert), sondern letztendlich auf Basis der Prinzipien des „alten“ Energiecharta-Vertrages sowie seines Transit-

78 Nach den Worten von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, solle es sich um eine „Annäherung durch Verflechtung“ handeln. Vgl. „Energiepolitik ist Friedenspolitik“, in: Handelsblatt, 23.03.2006.

79 Vgl. Deutscher Bundestag-Wissenschaftliche Dienste: „Die EU-Russlandpolitik“, Nr. 58/06 November 2006, in: [http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2007/g8\\_gipfel/eu-russland.pdf](http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2007/g8_gipfel/eu-russland.pdf).

80 Vgl. EU-Kommission: „EU-Russian Energy Dialogue, Ninth Progress Report“, 2008, in: [www.ec.europa.eu/energy/russia/joint\\_progress/doc/progress9\\_en.pdf](http://www.ec.europa.eu/energy/russia/joint_progress/doc/progress9_en.pdf).

81 Vgl. Papier der Kommission und des Generalsekretärs/Hohen Vertreter für den europäischen Rat: „Eine Außenpolitik zur Förderung der EU-Interessen im Energiebereich“, 2006, S. 1. und EU-Kommission: „An Energy Policy for Europe“, 2007, S. 29.

protokolls (1994).<sup>82</sup> Der Energiecharta-Vertrag ist ein im Jahr 1994 von 46 Staaten unterschriebenes internationales Abkommen, durch das erstmals versucht wurde, vertraglich geregelte, internationale Rahmenbedingungen zwischen Verbrauchern, Produzenten und Transitländern zu schaffen, die auf den Prinzipien des Wettbewerbs, der Liberalisierung, der Gleichberechtigung und des freien Zuganges für Drittparteien in die Transitnetze basierten. Dieses Abkommen entstand vor allem auf Initiative der EU, ging aus der Europäischen Energiecharta hervor und verfolgte hauptsächlich das Ziel, eine Zusammenarbeit des Westens mit den ehemaligen planwirtschaftlich geführten Ländern Osteuropas zu entwickeln. Der Vertrag weist allerdings erhebliche geopolitische Lücken auf: Mehrere wichtige westliche Akteure – die USA, Kanada, Norwegen – haben den Vertrag nicht unterzeichnet oder haben lediglich einen Beobachterstatus inne. Zudem stieß der Vertrag schon damals auf entscheidende Opposition von russischer Seite: Vor allem die im Transitprotokoll aufgeführten „harten“ Transitverpflichtungen, die u. a. „den Zugang Dritter d. h. den Zugang aller relevanten Teilnehmer zu Energietransit-Einrichtungen in nicht diskriminierender Weise garantier[en]“, sowie die Wettbewerbsvorschriften haben Moskau dazu veranlasst, lange Zeit die Ratifizierung abzulehnen und im Oktober 2009 schließlich aus dem Vertrag auszusteigen.<sup>83</sup> Als Begründung nannten sie, dass der Vertrag nicht mit Russland verhandelt und ohne Berücksichtigung der russischen Interessen als Energieproduzent entstanden sei. Diese Instrumente treffen in der Tat nicht auf einen Akteur wie Russland zu, dessen Stabilitäts- und Reichtumsakkumulation der letzten Jahre nicht allein auf der Wahrung des Export- und Transitmonopols basierte. Was Moskau vielmehr von den anderen osteuropäischen Ländern unterschied, war seine Fähigkeit, politische und außenpolitische Rückendeckung zum Schutz eigener Einzelkapitalien effektiv einzusetzen. Der Zugang dritter Parteien zu Energietransit-Einrichtungen würde ein Ende des Transitmonopols *Gazproms* sowohl in Russland als auch innerhalb des gesamten ehemaligen Territoriums der SU bedeuten. Er würde zudem eine Form geökonomischer Marktdurchdringung darstellen, wie sie die EU schon in vielen osteuropäischen Ländern zu erreichen vermochte. Hinzu kommt, dass ein vergleichbarer Zugang für *Gazprom* zum europäischen Binnenmarkt nicht zugelassen wird. In der Tat ist in der

82 Über den ECV, vgl. Chalker, James: „Energiecharta-Vertrag: Normen, Regeln, Implementierung“, in: Osteuropaheft 9/10 2004, S. 61 ff.

83 Vgl. <http://www.handelsblatt.com/meinung/kommentar-politik/der-langsame-tod-der-energiecharta;2464543>.

im Juli 2009 verabschiedeten Richtlinie des europäischen Parlaments und Rates hinsichtlich der Realisierung eines gemeinsamen Binnenmarktes, die den Vorschriften zu unternehmerischer Entflechtung von Gewinnung, Produktion und Betrieb nachgeht, Folgendes zu lesen:

*„Personen aus Drittländern sollte es daher nur dann gestattet sein, die Kontrolle über ein Fernleitungsnetz oder einen Fernleitungsnetzbetreiber auszuüben, wenn sie die innerhalb der Gemeinschaft geltenden Anforderungen einer tatsächlichen Trennung erfüllen.“<sup>84</sup>*

Diese Klausel, die die Strom- und Gasversorger zur Abspaltung ihrer Leitungsnetze zwingen soll, soll den Ausverkauf der Netze an unerwünschte Investoren aus Drittstaaten verhindern. Sie sei zwar nicht ausdrücklich gegen die Übernahmen durch *Gazprom* gerichtet, werde allerdings den weiteren Zugang *Gazproms* zu den europäischen Kunden deutlich erschweren. Die Begründung hierfür erinnert sehr an die Schilderung der Abhängigkeit von Russland als existenzielle Bedrohung nach dem Muster des amerikanischen *Securitization*-Diskurses:

*„Zusätzliche Schutzmaßnahmen hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Energieversorgungssicherheit in der Gemeinschaft sind erforderlich, um eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit in der Gemeinschaft und des Wohlergehens der Bürger der Union zu vermeiden.“<sup>85</sup>*

Wenn es also einerseits der EU gelungen ist, durch die zur Verfügung stehenden geökonomischen und ordnungspolitischen Instrumente die multidimensionale, außenpolitische Natur der Energiesicherheit zu begreifen, basiert andererseits die Gestaltung der Energiebeziehung mit Russland als wichtigstem Einzellieferanten Europas weiterhin auf der einseitigen Durchsetzung der überholten Prinzipien der Energie-Charta<sup>86</sup>, auf der Übertragung ihrer ordnungspolitischen Modelle auf

84 Vgl. „Richtlinie 2009/73/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG“, S.2, Absatz 22, in: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:302:0032:0096:DE:PDF>.

85 Ebenda.

86 Siehe zum Beispiel die Erklärung von Javier Solana während des letzten EU-Russland Gipfels in Stockholm im November 2009: „We hope Russia will remain engaged in the work of the Energy Charter Treaty (ECT), as it is the best regulatory framework for energy available in Europe and most European countries have ratified it. We hope we can continue to work on this basis and believe that the ECT principles should be enshrined in the new Agreement“, in: <http://www.istockanalyst.com/article/viewiStockNews/articleid/3647850>.

Moskau und auf einer Zurückhaltung in der Intensivierung der Marktintegration Russlands. Diese Position lässt sich durch ein Schreckensbild Russlands erklären, das tatsächlich infolge der, vom amerikanischen *Securitization*-Diskurs übernommenen Hauptargumente entstanden ist. Diese Position werde allerdings – wie Roland Goetz behauptet – „*als selbstständiger europäischer Ansatz ungläubwürdig*“. Stattdessen müsse:

„[...] eine Neujustierung der Energiebeziehungen zu Russland darin bestehen, die Ausgangspunkte der Energieaußenpolitik kritisch zu überprüfen und sich von zahlreichen Mythen [des *Securitization*-Diskurses] zu verabschieden.“<sup>87</sup>

## 4.2 Russland – die Energiediplomatie und der transeurasische Energiemarkt: gerne mit Europa!

Mit der Formulierung „Energie als Waffe“ lässt sich der wichtigste Mythos“ des *Securitization*-Diskurses am besten zusammenfassen. Das Argument dieses Mythos zielt hinsichtlich der russischen Energieaußenpolitik darauf ab, insbesondere *Gazprom* als Instrument einer imperialen Außenpolitik des Kremls und diesen wiederum als Gefahr für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Europas zu schildern, wie im dritten Kapitel erläutert wurde. Roland Götz behauptet: „*Dass Wirtschaft und Politik in Russland wie in der übrigen Welt nicht ganz zu trennen sind, sei eine banale Erkenntnis.*“<sup>88</sup> In der Tat ist nicht zu übersehen, dass Russland seit der Amtsübernahme Wladimir Putins tatsächlich den Rohstoffen und ihrem Export eine besondere Rolle zugeschrieben hat. Die Putinsche außenpolitische Vision und die Ziele der Innenkonsolidierung der staatlichen Macht finden ein kräftiges Bindeglied in der Weiterentwicklung des Konzeptes der „Energiediplomatie“. Dieses ist allerdings nicht eine Erfindung Putins, sondern eher eine Konstante in der russischen, zarischen sowie sowjetischen Geschichte, die eine kluge Verschmelzung zwischen Promotion nationaler Interessen und zuverlässiger, von politischen Überlegungen befreiter Akzeptanz kapi-

87 Vgl. Götz, Roland: „Pipeline-Popanz“, in: Osteuropa-Sonderheft Energie-Dossier, 2009, „Blick in die Röhre“, S. 19 ff.

88 Vgl. Götz, Roland: „Pipeline-Popanz“, in: Osteuropa-Sonderheft Energie-Dossier, 2009, „Blick in die Röhre“, S. 11.

talistischer Prinzipien auf den internationalen Märkten aufweist. Wie Stanislav Shiznin behauptet: „нефтяной фактор играл важную роль в дипломатии Российской империи в конце XIX нацале XX веков.“<sup>89</sup>

Am Ende des 19. Jahrhunderts zielte das präindustrielle und unterentwickelte Zarenreich lediglich darauf ab, durch Konzessionsverträge mit technologisch und finanziell besser ausgerüsteten westlichen Ölgesellschaften (*Shell, Rothschild, Standard Oil*) Rohöl vor allem in Aserbaidschan um die Region von Baku zu fördern und aus den Konzessionsgebühren die staatlichen Einnahmen zu erhöhen, ohne jedoch eine kohärente Export- und Außenwirtschaftspolitik zu entwickeln.<sup>90</sup> Seit der Revolution und dem Entstehen der SU als Industriestaat wurde eine kohärente Außenwirtschaftspolitik entwickelt, die schon bereits nach der Revolution durch die Gründung des Wirtschaftskonsortiums *Neftsyndikat* (später *Sojusneft*) im Jahr 1922 „für die Abwicklung des Exports und andere[r] Auslandsaktivitäten“ geprägt war.<sup>91</sup> Nach dem Motto von Marshall Goldmann „innen sowjetische Kontrolle, außen Kapitalismus“<sup>92</sup> funktionierte die sowjetische Außenwirtschaftspolitik schon nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Basis von Joint-Ventures und Partnerschaften mit britischen, amerikanischen und deutschen Handelsgesellschaften auf Basis kapitalistischer Mechanismen und ohne Rücksicht auf politische Unterschiede. Wenn nach dem Krieg der Bau der wichtigsten Pipelinemagistrale (die Bratstvo-Pipeline für Erdgas) zusammen mit der Aufnahme der Gaslieferungen in die ostmitteleuropäischen Staaten in den 60er Jahren eher einem politischen als einem kommerziellen Ziel diene – nämlich der Gasifizierung der Länder Osteuropas und der Sicherung der Versorgung für die Rote Armee – funktionierte das Gasgeschäft mit Westeuropa in den 70er Jahren nach außenwirtschaftlichen und kommerziellen Prinzipien. Das Gasgeschäft mit Westeuropa erfolgte allerdings, trotz Opposition der Vereinigten Staaten unter Ronald Reagan, der mit gleichen *Securitization*-Argumenten versuchte, Westeuropa vor dem Geschäft zu warnen<sup>93</sup>, bis zum Ende der SU reibungslos und ohne Unterbre-

89 Vgl. Shiznin, Stanislav: „Энергитическая дипломатия России“ Ист Брук, 2005, S.17. ([...] der Öl-Faktor hat immer eine wichtige Rolle in der Diplomatie des russischen Reichs zwischen dem Ende des 19. und dem Anfang des 20. Jahrhundert gespielt)

90 Für eine detaillierte Betrachtung der ersten Erfahrungen der russischen Energie-Macht vgl. Goldmann, Marshall: „Das Öl-Imperium – Russlands Weg zurück zur Supermacht“, in: Der Aktionär Edition, 2008, S.40 ff.

91 Ebenda, S. 49-50.

92 Ebenda, S. 49.

93 Marshall Goldman gibt zum Beispiel diesbezüglich die Argumente Reagans wieder, die an den heutigen *Securitization*-Diskurs erinnern: „Er hatte große Bedenken, dass Deutschland durch den Bau einer solchen Pipeline eines Tages zur Geisel sowjetischer Forderungen werden könnte.“, Ebenda, S.211 ff.

chung, und zwar mehr unter Beachtung kommerzieller Prinzipien als unter dem Zwang der Ost-West-Konfrontation. Auch in dem Ölgeschäft ging es der Sowjetunion in einer ersten Phase nur darum, zwecks Konsolidierung des sowjetischen Haushaltes und der Bezahlung ihrer Importe „Petrodollar“ zu verdienen. In einer zweiten Phase (ab 1973) zielte Moskau zwar daraufhin, dank seiner Position auf dem internationalen Ölmarkt auf indirektem Wege an außenpolitischem Gewicht zu gewinnen, so dass der Energiefaktor hatte, wie Shiznin betont: „в советской дипломатии в первую очередь политическое а не экономическое значение“.<sup>94</sup> Dies allerdings setzte die Rolle Moskaus als eines kommerziell zuverlässigen Partners voraus, so dass ab diesem Moment, „велась активная внешнеэкономическая экспансия советской нефти на мировые рынки“.<sup>95</sup> Wie Goldmann treffend zusammenfasst:

*„Nach 1973 [...] änderten die Sowjets ihre Taktik und versuchten meistens, möglichst hohe Preise zu erzielen um den Gewinn des Staates zu maximieren. Der Profit und nicht die Politik hatte jetzt Priorität.“<sup>96</sup>*

Als in den 90er Jahren das Ende der SU und ihrer Planwirtschaft dramatische Folgen in der industriellen und produktiven Struktur Russlands nach sich zog und die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien finanzielle Spekulationen und wilde Privatisierungswellen vor allem auf dem Ölsektor hervorbrachte, bedeutete diese Tatsache, zusammen mit dem Einbruch der Ölpreise auf 15 Dollar pro Barrel im Jahr 1998,<sup>97</sup> den gleichzeitigen Rückgang der Ölproduktion allein in der sowjetischen Republik Russland von 552 Millionen Tonnen pro Tag im Jahr 1989 auf 304 Millionen Tonnen pro Tag im Jahr 1998. Die einzige sichere staatliche Einnahmequelle erlitt auf diese Weise einen tiefen Einbruch, sodass der Staat im August 1998 seine Schulden nicht mehr begleichen konnte und seinen Bankrott erklären musste. In diesem Kontext „gewannen Erdöl und Erdgas wie schon zuvor in der Geschichte Russlands eine neue wirtschaftliche und politische Bedeutung“<sup>98</sup>. Als Putin im Jahr 2000 das Präsidentenamt übernahm, setzte er vor allem auf die „energie-diplomatische“ Tradition russischer und

94 Ebenda, S. 18. ([...] in der sowjetischen Diplomatie hatte [der Energiefaktor] – in erster Linie eine politische und nicht kommerzielle Bedeutung).

95 Vgl. Shiznin, Stanislav: „Энергитическая дипломатия России“ Ист Брук, 2005, S.17. ([...] entwickelte sich eine aktive außenwirtschaftliche Expansion des sowjetischen Erdöls auf die Weltmärkte).

96 Ebenda, S. 56.

97 Ebenda, Tabelle 2.1, S. 61-62.

98 Ebenda.

sowjetischer Geschichte. Die Wiederherstellung der vertikalen staatlichen Kontrolle in Schlüsselsektoren im Inneren ging somit mit der Akzeptanz kapitalistischer Spielregeln auf den internationalen Märkten einher, dessen Zweck die Wiederherstellung eines internationalen Status des Staates war. Putin konnte seine „Energiediplomatie“ fast ausschließlich auf den einzigen „Hebel“ stützen, der in den Händen des Staates zusammengehalten worden war: den Gassektor (und speziell *Gazprom*), der im Gegensatz zum Ölsektor nur teilweise privatisiert und nicht gespalten worden war. Wie weiter untersucht wird, wurde auch *Gazprom*, an dem der Staat noch massiv beteiligt war, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Neben dem Staat besaßen nun auch private Aktionäre einen Großteil des Konzerns, der jetzt nach marktwirtschaftlichen Regeln und Prinzipien auf den internationalen Märkten handeln musste. Putin vermochte aus den beiden Elementen, dem staatlichen und dem privatunternehmerischen, das Beste zu schlagen. Wenn sich also *Gazprom* als unabhängiges, teilprivatisiertes Einzelkapital nach den internationalen marktwirtschaftlichen Prinzipien richten sollte, musste der Konzern gleichzeitig – wie Putin es schon in seiner Dissertation angedeutet hatte<sup>99</sup> – als *national champion* handeln: d. h. im Dienste des Staates und seiner bürokratischen Eliten, zum Wohl des Staates anstatt zu dessen Plünderung. Im Falle *Gazproms* war zu diesem Ziel eine „Zügelung“<sup>100</sup> des Konzerns notwendig: einerseits die Besetzung wichtiger Posten mit kremlnahen Persönlichkeiten (CEO Alexej Miller, Chef von *GazpromExport* Alexander Medwedew), die die alten Jeltsin-treuen Persönlichkeiten wie Tschernomyrdin und Wjachirew ablösten; andererseits die staatlichen Anteile am Grundkapital der AG auf 51 % erhöhen. Wenn diese Maßnahmen aus *Gazprom* auch einen halbstaatlichen Konzern gemacht haben, so heißt das allerdings nicht, dass *Gazprom* zu einem hundertprozentig staatlichen Ministerium sowjetischer Prägung geworden ist. Vielmehr hilft der Staat dem Konzern bei seinen außenpolitischen kommerziellen und marktwirtschaftlichen Strategien zum Zweck nationaler Kapitalakkumulation, *Gazprom* wiederum sichert durch seine Gewinne und Renditerhöhungen die innenpolitische Konsolidierung und außenpolitische Verhandlungsmacht des Staates. Diesem letzten Ziel diene zweifelsohne das eurasische Pipeline- und Transportsystem, welches das ganze Territorium der UdSSR vernetzte. Dieses war (und ist) der echte strate-

99 Für eine ausführliche Diskussion und die englische Übersetzung eines Artikels von Putin zu diesem Thema siehe Balzer, Harry: „Vladimir Putin’s Academic Writings and Russian Natural Resource Policy“, in: *Problem of Post-Communism*, Januar/Februar 2006, S. 48-54.

100 Vgl. Goldman, Marshall: „Das Öl-Imperium – Russlands Weg zurück zur Supermacht“, Der Aktionär Edition, 2008, S. 214.

gische Schatz, den der Staat durch die Kontrolle *Gazproms* von der SU geerbt hat. Auch wenn die Kontrolle des Pipeline- und Transportsystems (besonders für Erdgas) den geökonomischen und geopolitischen Zusammenhalt des Staates nach den Auflösungsrisiken der 90er Jahre gesichert hat, heißt das wiederum noch nicht, dass diese Kontrolle dem Ziel einer aggressiven, imperialen Politik dient. Diese Tatsache wird bestätigt, wenn man die außenpolitischen Richtlinien Russlands und die Energiestrategie des Landes vergleicht. Dabei ist festzustellen, dass die Gaspipelinestruktur und die sicherheitspolitischen Konstanten, die die Rolle Russlands auf dem eurasischen Kontinent bestimmen, Ähnlichkeiten aufweisen. Der Zusammenhang zwischen Pipelinepolitik und außenpolitischen Zielen findet im ersten energiestrategischen Dokument, das nach dem Ende der SU ausgearbeitet wurde, seinen Ausdruck: in der im Jahr 2003 verabschiedeten *Energiestrategie Russlands bis zum Jahr 2020* sowie in der im November 2009 verabschiedeten, neuen überarbeiteten Fassung.<sup>101</sup> In den beiden Dokumenten ist zu lesen, dass nicht nur die Entwicklung eines Pipelinesystems und seiner Ausdehnung in den Osten Russlands zum Zweck wirtschaftlicher Integration der fernöstlichen Region des Staates entscheidend sei. Wichtig sei zudem die Sicherung der politischen und ökonomischen Interessen Russlands in Europa sowie in den Nachbarländern Russlands (in Osteuropa und dem Südkaukasus), also in jenen Regionen, in denen die existierende Pipelinestruktur als eine Art Nabelschnur zwischen dem Förderland Russland und den Transit- und Absatzländern Ost- und Westeuropas fungiert.<sup>102</sup> Die außenpolitischen Ansichten werden vor allem aus den offiziellen Dokumenten der Russischen Föderation ersichtlich, in denen (ausdrücklich) geopolitische Begriffe verwendet werden, wodurch der Einfluss des westlichen, vor allem des amerikanischen geopolitischen und strategischen Denkens sowie der Tradition des Eurasianismus erkennbar ist. Die *Konzeption der nationalen Sicherheit der Russischen Föderation* (Januar 2000)<sup>103</sup>, die *Militärdoktrin der Russischen Föderation* (April 2000)<sup>104</sup>, die *Konzeption der Außenpolitik*

101 Vgl. Энергетическая стратегия России на период до 2020 года-Утверждена распоряжением Правительства Российской Федерации от 28 августа 2003 г. № 1234-п" Jahr 2003. [http://www.energystrategy.ru/projects/ES-28\\_08.pdf](http://www.energystrategy.ru/projects/ES-28_08.pdf), sowie Энергетическая стратегия России на период до 2030 года-Утверждена распоряжением Правительства Российской Федерации от 13 ноября 2009 г. # 1715. <http://www.energystrategy.ru/projects/es-2030.htm>.

102 Ebenda, S.71-74.

103 Vgl. MID, Концепция Национальной Безопасности Российской Федерации, Januar 2000. <http://www.mid.ru/nsosndoc.nsf/0e9272bfa34209743256c630042d1aa/a54f9caa5e68075e432569fb004872a6?OpenDocument>.

104 Vgl. MID, Военная Доктрина Российской Федерации, April 2000. <http://www.mid.ru/nsosndoc.nsf/0e9272bfa34209743256c630042d1aa/2a959a74cd7ed01f432569fb004872a3?OpenDocument>.

der Russischen Föderation (Juni 2000 und die aktuellste Ergänzung, Juli 2008)<sup>105</sup> sowie die *Marinedoktrin der Russischen Föderation* (Juli 2001)<sup>106</sup> gehen von der Auffassung aus, dass das Ende des bipolaren Systems zu einer scharfen Veränderung der Prinzipien strategischer Stabilität in der Welt geführt habe, in der Konflikte und politische Konfrontationen neu erscheinen:

*„(Russland hat) seinen Platz und Rolle [...] neu zu sehen. Im Rahmen des vorherrschenden Paradigmas werden die Beziehungen zu den USA und zu anderen Industrieländern zu Elementen eines Systems der Partnerschaft und zum Instrument zur Lösung der Sicherheitsprobleme der Russischen Föderation.“*<sup>107</sup>

In Übereinstimmung mit der von Evgenij Primakow<sup>108</sup> entwickelten, vom Realismus und geopolitischen Ansichten geprägten, außenpolitischen Strategie<sup>109</sup> sei Russland noch zu schwach, um die Mächte China und die USA allein auszubalancieren. Moskau strebt zwar nach einer multipolaren Weltordnung, in der seine Sicherheitsinteressen anerkannt werden. Die Schaffung eines eurasischen Gegengewichtes zu den USA ist jedoch nur durch eine mögliche Allianz mit Europa und/oder mit China möglich und gilt als Mittel zur Wiederherstellung

105 Vgl. MID, Концепция Внешней Политики Российской Федерации, Juli 2008. <http://www.mid.ru/nsosndoc.nsf/0e9272bfa34209743256c630042d1aa/d48737161a0bc944c32574870048d8f7?OpenDocument>.

106 Vgl. MID, Морская Доктрина Российской Федерации На Период До 2020 Года, August 2004. <http://www.mid.ru/nsosndoc.nsf/0e9272bfa34209743256c630042d1aa/432569fa003a249cc3256ef4002e5bb4?OpenDocument>.

107 Vgl. „Aktuelle Aufgaben zur Entwicklung der Streitkräfte der Russischen Föderation – Denkschrift der Führung des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation“ vom 2. Oktober 2003, zitiert in: Großmann, Horst: „Geopolitik in der Russischen Föderation“, DSS-Arbeitspapiere, Heft-77, Oktober 2005, bearbeitete Fassung, Februar 2006, S. 5.

108 Vgl. Primakow Evgenij, „Mezhdunarodnyye otnosheniya nakanunye XXI veka, in „Mezhdunarodnaya zhizn, Oktober 1996.

109 Die Außenpolitik Putins hat sich an zwei außenpolitischen Denkschulen orientiert, die in den 90er Jahren aus den Theorien des ehemaligen Premierministers Evgenij Primakow hervorgegangen sind und die er beide kohärent zusammengeführt hat. Die Denkschule der „Great-Power-Balancers“ geht davon aus, dass nicht eine Partnerschaft mit dem Westen, sondern die Schaffung eines Gegengewichtes zum Westen bzw. zur amerikanischen Vorherrschaft auf dem eurasischen Kontinent Hauptziel Russlands sei. Dies geschehe im Kontext einer multipolaren Weltordnung, in der die Kooperation mit den „Stärkeren“ (Westen) sehr begrenzt sein müsse, da wahre Kooperation nur auf Grund gleicher Macht erfolge. Dabei wird die besondere geopolitische, geoökonomische und kulturelle Rolle Russlands in Eurasien betont. Die „Great-power normalizer“, trotz Übereinstimmung mit den Zielen Primakovs, weisen dagegen eine Allianz mit China sowie den Versuch, Europa und China gegen die USA auszuspielen, als irrealistisch zurück. Anstelle einer multipolaren Weltordnung, für die Russland zu schwach sei, schlugen sie ein „selective engagement“ mit allen Akteuren, auch mit dem Westen, nach dem Model des 19. Jahrhunderts vor. Vgl. Tsygankov, Andrei P.: „Hard-line Eurasianism and Russia’s contending geopolitical perspectives“, in: East European Quarterly XXXII n.3, 1998, S.330 ff.

der Verhandlungsmacht Russlands im Rahmen eines neuen „Konsortiums der Großmächte“ (bestehend aus dem Dreieck USA, EU und Russland plus eventuell China, Indien und Brasilien) nach dem Kissingerschen Modell<sup>110</sup> des Europas des 19. Jahrhunderts und in der Moskauer eine der „Weltsäule“ (in der Definition von Kissinger) sei. Die multipolare außenpolitische Vision Moskaus zusammen mit den Prinzipien der Energiediplomatie zeigen im Hinblick auf die Beziehungen zur EU genau, welche Rolle dieser Beziehung seitens der russischen Elite beigemessen wird und welche Folgen ein Konflikt zwischen den beiden in einer multipolaren Weltordnung hätte haben können. Dies wurde vom Ratspräsidenten für Außen- und Sicherheitspolitik der Russischen Föderation Sergeij Karaganow in einer, von mehreren hochrangigen akademischen und politischen Experten Russlands verfassten Publikation klar zum Ausdruck gebracht:

*„Россия и ЕС скорее всего не будут в состоянии претендовать на роль полноценных центров силы будущего миропорядка и осядут объектами политики внешних сил.“<sup>111</sup>*

Wenn also eine programmatische außenpolitisch motivierte Erpressung Europas durch eine Unterbrechung der Gaslieferungen nicht einmal während des Kalten Krieges konzipiert wurde und heutzutage nicht dem strategischen Interesse Russlands entspricht, scheinen die strategischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre eher Folge des bereits geschilderten inkohärenten, vom *Securitization*-Diskurs beeinflussten Ansatzes der EU in ihrer Energiebeziehung mit Moskau zu sein. Die EU wurde tatsächlich in den 90er Jahren eher als Handelsblock denn als Faktor russischer Außenpolitik angesehen. Die Abhängigkeit von der Sicherheitsarchitektur der USA und das Fehlen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ließen die Russen an die Fähigkeit Europas, seine eigenen Interessen zu bestimmen, zweifeln. Vielmehr waren die Rolle der USA und die Osterweiterung der NATO im Jahr 1999 Themen, auf welche die russische Außenpolitik großen Wert legte. Nach dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (1994-97) und dem Europäischen Rat von Köln (1999), in dem die EU eine gemeinsame Strategie gegenüber Russland entwickelte und nach

110 Vgl. Kissinger, Henry: „Die sechs Säulen der Weltordnung“, Siedler Verlag, 1992 sowie Kissinger, Henry: „Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert“, Propyläen Verlag 2002.

111 Vgl. Karaganow, Sergeij (Hrsg.): „Россия Европа: противостояние или Союз?“, Астрел, Moskau, 2009, S.9 (Russland und die EU werden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht in der Lage sein, die Rolle von vollwertigen Machtzentren in der zukünftigen Weltordnung zu beanspruchen und somit Objekte der Politik von externen Mächten).

einer strategischen Partnerschaft mit Moskau strebte, wurde von Russland eine „Mittelfristige Strategie zur EU“ entwickelt,<sup>112</sup> die die pragmatische Europa-Politik Putins widerspiegelte. Zum Hauptelement gehörte die Vertiefung der Kooperation mit der EU als Handels- und Wirtschaftspartner, die die Koordinatenachse einer Wirtschaftsaußenpolitik Russlands darstellte und im Einklang mit der Tradition der „Energiediplomatie“ zaristischer und sowjetischer Prägung stand. In der Periode zwischen dem 11. September und dem Irak-Krieg ist allerdings ein neues außenpolitisches Szenario eingetreten: die Spaltung der transatlantischen Beziehungen und das Entstehen einer Achse mit Paris und Berlin ließ Moskau auf ein langfristiges Projekt abzielen: auf eine außen- und sicherheitspolitisch selbstständigere Profilierung der EU sowie ihre Abgrenzung von den Sicherheitsinteressen der USA. Durch die Sonderbeziehung Russlands mit Deutschland sowie ferner mit Frankreich auf Basis handels- und marktwirtschaftlicher Verflechtung sollte dieses Vorhaben umgesetzt werden, wie im Vorschlag über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum bei dem EU-Russland-Gipfeltreffen im Jahr 2003 deutlich zu beobachten war.<sup>113</sup> Die damals fehlende außen- und sicherheitspolitische Selbstständigkeit der EU hatte Wladimir Putin in seiner Bundestagsrede im Jahr 2001 erkannt: Die Zukunft Russlands und der EU gehören zusammen und zu diesem Ziel wurde die wirtschaftliche und besonders die Energiekooperation als erster Schritt zu einer engeren und umfassenderen Partnerschaft genannt.<sup>114</sup> Seit 2004 werden allerdings die unterschiedlichen und teils kollidierenden Interpretationen dieser Beziehung<sup>115</sup> vor allem in Bezug auf das Verhältnis mit den osteuropäischen Ländern immer deutlicher. Die direkte oder indirekte Integration des osteuropäischen Raumes in die EU-Sicherheitssphäre (EU-Osterweiterung und ENP) durch die erwähnte, unklare und unkoordinierte Strategie der wirtschaftlichen und energetischen Verflechtung und ohne Übereinstimmung mit Moskau gilt für Russland als schlechthin geopolitische Umorientierung des Raumes. Bei der Formulierung ihrer Sorgen ging es Moskau allerdings in den letzten Jahren und bis heute vielmehr darum, inwieweit eine Übereinstimmung der Durchsetzung europäischer Demokratisierungsförderung und wirtschaftlicher Integration mit der

112 Vgl. *Diplomaticeskij vesti*, Moskau, 1999.

113 Vgl. Adomeit, Hannes / Lindner, Rainer: „Die gemeinsamen Räume Russlands und der EU. Wunschbild oder Wirklichkeit“, SWP-Studie, November 2005.

114 Vgl. Putin, Wladimir: Rede im Deutschen Bundestag, Wortprotokoll, 25.09.2001, in: [www.bundestag.de/geschichte/gastredner/putin/putin\\_wort.html](http://www.bundestag.de/geschichte/gastredner/putin/putin_wort.html).

115 Vgl. Adomeit, Hannes / Lindner, Rainer: „Die gemeinsamen Räume Russlands und der EU. Wunschbild oder Wirklichkeit“, SWP-Studie, November 2005, S. 8.

sicherheitspolitischen und militärischen Umorientierung der Region durch die NATO-Erweiterung existiert, die nach amerikanischen geostrategischen Interessen erfolgt. Arkadj Moses betonte:

*„Die Herangehensweise von EU und Russland an diesem gemeinsamen Nachbarschaftsraum sind – ab diesem Moment – nicht nur verschieden, sondern sie kollidieren direkt.“*<sup>116</sup>

Der Ausgangspunkt dieser Position ist allerdings das genaue Gegenteil von dem, was der amerikanische *Securitization*-Diskurs voraussetzt. Wenn diese Herangehensweise im osteuropäischen Raum kollidiert und Russland an der zweideutigen Position der EU zweifelt, liegt dies eher an der unklaren Sicherheitsprofilierung Brüssels gegenüber Russland als an der Aggressivität Russlands. Moskau will vielmehr das wirtschaftliche und geopolitische Modernisierungspotenzial einer Partnerschaft mit der EU nutzen und hat diesbezüglich mit einem mehrmals unterbreiteten Vorschlag einer neuen Sicherheitsarchitektur im euro-atlantischen Raum<sup>117</sup> versucht, die aktuelle Vorgehensweise der NATO im osteuropäischen Randland infrage zu stellen – nicht jedoch die Existenz der NATO oder gar die Rolle der EU als außenpolitischer Akteur im osteuropäischen Raum. Bei dem Vertrag, dessen erster Entwurf Ende November 2009 vorgelegt wurde,<sup>118</sup> soll es sich um ein neues Abkommen handeln, das einerseits Russland als berechtigten sicherheitspolitischen Akteur in Europa betrachtet und Moskau in einer globalen Sicherheitsarchitektur mit einbezieht, andererseits der Erweiterung der NATO nach Osten hin durch einen trans-eurasischen Sicherheitsrahmen eine Grenze setzt. So ist beispielweise in Artikel 1 des Entwurfes zu lesen:

*„Any security measures taken by a Party to the Treaty individually or together with other Parties, including in the framework of any international organization, military alliance or coalition, shall be implemented with due regard to security interests of all other Parties.“*<sup>119</sup>

116 Vgl. Moses, Arkadj: „Priorität gesucht. Die EU, Russland und ihre Nachbarn“, in: Osteuropa, 2-3/2007, S. 22.

117 Unter anderem während des Besuches Medwedews in Berlin in Juni 2008, während des Besuches Medwedews in Finnland, April 2009 und während der UN- Vollversammlung im September 2008. In: <http://eng.kremlin.ru/sdocs/themes.shtml#223080>.

118 Vgl. „Проект Договора о европейской безопасности“ (European Security Treaty-First Draft), in: <http://eng.kremlin.ru/text/docs/2009/11/223072.shtml>.

119 Ebenda.

Die EU ist, anders als in der strategischen Vision der USA, im Dokument neben den Einzelstaaten als wichtiger internationaler Akteur sowie als potentiell unverzichtbarer Pol genannt (Artikel 10).<sup>120</sup> Aus der Sicht Russlands kann die EU ihre Wirtschaftsmacht nur durch eine engere Beziehung mit dem Militär- und Energiepotenzial Russlands aufrechterhalten – dies jedoch nur unter der Bedingung, dass die EU auch selbst eine eigene politisch-militärische Dimension gestaltet. Sergeij Karaganow, ehemaliger außenpolitischer Berater Wladimir Putins und an der Ausarbeitung des Entwurfes massiv beteiligt, geht ebenso wie andere russische Experten sogar so weit, für die Zukunft der EU-Russland-Beziehung nicht nur eine strategische Partnerschaft, sondern sogar eine strategische Union für unvermeidbar zu halten: eine Union Europas (*Союз Еврoпы*), die nicht eine Mitgliedschaft Moskaus innerhalb der EU vorsieht, sondern vielmehr eine organische Allianz zwischen beiden Partnern:

*„необходима новая философия, в основе которой должно лежать понимание того, что в конечном итоге даже не стратегическое партнерство, а стратегический союз.“<sup>121</sup>*

Ein solcher Vorschlag, mag er auch kurzfristig noch unrealistisch erscheinen, steht allerdings zweifelsohne in strategischem Zusammenhang mit der Idee eines transeurasischen Energiemarktes, wie er im Vorschlag einer neuen europäisch-atlantischen Sicherheitsarchitektur erwähnt wird. Diese Idee kann gleichzeitig als inklusive Alternative zum exklusiven europäischen Modell der Energie-Charta und der Energieaußenpolitik verstanden werden, aber auch als Angebot an Europa, einen neuen gemeinsamen energiepolitischen Rahmen neben dem sicherheitspolitischen in Eurasien aufzubauen. Die Idee eines transeurasischen Energiemarktes fand im April 2009 in einem ersten Dokument des russischen Präsidenten ihren Ausdruck<sup>122</sup>: Dabei zielt der russische Vorschlag wie im Falle des Sicherheitsabkommens darauf ab, den Energiecharta-Vertrag durch ein neues, umfassenderes Abkommen zu ersetzen, das die Rechte der Transit-, Förder- und Verbraucherländer weltweit und insbesondere in Eurasien auf gleichem Niveau behandelt. Im Dokument ist zu lesen, dass das neue System den freien, gleichberechtigten und vor allem gegenseitigen Zugang

120 Ebenda.

121 Vgl. Karaganow, Sergeij (Hrsg.): „Россия Европа: противостояние или Союз?“, Астрел, Moskau, 2009, S. 9. (Es ist eine neue Philosophie notwendig, auf deren Grundlage die Überzeugung liegt, dass am Ende nicht eine strategische Partnerschaft, sondern eine strategische Union steht.)

122 Vgl. <http://eng.kremlin.ru/text/docs/2009/04/215305.shtml>.

dritter Parteien in der ganzen Energiekette unter besonderer Berücksichtigung der nationalen Interessen der Förderländer an die Kontrolle über ihre Rohstoffe regeln soll. Bezüglich des Transits, des größten Streitpunktes des Energiecharta-Vertrages, soll seine Regelung – nach dem Dokument – untrennbarer Bestandteil des neuen Vertrages werden. Der Vertrag soll Mechanismen einführen, die Notstandssituationen effektiv löst und einen sicheren und ununterbrochenen Transit gewährleistet.<sup>123</sup> Dieser *call for action*, der bis zum heutigen Zeitpunkt unbeantwortet geblieben ist,<sup>124</sup> geht mit einem anderen, im Juli 2009 ausformulierten Vorschlag einher, der auf die Gründung eines, von Russland vorgeschlagenen, Eurasischen Energetischen Forums im nächsten Jahr abzielt,<sup>125</sup> in welchem alle eurasischen Energiekonzerne – d. h. aus Westeuropa, Zentralasien und China – die gemeinsamen Ziele der ununterbrochenen Lieferung und Durchleitung von Erdgas auf Basis rechtlich einheitlicher Normen diskutieren sollen.<sup>126</sup> Diese Vorschläge zeigen die bereitwillige Neigung Moskaus, auf Kompromisse mit dem europäischen Ansatz der geökonomischen Integration im europäisch-russischen Raum einzugehen – jedoch nicht als passives Zielobjekt, sondern als aktiver geökonomischer und geopolitischer Mitbegründer. Das Abkommen über einen transeurasischen integrierten Energiemarkt sollte das beste Element für die Stabilisierung und Vertiefung der Versorgungssicherheit Europas jenseits militärischer Instrumente werden und stellt damit einen Gegensatz zur, vom amerikanischen *Securitization*-Diskurs aufgerufenen, Energie-NATO dar:

*„An agreement on energy security is to [...] lay groundwork for integration between the energy sectors of Russia and Europe. A single interconnected system of pipeline ensuring uninterrupted supplies... would facilitate this integration [...] possibly along the lines of a modified Energy Charter.“<sup>127</sup>*

123 Das Abkommen bestimmt diesbezüglich die Prinzipien der Errichtung der Transittarife (die Objektivität, die Vernunft, die Durchsichtigkeit, die Gleichberechtigung, das komfortable Steuerrgime); die Verpflichtungen der Parteien des Abkommens, die Ausführung der Verpflichtungen, die im Transit mit den Subjekten zu gewährleisten sind; das Verbot der, von den Transitverträgen nicht vorgesehenen, Unterbrechung oder der Kürzung des Transits, sowie der Einmischung in die Transitströme; die Verantwortung der Seiten für die Schäden, die infolge der Nichterfüllung der Forderungen des Abkommens und der Transitverträge verursacht wurden.

124 Vgl. Westphal, Kirsten: „Medwedew beim Wort nehmen“, SWP-Aktuell, Juli 2009. In: [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=6199](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6199).

125 Vgl. Nezavisimaja Gazeta, 14.07.2009, in: [http://www.ng.ru/energy/2009-07-14/15\\_energobezopasnost.html](http://www.ng.ru/energy/2009-07-14/15_energobezopasnost.html).

126 Ebenda.

127 Vgl. Karaganow, Sergeij/ Bordachev, Timofei: „Towards a New Euro-Atlantic Security Architecture“, Valdai Discussion Club, Dezember 2009, S.15.

Die gesamte Analyse weist darauf hin, dass die geopolitische Divergenz zwischen der EU und Russland in der Gestaltung ihrer Gasbeziehungen in der Tat eher Folge eines unklaren Verhältnisses der EU zu Russland in sicherheits- und energiepolitischer Hinsicht ist, denn als Folge einer, mit dem *Securitization*-Diskurs konsistenten, aggressiven (Energie-)Außenpolitik Moskaus. Vielmehr will Russland, im Einklang mit dem Konzept der Energiediplomatie und mit seiner multipolaren Vision des internationalen Systems, diese Kooperation energiewirtschaftlich grundsätzlich nicht gefährden. Dies ist eine Frage nicht nur des Willens, sondern auch des Müssens, wie im nächsten Kapitel behandelt wird.



## 5 Die Grenzen der *Securitization*: Die europäisch-russische geoökonomische Interdependenz als Stabilitätsfaktor für die Gasversorgung Europas

### 5.1 Der Erdgasbedarf der EU und Russlands Rolle in der Gasversorgung

Neben dem „Mythos“ der „Energie als Waffe“ ist der „Mythos“ der „gefährlichen Gasabhängigkeit“ Europas von Russland das andere Hauptargument des *Securitization*-Diskurses. Der Erdgasbedarf der EU wird weiter steigen und auch weiterhin überwiegend durch Lieferungen aus Russland gedeckt werden. Dass dadurch die Abhängigkeit von Russland für die nächsten zwei Jahrzehnte unausweichlicher Bestandteil der Erdgasversorgung Europas bleiben wird, ist eine Tatsache, die von offiziellen Prognosen und Berechnungen immer wieder bestätigt wird. So veröffentlichte die EU-Kommission im *Second Strategy Energy Review 2008* eine Berechnung, der zufolge im Jahr 2006 der Anteil des Erdgases am Energiemix der gesamten EU auf 24% hinter Erdöl (37%) lag und somit zum zweitwichtigsten Energieträger geworden ist. Während allerdings der Erdölanteil im Vergleich mit zu den 90er Jahren nur mäßig gestiegen ist, ist jener des Erdgases am gesamten energetischen Bruttoinlandsverbrauch (TEC) in der gleichen Periode um 6% gestiegen.<sup>128</sup> Trotz einer Stagnation des energetischen Bruttoinlandsverbrauches (rund um 1.800 Mtoe im Jahr 2006) in den letzten sechzehn Jahren, prognostiziert die Kommission für die Zukunft eine Steigerung um 5% bis 9% (abhängig vom Ölpreis) auf ungefähr 1.900 bis 2.000 Mtoe bis zum Jahr 2020.<sup>129</sup> Im Energiemix werden die fossilen Energieträger, besonders Erdöl und Erdgas, noch bis 2020 zwischen 75% (bei hohen Ölpreisen) und 80% (bei mäßigen Ölpreisen) des gesamten Primärenergieverbrauches ausmachen. Auch wenn Erdöl weiterhin den größten Anteil am Energiemix ausmachen wird, wird sein Verbrauch nur mäßig steigen. Im Gegensatz dazu wird Erdgas mit einem konstanten Anteil von über 20% in beiden Szenarien ungefähr ein Viertel des europäischen Energiemixes ausmachen und somit proportional ansteigen.<sup>130</sup>

128 Vgl. EU-Directorate General for Energy and Transport: „Second Strategic Energy Review, European Current Energy Situation“, November 2008, S. 8, in: [http://ec.europa.eu/energy/strategies/2008/doc/2008\\_11\\_ser2/strategic\\_energy\\_review\\_wd\\_future\\_position2.pdf](http://ec.europa.eu/energy/strategies/2008/doc/2008_11_ser2/strategic_energy_review_wd_future_position2.pdf).

129 Ebenda, S. 1 und S. 13.

130 Ebenda, S. 15-16.

Bei einem solchen Szenario ist die Bedeutung der Importabhängigkeit ausschlaggebend. In der Europäischen Union ist die Schere zwischen eigener Produktion und Energiebedarf seit 2004 immer weiter auseinandergegangen. 2006 betrug die Eigenproduktion nur 880 Mtoe.<sup>131</sup> Somit ist die EU trotz Energiesparmaßnahmen heute bereits ein Netto-Importeur von Energieträgern.

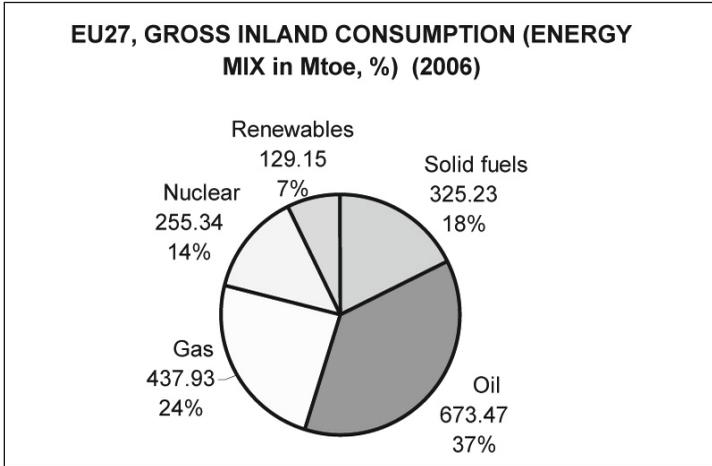


Abb. 1: Energetischer Bruttoinlandsverbrauch 2006

In einem zukünftigen Szenario wird allerdings die eigene Produktion bis zum Jahr 2020 noch drastischer abnehmen. Dabei wird die Erdgasproduktion leichter abnehmen (3-4 %) als die Erdölproduktion (6%). Diesem Szenario zufolge werden die Importe und die Importabhängigkeit eine ausschlaggebende Rolle spielen. Die EU-Kommission erwartete schon im letzten verabschiedeten *Grünbuch* der Energie (2006), dass die Abhängigkeit Europas von Energieimporten von derzeit 50 % des gesamten Energieverbrauchs auf 65 % steigen wird. Die Importabhängigkeit bei Erdöl (derzeit 82 %) und bei Erdgas (derzeit 57 %) wird deutlich auf 93 % (Erdöl) bzw. 84 % (Erdgas) steigen.<sup>132</sup> In der letzten *Strategic Energy Review* findet sich bestätigt, was auch diese Daten zeigen: dass die Importabhängigkeit von Erdgas im Vergleich zu jener von Erdöl deutlicher ansteigt.<sup>133</sup> Anders als bei der flexiblen internationalen Struktur des Ölhandels ist bei Erdgas die Leitungsgebundenheit des Transports

<sup>131</sup> Ebenda, S. 17.

<sup>132</sup> Vgl. EU-Kommission: „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“, März 2006, S. 2-5.

<sup>133</sup> Vgl. EU-Directorate General for Energy and Transport: „Second Strategic Energy Review, European Current Energy Situation“, November 2008, S. 18.

Bestimmungsfaktor der europäischen Importe: trotz der günstigen Lage des Kontinents, in dessen Reichweite sich ein Großteil aller Erdgasreserven befindet, ist Europa hinsichtlich seiner Erdgasversorgung weitgehend auf zwei Produzenten außerhalb Europas angewiesen: Algerien und Russland. Russland ist dabei der entscheidende Lieferant für die Versorgung Europas. Im Jahr 2006 deckte Russland 30% des Erdgasbedarfes Europas ab und nach Einschätzungen des *Grünbuches* könnte der Anteil bis 2030 auf 60% steigen. Derzeit müssen 61% des Bruttoinlandsverbrauchs der EU importiert werden. Diese Einfuhren stammen zu 42% aus Russland, zu 24% aus Norwegen, zu 18% aus Algerien und zu 16% aus anderen Staaten.<sup>134</sup> Die Daten über den prognostizierten Anstieg des Innenverbrauchs an Erdgas, die sinkende Eigenproduktion und die Rolle Russlands als größter Einzillieferant weisen auf eine steigende Abhängigkeit der EU von Russland hin und bieten damit dem amerikanischen *Securitization*-Diskurs einen stärkeren Stützpunkt. Es ist allerdings sinnvoll, eine genauere Analyse der Auswirkungen dieser Abhängigkeit auf den russischen Akteur durchzuführen, um festzustellen, ob die wirtschafts- und handelspolitische Bedeutung des Gasexports nach Europa für den russischen Staat und für *Gazprom* nicht vielleicht doch vielmehr eine gegenseitige Interdependenz denn eine einseitige Abhängigkeit Europas bestätigt.

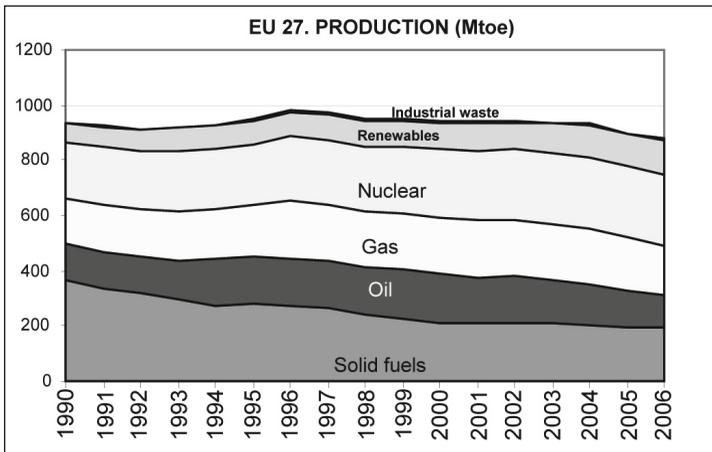


Abb. 2: EU-Energieproduktion in MTOE

134 Vgl. EU-Directorate General for Energy and Transport: „Second Strategic Energy Review, European Current Energy Situation, EU Energy Security and Solidarity Action Plan“, November 2008, S. 4, in: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0781:FIN:DE:PDF>.

## 5.2 Die Bedeutung der Erdgasexporte nach Europa für die Haushalts- und Handelsbilanz Russlands

Russland besitzt nach Angaben von BP über 25,2 % des gesamten Weltanteils an *erwiesenen Erdgasvorräten* (44,65 Mrd. m<sup>3</sup>). Im Jahr 2007 wurden 607,4 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas produziert, was trotz einer leichten Senkung im Vergleich zu 2006 (-0,8 %) immer noch 20,6 % der Weltproduktion entsprach. Damit ist Russland der weltweit größte Gasproduzent/-lieferant.<sup>135</sup> Betrachtet man die Ressourcen, die mittels zukünftiger Technik vermutlich genutzt werden können, besitzt Russland über 83.000 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas<sup>136</sup> und liegt damit sowohl bei den Reserven als auch bei den Ressourcen weltweit an der Spitze. Erdöl und Erdgas sind die wichtigsten Einnahmequellen für Russland. Wenn man die Struktur des Handelsexports in Prozentanteilen betrachtet, ist leicht festzustellen, dass die Erlöse aus Mineralprodukten (Erdöl und Erdgas) im Jahr 2008 69,6 % der gesamten Erlöse aus Güterexporten ausmachten, mit einem Anstieg um fast 15 % im Vergleich zum Jahr 2000.<sup>137</sup> Der Erlösanteil des Güterexports (zu dem auch der Rohstoffexport gerechnet wird) am *Current Account* der russischen Zahlungsbilanz lag wiederum im Jahr 2008 bei 373,3 Mrd. US-Dollar (248 Mrd. US-Dollar davon aus dem Rohstoffexport) und leistete somit den größten Beitrag zum Saldoguthaben des laufenden Posten (*Current Account*).<sup>138</sup> Nach vorläufigen Schätzungen für das Jahr 2009 (Januar bis September) wird der Anteil des Güterexports am *Current Account* aufgrund der Finanzkrise, der sinkenden Nachfrage und der sinkenden Öl- und Gaspreise im ersten Quartal 2009 auf 206 Mrd. US-Dollar schrumpfen. Die Erlöse aus den Rohstoffexporten (129 Mrd. US-Dollar) werden jedoch erneut den meisten Anteil am Güterexport ausmachen. Wenn man Erdöl und Erdgas getrennt betrachtet, lagen beispielsweise im Jahr 2007 die Erlöse aus dem Erdölexport bei 173,7 Mrd. US-Dollar (2000: 36,2 Mrd. US-Dollar) und die Erdgasausfuhren bei 44,8 Mrd. US-Dollar. (2000: 16,7 Mrd. US-Dollar). Die Rolle des Erdgases wird allerdings ausschlaggebend bleiben, wenn man die (rechnerische) Reichweite von Erd-

135 Vgl. BP: „Statistical Review of World Energy 2008“, in: [http://www.bp.com/liveassets/bp\\_internet/annual\\_review/annual\\_review\\_2008/STAGING/local\\_assets/downloads\\_pdfs/BP\\_annual\\_review\\_2008.pdf](http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/annual_review/annual_review_2008/STAGING/local_assets/downloads_pdfs/BP_annual_review_2008.pdf).

136 Vgl. Bundesanstalt für Geowissenschaften, Rohstoffe (2007): „Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit 2006“, in: Engerer, Hella: „Russlands Energieexporte“, in: Osteuropa-Sonderheft Energie-Dossier 2009, S. 43, Tabelle 2.

137 Ebenda.

138 Vgl. Goskomstat: „Balance of Payment of the Russian Federation 1995-2008“, in: [http://www.gks.ru/bgd/regl/b09\\_12/IssWWW.exe/stg/d02/26-01.htm](http://www.gks.ru/bgd/regl/b09_12/IssWWW.exe/stg/d02/26-01.htm) sowie Bank of Russia: „Balance of Payments of the Russian Federation 2008 and 2009“, in: [http://www.cbr.ru/eng/statistics/print.aspx?file=credit\\_statistics/bal\\_of\\_payments\\_est\\_e.htm](http://www.cbr.ru/eng/statistics/print.aspx?file=credit_statistics/bal_of_payments_est_e.htm).

gas, also das Verhältnis von Reserven zur Produktion, betrachtet: Beim heutigen Stand der Technik liegt die Reichweite von Erdgas bei ungefähr 73 Jahren, die Erdölressourcen dagegen könnten nach der aktuellen Produktion bereits in 21 Jahren aufgebraucht sein.<sup>139</sup> Im Jahr 2007 exportierte Russland 370 Millionen Tonnen Erdöl (einschließlich Mineralölprodukte) der insgesamt 490 Millionen Tonnen (weltweit). Nach der Energiestrategie Russlands bis zum Jahr 2020 und der überarbeiteten Version des Instituts für Energiestrategie wird die Produktion allerdings sowohl im optimistischen als auch im pessimistischen Szenario nur leicht ansteigen, das Exportvolumen wird demnach im Jahr 2030 bei knapp 400 Millionen Tonnen liegen.<sup>140</sup> Dagegen soll der Erdgasexport ab 2010 deutlich steigen und 2030 300 Mrd. m<sup>3</sup> (gegenüber knapp 200 Mrd. m<sup>3</sup> im Jahr 2007) von insgesamt ca. 610-630 Mrd. m<sup>3</sup> erreichen. Noch wichtiger scheint in zeitlicher Hinsicht die Aufteilung der Exportmenge zwischen den GUS-Ländern und Drittstaaten (also EU-Länder): Der Export in die GUS-Staaten sank von 70,0 Mrd. m<sup>3</sup> im Jahr 1995 auf 37,5 Mrd. m<sup>3</sup> im Jahr 2007 und hat sich somit halbiert, während die Lieferung in Drittstaaten (also EU-Länder) von 122,0 Mrd. m<sup>3</sup> auf ungefähr 160 Mrd. m<sup>3</sup> anstieg.<sup>141</sup> Die Rolle des Energieexportes bleibt in den Handelsbeziehungen mit der EU weitgehend von entscheidender Bedeutung: Im Jahr 2007 machten die Energieeinfuhren aus Russland 28% des gesamten EU-Weltimports und 66% des gesamten EU-Imports aus Russland aus, weshalb Russland den drittgrößten Handelspartner der EU (hinter China und den USA) darstellt. Dabei liegt Erdgas mit 5,11% auf dem zweiten Platz der gesamten EU-Importe aus Russland hinter Erdöl.<sup>142</sup> Die Steigerung der EU-Exporte nach Russland, von denen Maschinenbau und Fahrzeuge im Jahr 2007 48% des Gesamtvolumens ausmachten, konnte die negative Handelsbilanz der EU gegenüber Russland nicht ausgleichen. Diese Tatsache weist auf eine zusammenwirkende und fast „neokoloniale“ Handelsbeziehung hin: Europa importiert aus Russland Rohstoffe und exportiert Fertigprodukte nach Russland, besonders in der Verarbeitungsindustrie.

139 Vgl. Engerer, Hella: „Russlands Energieexporte“, in: Osteuropa-Sonderheft Energie-Dossier 2009, S. 43.

140 Vgl. Энергетическая стратегия России на период до 2020 года-УТВЕРЖДЕНА распоряжением Правительства Российской Федерации от 28 августа 2003 г. № 1234-р“ Jahr 2003, S.62ff. sowie Moscow Energy Strategy Institute, Энергетическая стратегия России (ЭС-2030) / Бушуев В.В./ Презентация отчета о НИР «Разработка проекта Энергетической стратегии России на период до 2030 года», ноябрь 2007, in: <http://www.energystategy.ru>.

141 Vgl. Goskomstat, verschiedene Jahrgänge, in: Engerer, Hella: „Russlands Energieexporte“, in: Ost-europa Sonderheft Energiedossier 2009, S. 45, Tabelle 3.

142 Vgl. Eurostat: „EU-27 Trade with China and Russia in 2007, Statistics in Focus, 9/2009“, in: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-SF-09-009/EN/KS-SF-09-009-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-09-009/EN/KS-SF-09-009-EN.PDF).

	Exports					Imports					Balance				
	2000	2005	2006	2007	Share in total EU exports 2007	2000	2005	2006	2007	Share in total EU imports 2007	2000	2005	2006	2007	
<b>TOTAL</b>	22 738	56 696	72 307	89 100	7%	63 777	112 591	140 887	143 880	10%	-41 039	-55 895	-68 580	-54 780	
Food products	2 823	4 618	5 918	6 751	11%	727	662	800	894	1%	2 096	3 956	5 119	5 858	
Crude materials	708	846	1 059	1 251	4%	3 652	4 362	4 905	4 976	7%	-2 944	-3 516	-3 845	-3 725	
Energy	121	316	422	530	1%	35 793	75 798	94 243	94 632	28%	-35 671	-75 481	-93 821	-94 102	
Chemicals	3 280	8 222	10 930	12 372	6%	2 519	3 702	4 026	4 491	4%	761	4 521	6 904	7 881	
Other manufactured articles	6 822	14 784	18 940	23 033	7%	9 895	12 056	14 972	16 116	4%	-3 072	2 728	3 968	6 917	
Machinery & vehicles	8 381	26 707	33 596	43 341	8%	1 074	1 243	1 188	1 457	0%	7 308	25 465	32 408	41 884	

Source: Eurostat (COMEXT)

Abb. 3: EU-Handel mit Russland

	2006	2007	2006-2007 evolution	Share in total imports 2007
<b>Total</b>	<b>140 887</b>	<b>143 880</b>	<b>2.1%</b>	<b>100%</b>
33 Petroleum, petrol. prod. & related materials	82 566	83 470	1.1%	58.0%
34 Gas, natural & manufactured	6 761	7 408	9.6%	5.1%
68 Non-ferrous metals	6 797	6 916	1.8%	4.8%
67 Iron & steel	4 733	5 556	17.4%	3.9%
32 Coal, coke & briquettes	3 039	3 389	11.5%	2.4%
28 Metalliferous ores & metal crops	2 352	2 148	-8.6%	1.5%
24 Cork & wood	1 737	2 004	15.4%	1.4%
52 Inorganic chemicals	1 694	1 992	17.6%	1.4%
66 Non-metallic mineral manufactures	1 526	1 542	1.1%	1.1%
51 Organic chemicals	1 265	1 248	-1.3%	0.9%

*Source: Eurostat (COMEXT)*

Abb. 4: EU-Import aus Russland nach Produkten

	2006	2007	2006-2007 evolution	Share in total exports 2007
<b>Total</b>	<b>72 307</b>	<b>89 100</b>	<b>23.2%</b>	<b>100%</b>
78 Road vehicles	7 476	11 648	55.8%	13.1%
74 General industrial machinery & equipment	5 928	7 384	24.6%	8.3%
72 Machinery specialized for particular industries	5 180	6 917	33.5%	7.8%
77 Electrical machinery, apparatus & appliances	4 611	5 554	20.4%	6.2%
76 Telecommunications & sound-recording apparatus	4 292	4 649	8.3%	5.2%
54 Medicinal & pharmaceutical products	3 626	3 678	1.4%	4.1%
84 Articles of apparel & clothing accessories	2 522	3 147	24.8%	3.5%
75 Office & automatic data-processing machines	3 104	3 139	1.1%	3.5%
89 Miscellaneous manufactured articles	2 609	3 056	17.1%	3.4%
69 Manufactures of metals	2 304	2 814	22.1%	3.2%

*Source: Eurostat (COMEXT)*

Abb. 5: EU-Export nach Russland nach Produkten

Die gesamte obere Darstellung verdeutlicht die unterschiedliche strategische Bedeutung, die der russische Staat den Energielieferungen nach Europa im Rahmen der Handelsbeziehungen beimisst: Bei hohen Ölpreisen haben die Erlöse aus Mineralölexporten der Konsolidierung des russischen Haushaltes durch eine bis 2008 stets aktive Handels- und Zahlungsbilanz gedient – diese erlaubte es Russland, die Schulden gegenüber dem Pariser Club in Höhe von 15 Mrd. US-Dollar sowie gegenüber dem IWF in Höhe von 3,3 Mrd. zurückzuzahlen.<sup>143</sup> Bei Erdgas zielt Russland langfristig aufgrund der Reichweite darauf ab, die europäischen Abnehmer noch stärker an sich zu binden und sie zu einer stabilen langfristigen Einnahmequelle zu machen. Die nationale Reichtumsakkumulation der letzten Jahre durch die Einnahmen aus Öl- und Gasausfuhren nach Europa ist in der Tat das einzig realistische und unverzichtbare Instrument der Konsolidierung des Staates nach den Insolvenzrisiken der 90er Jahre gewesen. Die unternehmerischen Strategien und Interessen *Gazproms*, das nach kapitalistischer Reichtums- und Renditeakkumulation strebt (wie im nächsten Unterkapitel erläutert wird) zeigen, dass seine Rolle für die Gasversorgung Europas und für die Vertiefung der Integration in den europäischen Absatzmarkt auch auf dem unternehmerischem Niveau unverzichtbar ist und dass diese mit der staatlichen, wirtschaftspolitischen Stabilität und Reichtumsakkumulation im Putinschen Sinne einhergehen.

### 5.3 *Gazprom* – Interessen und Exportstrategie: nicht ohne Europa

Vor allem das Erdgas als, im Vergleich zu Erdöl, längerfristige und sichere Einnahmequelle musste seit dem rasanten Preisanstieg des Erdöls im Jahr 2000<sup>144</sup> dem desaströsen Haushalt der Russischen Föderation nach den Bankrottrisiken der Jahre 1998/99 eine stabile und langfristige Basis verschaffen. Durch diesen Umstand erklärt sich auch die Rolle, die dem halbstaatlichen Konzern *Gazprom* seit der Amtsübernahme Putins zugeschrieben wurde. Das russische Modell des Energiesektors und speziell des Gassektors weist zwar einen hohen Grad an Übereinstimmung zwischen wirtschaftspolitischen und außenpoli-

143 Vgl. Minister of Finance of the Russian Federation, in: <http://www.minfin.ru/en>.

144 Im Jahr 2000 stieg der Ölpreis auf 33 Dollar pro Barrel und war damit doppelt so hoch wie zwei Jahre zuvor. Siehe BP, „Statistical Review of World Energy 2006“, zitiert in: Goldmann, Marshall: „Das Öl-Imperium – Russlands Weg zurück zur Supermacht“, Der Aktionär Edition, 2009, S.60-61.

tischen Staatszielen einerseits und marktorientierten Strategien zur Gewinnmaximierung und Renditeakkumulation der Einzelkapitalien andererseits auf; Staatsziele und Marktstrategien bleiben aber grundsätzlich voneinander getrennt und bilden keine Einheit, sodass die Ersteren sich oft mit den Letzteren sowie mit den finanziellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen *Gazproms* konfrontieren müssen. Die marktwirtschaftlichen Prinzipien sind daher nicht nur wertvolle Instrumente der Außenwirtschaftspolitik eines staatskapitalistischen und rohstoffreichen Landes, sondern bringen auch strukturelle Elemente mit sich, die dem Entscheidungsspielraum politischer und wirtschaftlicher Akteure Grenzen setzen. *Gazprom* ist ein, direkt aus dem ehemaligen Ministerium für Energie und Erdgas entstandener, vertikal integrierter Konzern, der im Jahr 1993 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Durch Präsidialdekret wurden ihm die Aufgaben der Gasversorgung im Inland sowie die Belieferung der Auslandsmärkte übertragen. Seit 2006 gehören rund 51 % des Grundkapitals der AG dem russischen Staat. Auf diese Weise wurde *Gazprom*, im Einklang mit den oben beschriebenen Putinschen Zielen, zu einem halbstaatlichen Unternehmen. Nach eigenen Angaben verfügt *Gazprom* über 62,3 % der abbaubaren russischen Erdgasreserven und über 84 % der gesamten Gasproduktion Russlands.<sup>145</sup> *Gazprom* kontrolliert sowohl den *Upstream*- als auch den *Downstream*-Sektor und ist durch die Tochtergesellschaft *Transgaz* im Besitz des gesamten interregionalen Hochdruckpipelinesystems. Mit der Verdrängung von *Itera* aus dem russischen Markt und der Übernahme der Verarbeitungsfirma *Sibur* hat *Gazprom* in den 90er Jahren seine vertikale Monopolstellung innerhalb Russlands weiterhin gesichert. Durch *blocking stakes* kontrolliert das Unternehmen mehr als 70 % der Verteilungsorganisationen (GROs)<sup>146</sup> und kann frei entscheiden, wer zu welchem Preis Zugang zum Pipelinenetz hat. Mit *GazpromExport* kontrolliert *Gazprom* schließlich den gesamten Exportmarkt und versperrt somit den anderen Produzenten den Zugang zu ausländischen Absatzmärkten. Seit November 2006 ist die Monopolstellung für den Export per Gesetz festgelegt worden und eben diese Monopolstellung, die als letzter Schachzug Putins im Kampf um die „Zähmung von *Gazprom*“ gilt,<sup>147</sup> garantiert *Gazprom* die Versorgung der GUS- und der europäischen Staaten durch langfristige Lieferver-

145 Vgl. OAO Gazprom: „Gazprom in figures 2003-2007“, [http://www.Gazprom.com/documents/Stat\\_Eng\\_2007.pdf](http://www.Gazprom.com/documents/Stat_Eng_2007.pdf).

146 Vgl. Ahrend, R/ Tompson, W.: „Unnatural Monopoly: The Endless Wait for Gas Sector Reform in Russia.“ *Europe-Asia Studies* 57, 2005, S.2 ff.

147 Vgl. Goldmann, Marshall: „Das Öl-Imperium – Russlands Weg zurück zur Supermacht“, Der Aktionär Edition, 2009, S. 161.

träge. Gleichzeitig verschafft dies dem Staat eine doppelte Einnahme aus einer einzigen Bezugsquelle: Der Staat kann vom Gasexport eine Steuer von 30 % der Exportpreise (die Exportsteuer wurde im Jahr 2004 eingeführt)<sup>148</sup> einziehen und gleichzeitig als Hauptaktionär von den Exportgewinnen *Gazproms* profitieren. Die vorgesehene Preisanhebung für den Gasverkauf in die GUS-Staaten durch eine Angleichung an die europäischen Marktpreise (*netback*-Preise) wird zwar eine zusätzliche Gewinnquelle für *Gazprom* bedeuten, allerdings lediglich die ebenfalls stattfindende Preiserhöhung für Gasimporte *Gazproms* aus Zentralasien ausgleichen. Das heißt, dass Preisanhebungen für den Verkauf in die GUS-Staaten nicht zu einer höheren Rentabilität dieser Märkte führen werden. Die Exportmenge nach Europa und die Attraktivität der europäischen Absatzmärkte werden sie somit kaum ersetzen können. Nach eigenen Angaben hat *Gazprom* im Jahr 2008 567,9 Mrd. m<sup>3</sup> gefördert, davon 184,4 Mrd. m<sup>3</sup> nach Europa exportiert und nur knapp 90 Mrd. m<sup>3</sup> in die GUS-Staaten.<sup>149</sup> Diesbezüglich scheint ein Vergleich in den jährlichen Veränderungen der Volumen für den Export nach Europa, in die GUS-Staaten sowie für den russischen Innenverbrauch im Jahre 2007 und 2008 noch aussagekräftiger. Das Exportvolumen nach Europa im Jahr 2008 ist im Vergleich zum vorherigen Jahr um 9,9 % gestiegen, wobei das Volumen des Exports in die GUS-Staaten um 4,4 % sank und das für den Innenverbrauch um 6,5 %.<sup>150</sup> Diese Daten besagen mehr als nur eine höhere Rentabilität des Exports nach Europa. Der Export wird vielmehr durch drei miteinander verbundene strukturelle Elemente bestimmt, welche die Bedeutung der oben erwähnten Daten erläutern: die Rolle des Binnenmarktes, die Investitionsbedürfnisse des Konzerns, die Erweiterung und der Ausbau des Pipelinenetzes. Die doppelte Natur des Konzerns führt dazu, dass *Gazprom* als halbstaatlicher Konzern verpflichtet ist, die russischen Innenverbraucher zu (noch) indirekt subventionierten, nichtkostendeckenden Preisen zu beliefern.<sup>151</sup> Trotz der geplanten Preissteigerung bis hin zu einer Aufhebung der Preisregulierung ab 2011 sind die bis heute unternehmen, aktuellen Preiserhöhungen noch unter dem Niveau der *netback*-Marktpreise (also der europäischen Preise abzüglich der Transportkosten, Zölle etc.). Sollte der Ölpreis in den nächsten zwei Jahren

148 Vgl. East European Gas Analysis: „Gazprom: How to pay more/less taxes“, 2008., in: <http://www.eegas.com/events02.htm>.

149 Vgl. OAO Gazprom, Годовой Отчет 2008 (Gazprom Annual Report 2008), S.50, in: <http://www.Gazprom.ru/f/posts/95/166501/ar-2008.pdf>.

150 Ebenda.

151 Die russischen Verbraucher (aus Industrie und Haushalten) bezahlen durchschnittlich 40-45 US-Dollar pro 1.000 m<sup>3</sup>. Vgl. December 4, 2007: „Order 403-e/1 of the RF Federal Service for Tarif“. <http://eng.Gazpromquestions.ru/index.php?id=5>.

zwischen 40 und 70 US-Dollar pro Barrel betragen, wie es die EIA und die IEA voraussehen,<sup>152</sup> wird der europäische Gaspreis immerhin noch bei durchschnittlich 250 US-Dollar pro 1.000 m<sup>3</sup> liegen,<sup>153</sup> und damit noch vier- bis fünfmal höher liegen als die Binnenpreise.<sup>154</sup> Die Exporterlöse spielen also weiterhin eine entscheidende Rolle in der Deckung der Kostenlücke, die aus der Subventionierung der Preisregulierung auf dem Binnenmarkt entsteht. Durch eine Belieferung des Binnenmarktes in Höhe von 287 Mrd. m<sup>3</sup> erwirtschaftete *Gazprom* im Jahr 2008 nur 1.652,8 Mrd. Rubel (ungefähr 565 Tausend US-Dollar), während der Export von 184,4 Mrd. m<sup>3</sup> nach Europa dem Konzern im gleichen Jahr 7.757,0 Mrd. Rubel (ungefähr 265 Millionen US-Dollar) einbrachte.<sup>155</sup> Als Privatunternehmer würde *Gazprom* eine Aufhebung der Preisregulierung für die russischen Industrieverbraucher und eine Anpassung an die europäischen *netback*-Preise befürworten. In diesem Fall würde *Gazprom* anstreben, kurzfristig eine gleiche Rentabilität des Binnenmarktes und eine Erhöhung der Investitionsfähigkeit in neue Gasfelder und in das Pipelinennetz nach Europa zu erreichen, während langfristig bei sinkender Binnennachfrage der Industriebranche die freigesetzten Gasmengen weiter nach Europa zu exportieren.<sup>156</sup> In beiden Fällen bleibt somit die Rolle des Exports nach Europa entscheidend für die Strategie *Gazproms*: Die langfristigen vertraglichen Verpflichtungen mit Europa (bis 2036-2039) sind eine sichere und entscheidende Gewinnquelle. Die gegenseitige Vertiefung der notwendigen wirtschaftlichen Kooperation mit westeuropäischen Firmen ist durch diese Lieferpakete gesichert: *Gazprom* beteiligt sich an der Gasverteilung sowie dem Transport und Vertrieb in Europa. Im Gegenzug nehmen europäische Konzerne an russischen Produktionsstätten teil. Das Thema der Investitionsbedürfnisse *Gazproms* ist diesbezüglich zu berücksichtigen. Eine Intensivierung des Investitionsanteils ist in der Tat für die Erschließung und die Produktion der neuen Gasfelder am Barentssee (Shtokmann) und auf der Jamal-Halbinsel (*Onshore*-Gasfelder von Yushno-Russkoje, die energetische Zukunft Russlands), bei annähernder Erschöpfung der

152 Vgl. IEA: „Oil Market Report“, 09.10.2009, in: <http://omrpublic.iea.org/currentissues/high.pdf> sowie EIA: „Short Term Energy Outlook October 2009“, in: <http://www.eia.doe.gov/emeu/steo/pub/oct09.pdf>.

153 Im Jahr 2008 lagen die Preise für Europa bei 450 US-Dollar pro 1.000 m<sup>3</sup>, in: <http://eng.Gazprom-questions.ru/index.php?id=5>.

154 Vgl. Götz, Roland: „After the Gas Conflict“, SWP-Working Papers, März 2006, S.1, Tabelle 1.

155 Vgl. OAO Gazprom: Годовой Отчет 2008 (Gazprom Annual Report 2008), S.50, in: <http://www.Gazprom.ru/f/posts/95/166501/ar-2008.pdf>.

156 Es wird angenommen, dass kurzfristig die Elastizität der Nachfrage gleich null ist und dass also die Industriebranche höhere Preise für die gleiche Menge bezahlen würde. Vgl. u.a. Sagen, E.L./Tsygankova, M: „Russian natural gas exports to Europe: effects of Russian gas market reforms and the rising market power of Gazprom“, DWI, Document Paper 597, Berlin, 2006.

westsibirischen Erdgasfelder von Urengoy, Yamburg und Medvezhye<sup>157</sup> und in der Nad-pur-Taz-Region unverzichtbar. Die Modernisierung und Wartung des existierenden intraregionalen Hochdrucktransportnetzes (UGSS) sowie seine Erweiterung nach Asien und Ausweitung nach Europa sind ein anderes zentrales Ziel des Konzerns, das im Einklang mit der Diversifizierungsstrategie der Abnehmerländer und der Trassenverläufe steht. Nach Einschätzungen von Roland Götz, die auf IEA-Daten basieren,<sup>158</sup> betragen die Investitionskosten für die Erweiterung des russischen Pipelinenetzes bis 2020 allerdings allein für Erdgas rund 60-100 Mrd. US-Dollar, einschließlich Kompressorstationen und ohne die gewaltigen Kosten für die Erschließung der neuen Erdgasfelder wie Shtokmann (etwa 20 Mrd. Dollar). Wenn man die Entwicklung des Investitionsprogramms *Gazproms* in der Periode 2004-2008 beobachtet, kann man problemlos ein Investitionsdilemma zwischen Produktions- und Transportinvestitionen feststellen. Nach den Angaben<sup>159</sup> durch *Gazprom* lagen die Investitionsanteile für Transport und Produktion im Jahr 2008 bei je 43 % der gesamten Investitionen. Die Investitionen im Bereich der Produktion neuer Gasfelder sind dank der Perspektive einer Erhöhung der Binnenmarktpreise sowie des Anstiegs der europäischen Preise von 27 % im Jahr 2006 auf 43 % im Jahr 2008 zwar gestiegen; gleichzeitig sank jedoch der Investitionsanteil für den Transport von 50 % im Jahr 2006 auf 43 % im Jahr 2008. Wenn *Gazprom* das Niveau beider Investitionsanteile ausgeglichen halten könnte, hinsichtlich der zukünftigen Produktion auf der Jamal-Halbinsel und Shtokmann vorauszusehen, dass der technologische Aufwand für die Erschließung dieser Gasfelder weitere Investitionen benötigen wird. Pirani betont:

*„Gazprom could have invested in techniques which would have slowed the decline at the existing supergiant fields Urengoi and Yamburg [...] they would have given the company time to achieve these technically complex tasks.“*<sup>160</sup>

157 Nach BP-Angaben wird die Produktion in diesen Gasfeldern ab 2010 von 500 Mrd. m<sup>3</sup> auf 350 Mrd. m<sup>3</sup> zurückgedrängt, während in den neuen Gasfeldern von Jushno Russkoje und Yamburg die Produktion von 540 Mrd. m<sup>3</sup> auf 630 Mrd. m<sup>3</sup> steigen wird. Vgl. BP: „Energy Statistical Review 2008“. Siehe auch „Gazprom in Question and Answer 2007“, Diagramm „Gazprom’s Production Projections to 2030“, S. 28, zitiert in: Pirani, Simon: „Russian and CIS Markets and the Impact on Europe“, Oxford Institute for Energy Studies, 2009, S. 62.

158 Vgl. Götz, Roland: „Pipelinepolitik – Wege für russisches Erdöl und Gas“, in: Osteuropa-Heft 9-10/2004, Tabellen S. 126-127.

159 Vgl. OAO Gazprom: „Loan Notes 2008“, S. 80-82, zitiert in: Pirani, Simon: „Russian and CIS Markets and their Impact on Europe“, Oxford Institute for Energy Studies, 2009, S. 64.

160 Vgl. Pirani, Simon: „Russian and CIS Markets and their Impact on Europe“, Oxford Institute for Energy Studies, 2009, S. 64.

Bei der Erwägung der Optionen *Gazproms* hinsichtlich einer Ausweitung des Pipelinenetzes ist dann entscheidend zu berücksichtigen, dass das Erdgas fast ausschließlich per Pipeline (*onshore* oder *offshore*) geliefert wird. Die Lieferung ist wirtschaftlich kostenintensiver als die von Erdöl. Eine weltweite Beförderung per Schiff, wie sie bei Erdöl die Regel ist, ist nur durch Flüssiggas möglich (LNG). Aufgrund der hohen Fixkosten (die Kosten für die Verflüssigungsanlagen, die Lieferung per Sonderschiffen und die Gasifizierung) ist LNG allerdings erst ab 2.000 km Transportentfernung rentabel. Deshalb erfolgen Russlands Gaslieferungen bisher vor allem über *Onshore*- und *Offshore*-Pipelines. Gerade die *Offshore*-Pipelines über See sind somit bis zu einer Transportentfernung von 2.000 km günstiger als LNG-Lieferungen. Die *Onshore*-Pipelines übers Land sind zwar bis 4.000 km kostengünstiger, allerdings ist das Erdgas auf diesem Weg nicht weltweit lieferbar, sondern von der Pipelinenetzstruktur abhängig. Die russische, in der Sowjetzeit gebaute Erdgaspipelinestruktur ist also das entscheidende Bindeglied zu den europäischen Märkten. Eine Beobachtung des Pipelinesystems, das bis zum Zerfall der SU (1990-91) existierte, lässt sofort zwei strukturelle Ungleichgewichte erkennen:

- 1) Das westlich orientierte Transportsystem konzentrierte sich aufgrund der territorialen Kontinuität mit dem westeuropäischen Absatzmarkt auf a) die Versorgung Westeuropas, die im Kontext des Kalten Krieges und seit der Ost-West-Entspannung dem politischen Zweck der Wirtschafts- und Handelskooperation zwischen Ost und West diente; und b) auf die Versorgung der osteuropäischen Länder, die die politische, militärische und wirtschaftliche Interessensphäre der SU sicherte.
- 2) Das Fehlen eines aus den sibirischen Gasfeldern in die Asien-Pazifik-Region führenden Pipelinesystems.

Von den genannten finanziellen Hindernissen beim Bau von Gaspipelines wäre allerdings die immer wieder geplante Ausweitung des Transportnetzes nach Asien aus den ostsibirischen Feldern<sup>161</sup> eine kostenintensive Investition, die sich erst durch langjährige Lieferverträge wieder auszahlen würde. In der Asien-Pazifik-Region ist jedoch das einzige glaubhafte Abnehmerland China. Wie Roland Götz behauptet,<sup>162</sup> wäre

161 Siehe zum Beispiel das Projekt der Ostsibirien-Pipeline Kowytka-China/Südkorea oder die noch bekanntere Altai-Pipeline durch die Mongolei nach China. Die Altai ist seit Jahren im Gespräch, aber zurzeit auf Eis gelegt.

162 Vgl. Götz Roland: „Pipelinepolitik – Wege für russisches Erdöl und Gas“, in: Osteuropa-Heft 9-10/2004, Tabellen, S. 119.

in diesem Fall Moskau ausschließlich vom Preis und den Nachfrageänderungen Pekings abhängig. In Asien ist die Versöhnung mit China zwar geopolitisch erwünscht und steht im Einklang mit der multipolaren Vorstellung Moskaus als Gegengewicht zur amerikanischen Machtprojektion in Eurasien, ist allerdings in der Energiekooperation und vor allem bezüglich des Erdgaslieferungsabkommens beeinträchtigt. In Asien bilden die Unberechenbarkeit der chinesischen Energiepolitik und der diplomatische Aktivismus Pekings in Zentralasien unsichere Bedingungen für die russische Investitionsstrategie.<sup>163</sup> Wenn auch die Aussage von *Gazprom*-Chef Alexsej Miller glaubhaft ist, dass „*Gazprom genügend Reserven habe, um sämtliche Nachfrage in Europa, Asien und Amerika bedienen zu können*“<sup>164</sup>, scheint die, in Russlands Energiestrategie bis zum Jahr 2020 sowie in der neuen bis zum Jahr 2030, vorgesehene Steigerung des Erdgasexports nach Osten aufgrund der oben genannten geostrategischen und finanziellen Probleme eher ein langfristiger geopolitischer Wunsch als ein kurzfristig realisierbares Projekt zu sein. Demzufolge ist anzunehmen, dass Europa im Gegensatz dazu die konkrete geökonomische Option Russlands bleibt. Aus der gesamten Betrachtung ergibt sich die Annahme, dass eine glaubhafte Strategie *Gazproms* drei Ziele verfolgen müsse:

- 1) die Vertiefung der Kooperation mit den westeuropäischen Energiekonzernen hinsichtlich Erschließung, Transport und Betrieb;
- 2) eine Fortsetzung der Übernahme der Transitnetze in den GUS-Staaten und den osteuropäischen EU-Mitgliedsländern oder deren Umleitung, um eine reibungslose Lieferung zu den westeuropäischen Kunden garantieren zu können;
- 3) der Versuch, in die westeuropäischen Märkte einzudringen, mit dem Ziel, die westeuropäischen Endverbraucher direkt zu versorgen. Während *Gazprom* durch dieses letzte Ziel in direkten Wettbewerb mit den westeuropäischen Partnerkonzernen träte und letzteren damit Marktanteilverluste drohen würden, stimmen die ersten beiden Ziele mit den Strategien der westeuropäischen Partnerkonzerne überein.

163 Siehe zum Beispiel das Anfang 2008 unterschriebene Abkommen zwischen Turkmenistan und China.

164 Vgl. Miller, Alexej: „Energie für den Planeten“, in: Internationale Politik (russische Ausgabe), Juli-August 2007, S.27 ff.

## 5.4 Die westeuropäischen Energiekonzerne: gerne mit Russland

Die wichtigsten Partner *Gazproms* in Europa sind die westeuropäischen Energiekonzerne *E.ON*, *BASF-Wintershall*, *Gaz de France*, *EDF* und *ENI*. Diese decken zusammen mit *Gazprom* im *Upstream*-Bereich für Erdgas 87 % des Marktes ab.<sup>165</sup> Im Gegensatz zum unklaren und widersprüchlichen Ansatz der politischen Institutionen der EU hinsichtlich der Gasbeziehungen mit Moskau stellen die *Joint Venture*-Abkommen zwischen *E.ON-Ruhrgas*, *Gaz de France*, *ENI* und *Gazprom* eine Garantie der Stabilität dieser Beziehung dar. Diese basiert auf bilateralen Package-Verträgen, die wiederum auf langjährigen (bis 2036 geltenden) Lieferverträgen zwischen *Gazprom* und den größten westeuropäischen Energiekonzernen für die Versorgung der jeweiligen EU-Länder beruhen. Die Ziele einer Beteiligung am russischen *Upstream*-Sektor und an der Förderung und dem Betrieb russischer Gasfelder stimmt mit dem Interesse *Gazproms* überein, durch *Joint Ventures* mit ausgewählten ausländischen Partnern den Investitions- und Investitionsbedürfnissen für die neuen Gasfelder nachzugehen und dabei die aktuelle Technologie nutzen zu können. Als Beispiele sind die *Joint Venture* zwischen *Gazprom*, *E.ON* und *BASF-Wintershall* zur Förderung und für den Betrieb von *Yuschno Russkoje* und *Akimgaz*<sup>166</sup> sowie die zukünftige Erschließung des Riesengasfeldes *Schtokmann* zu nennen. Diese Beziehungen sind natürlich von Konkurrenz und unterschiedlichen Interessen und Strategien gekennzeichnet, wenn es um das Eindringen in die jeweiligen nationalen Märkte geht. In dieser Hinsicht ist vor allem der *asset swap deal* zwischen *E.ON-Ruhrgas* und *Gazprom* Ende Oktober 2009 im Rahmen des Abkommens über die Förderung und den Betrieb des Gasfeldes *Yuschno Russkoje* ein relevantes Beispiel. *E.ON* trat seinen 49-Prozent-Anteil an der Firma *Gerosgas* an *Gazprom* ab, wodurch das Unternehmen vollständig in den Besitz des russischen Gasriesen überging. *E.ON-Ruhrgas* bekam stattdessen 25 % Grundkapital des Unternehmens *SewerNefteGasProm*, das die Förderrechte an den riesigen Vorkommen in Nordwestsibirien innehat.<sup>167</sup> Dieses Abkommen vollendet allerdings nur einen

165 Siehe auch zum Thema Egging, Rudolph/ Steven A. Gabriel: „Examining Power in the European Natural Gas Market“, *Energy Policy* 34/2006, S. 2662-2778.

166 Wintershall AG: „Zu Hause in der Welt: Die Wintershall-Schwerpunktregionen“, in: [http://www.wintershall.com/exploration\\_produktion.html?&L=1](http://www.wintershall.com/exploration_produktion.html?&L=1).

167 OAO *Gazprom*: „*Gazprom* and *E.ON* close asset swap deal“, Press Release, Oktober 2009, in: <http://www.Gazprom.com/press/news/2009/october/article70280>.

Verhandlungsprozess, der sich über einen langen Zeitraum voller Zugeständnisse und Forderungen hinzog und dessen größtes Problem die Ansprüche *Gazproms* an einer direkten Beteiligung an *E.ON-Ruhrgas* waren. Schon im Juli 2004 hatten *E.ON* und *Gazprom* eine Absichtserklärung über die weitere Vertiefung ihrer Zusammenarbeit unterzeichnet, die auch die gemeinsame Ausbeutung von Juschno Russkoje umfasste. Der deutsche Energiekonzern verlor aber in der Folge die Rolle des privilegierten Partners bei diesem Projekt, weil er sich der von *Gazprom* verlangten Beteiligung an *E.ON-Ruhrgas* widersetzte. Stattdessen schloss *Gazprom* im April 2005 eine Vereinbarung mit dem Chemiekonzern *BASF* und dessen Tochter *Wintershall*, die ein Jahr später bindend gemacht wurde. Sie ebnete *Gazprom* durch eine Erweiterung der Anteile am gemeinsamen Gasvertriebsunternehmen *Wingas* mit Hilfe der *BASF* den Weg in den westeuropäischen Markt. Dieses Prozedere zeigt eine Interessendivergenz in den unternehmerischen Strategien: zwischen dem Interesse *Gazproms* an westeuropäischen Endverbrauchern einerseits und dem Willen der nationalen westeuropäischen Konzerne, ihre monopolistischen Stellungen und ihre Marktanteile auf den nationalen Märkten durch eine, wenn auch nur indirekte, Erhaltung des Verteilernetzes und Betriebes weiterhin zu sichern. Die entscheidende Opposition der größten Energiekonzerne zu einem von der EU geforderten *unbundling* zwischen Produktion und Verteilung hat nach langem Streit tatsächlich zu einem Kompromiss in der vor kurzem verabschiedeten EU-Richtlinie für die Schaffung eines europäischen Erdgasbinnenmarktes geführt. Diese sieht, im Gegensatz zu den ursprünglichen Projekten der Kommission, die Möglichkeit für die nationalen Konzerne vor, sich weiterhin zwischen einer „funktionalen“ und einer „eigentümlichen“ Entflechtung ihrer Verteilungsnetze entscheiden zu können.<sup>168</sup> Sollten jedoch die monopolistische Stellung und die vertikale Integration der westeuropäischen Großkonzerne ab 2012 (rechtliche Frist für die Vollendung der Entflechtung) tatsächlich durch eine Entflechtung geschwächt werden, wie von der europäischen Richtlinie vorgeschrieben, würde letztendlich die in der Richtlinie enthaltene, und im vierten Kapitel bereits erwähnte, „Schutzklausel“ gegen die Fernleitungsnetzübernahme von vertikal integrierten Konzernen aus Drittländern<sup>169</sup> weiterhin einen Wettbewerbsvorteil für die europäischen Konzerne gegenüber einem vertikal integrierten

168 Vgl. Richtlinie 2009/73/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG, S. 2-4, in: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:302:0032:0096:DE:PDF>.

169 Vgl. Fußnote 85.

Konzern wie *Gazprom* bedeuten. Dennoch würde auch ohne „Schutzklausel“ eine größere Beteiligung *Gazproms* am Endverbraucherverkauf vermutlich nicht bedeuten, dass das steigende Risiko für die westeuropäischen Energiekonzerne, nationale Marktanteile zu verlieren und damit im Prinzip aus dem Endverbrauchermarkt vertrieben zu werden, auch eine existenzielle Bedrohung für die Endverbraucher und damit für die nationale Versorgungssicherheit darstellen würde. Ein *Spillover*-Effekt vom Wirtschaftssektor in den sicherheitspolitischen Sektor würde sich deswegen nicht ergeben. Vielmehr wäre eine größere Beteiligung *Gazproms* am lukrativen westeuropäischen Markt lediglich energiewirtschaftlich sinnvoll. *Gazproms* Beteiligungen am *Downstream*-Sektor könnten die Interessenlage des Konzerns aufgrund der größeren Kundennähe verändern: Je mehr er vom Endverbraucher-Geschäft abhängig ist, desto zuverlässiger muss er liefern und desto mehr ist eine eventuelle Neigung zur Nutzung der Lieferungen als politisches Erpressungsmittel nicht sinnvoll, wie Thomas Hanke, Chefredakteur vom Handelsblatt, betont hat.<sup>170</sup> Dabei ist zu erwähnen, dass die eigentliche Renditemaximierung *Gazproms* nicht in allen nationalen Märkten Europas gleich ist und daher nicht alle nationalen Märkte in gleicher Weise das Interesse *Gazproms* wecken. Vor allem in den osteuropäischen Mitgliedsländern der EU, die am meisten die gefährliche Abhängigkeit von Moskau beklagen, den *Securitization*-Diskurs Washingtons verfolgen und die Gestaltung einer gemeinsamen Energieaußenpolitik ohne Russland befürworten (die *New Cold Warriors* wie die Baltenländer und Polen sowie einzelne *Frost Pragmatists*)<sup>171</sup> lag die Menge des von Russland gekauften Erdgases im Jahr 2006 zwischen 0,7 Mrd. m<sup>3</sup> (in Estland) und 8,8 Mrd. m<sup>3</sup> (in Ungarn), im Vergleich zu 34 Mrd. m<sup>3</sup> in Deutschland, 22 Mrd. m<sup>3</sup> in Italien und 10 Mrd. m<sup>3</sup> in Frankreich.<sup>172</sup> Das Interesse *Gazproms* an einem direkten Einstieg in diese Märkte und an einer Stabilität der Lieferungen ist im Prinzip also wesentlich geringer als das Interesse an einem Einstieg und einer Lieferung in die westeuropäischen Märkte, sodass eine direkte politische Erpressbarkeit dieser osteuropäischen Länder durch Lieferunterbrechungen mit relativ niedrigen ökonomischen Verlusten für *Gazprom* verbunden wäre. Diese Tatsache würde also paradoxerweise die Argumente der *Securitization* nach einer ersten Betrachtung plausibel machen, wenn der Anteil des russischen Gases

170 Vgl. Hanke, Thomas: „Kühnheit im geopolitischen Spiel um Energie“, in: Handelsblatt, 03.11.2009.

171 Vgl. Leonard, Mark/ Popescu, Nicu: „A Power Audit of EU-Russia Relations“, European Council on Foreign Relations, 7/11/2007.

172 Vgl. „EU-Energy in Figures 2007/2008“, „BP Statistical Review of World Energy 2008“, in: „Blick in die Röhre“, Osteuropa Sonderheft Energie Dossier 2009, Karte 2.

am Primärenergieverbrauch für diese Länder sehr hoch wäre. Eine genauere Analyse zeigt, dass dieser Verbrauch beispielweise im Jahr 2007 zwischen weniger als 10 % (in Polen) und weniger als 30 % (in Lettland) lag, was laut Roland Götz zwischen 3 % und 10 % der gesamten EU-Gasimporte aus Russland im gleichen Jahr (310 Mrd. m<sup>3</sup>)<sup>173</sup> ausmachte. Eine reale Verwundbarkeit dieser Länder könnte minimiert werden, wenn die notwendige inneneuropäische Pipelineinfrastruktur (Interconnectoren) gebaut würde und die Länder in einem gemeinsamen inneneuropäisch integrierten Gasmarktsystem eingebunden wären, wie Pierre Noël betont.<sup>174</sup> Solche Mengen könnten tatsächlich im Falle eines politisch motivierten Lieferstopps ohne Probleme – so Götz – aus anderen EU-Ländern wie Deutschland und Schweden bezogen werden.<sup>175</sup> Die größten Interessensunterschiede zwischen westeuropäischen Konzernen und *Gazprom* bestehen in der Kontrolle oder Wahrung der Anteile an den nationalen westeuropäischen Märkten. Das Interesse *Gazproms* könnte zwar ein wirtschaftliches Wettbewerbsrisiko für die westeuropäischen Konzerne, allerdings nicht direkt eine sicherheitsrelevante „existentielle Bedrohung“ für den nationalen Wohlstand darstellen. Im Gegensatz dazu sind in absehbarer Zeit in zwei entscheidenden Punkten gemeinsame strategische Interessen zu beobachten: wenn es darum geht, den reibungslosen und verlässlichen Gastransit zu garantieren, der im Rahmen der langjährigen Lieferverträge vereinbart worden ist; und wenn es heißt, den Markteindrang in die osteuropäischen Gastransit- und Verteilungssysteme zu vollenden, die in diesen Ländern bereits liberalisiert und entflechtet worden sind. Solange die westeuropäischen Konzerne ihre direkten Beziehungen mit *Gazprom* auf Basis von Package-Verträge profitabel finden und ihre nationalen Marktanteile weiter behalten können, streben sie weder nach einer Reziprozität in der Eröffnung und Liberalisierung des russischen Marktes, der bis mindestens 2011 keine Rentabilität anbietet, noch nach der Minderung des Transitmonopols *Gazproms* im GUS-Raum. Stattdessen bewerten sie einen vertikal integrierten Einzellieferanten wie *Gazprom* als zuverlässiger als mehrere voneinander unabhängige Förder- und Betriebsunternehmen. Die direkte oder indirekte Kontrolle *Gazproms* und der westeuropäischen Energiekonzerne über das Transportnetz im Übergangsbereich Osteuropa gilt dabei als Garantie der Lieferstabilität. Die jüngste

173 Ebenda.

174 Vgl. Noël, Pierre: „Beyond Dependence: How to deal with Russian Gas“, Brief-Policy-European Council on Foreign Relations, November 2008, S. 9.

175 Vgl. Götz, Roland: „Pipeline-Popanz“, in: Osteuropa-Sonderheft, Energie-Dossier 2009, S. 16.

Anteilerhöhung *Gazproms* am Betriebskonsortium der polnischen Strecke der Yamal-Pipeline (*EuRoPolGaz*) von 48 % auf 50 % hat ohne jegliche Probleme zu einer gleichzeitigen Verlängerung der Lieferverträge zwischen *Gazprom* und *PGNIG* bis zum Jahr 2037 geführt.<sup>176</sup> Der Einstieg von *E.ON-Ruhrigas* und *Gaz de France* mit 50 % minus einer Aktie schon im Jahr 2002 in den slowakischen Gaskonzern *SPP* (ab 2008 als unabhängiger Transitbetreiber *Eustream* umbenannt), der die größte europäische Transitstrecke der Bratsvo-Pipeline betreibt,<sup>177</sup> zeigt wiederum, dass in den Transitländern, in denen *Gazprom* oder die westeuropäischen Konzerne den Einstieg in die Verwaltung des Transitsystems geschafft haben, eventuelle kommerzielle Dispute keine politische Dimension annehmen, nicht von außenpolitischen Konflikte beeinflusst werden und politisch motivierte Unterbrechungen nicht stattfinden (wie Abbildung 6 zeigt).

Aus der Sicht der westeuropäischen Konzerne sind also ihre finanzielle direkte Beteiligung an der Exploration, der Produktion und dem Transport durch Package-Verträge (wenn auch nur als Juniorpartner von *Gazprom*) profitabel, weil sie die gesamte Profitabilität in der Beteiligung an einem grenzüberschreitenden, osteuropäischen Markt sehen. Hierfür seien zwei Beispiele angeführt: zum einen der Ankauf des Transport- und Verteilungsnetzes von vielen osteuropäischen Mitgliedstaaten und deren Verkauf an *Gazprom* als Umtauschgeschäft für die Beteiligung an Förderprojekten wie im Falle des ungarischen *Foldgaz*,<sup>178</sup> zum anderen die durch Beteiligungsgesellschaften erfolgreich durchgeführten Tätigkeiten in der Gasspeicherung, dem Transport und Gashandel des Großkonzerns *E.ON-Ruhrigas* in fast allen Ländern Osteuropas.<sup>179</sup> Sollte *Gaz de France* seine Anteile am großen ostdeutschen Gasvertriebsunternehmen *VNG* an *Gazprom* verkaufen, sodass *Gazprom* zusammen mit der deutschen *Wintershall* eine Sperrminorität im Vorstand bekommen und *Gaz de France*, neben *BASF-Wintershall* und *E.ON-Ruhrigas*, ein Einstieg in das Konsortium Nord-Stream, ermöglicht würde, würde *Wintershall* seine Beteiligung an der Kundenbelieferung in Frankreich, Österreich, Dänemark und Tschechien in Zusammenarbeit mit *Gazprom* durch das gemeinsame Unternehmen *Wingas* steigern. Auf diese Weise könnten spätestens bis

176 OAO *Gazprom*: „Газпром» и «ПГНИГ» согласовали вопросы сотрудничества в газовой отрасли“, Oktober 2009, in: <http://www.Gazprom.ru/press/news/2009/october/article70263>.

177 *Eustream* – Slovak Gas Transmission System, in: [http://www.eustream.sk/en\\_transmission-system/en\\_transmission-system](http://www.eustream.sk/en_transmission-system/en_transmission-system).

178 Vgl. Westphal, Kirsten: „Liberalisiert, monopolisiert, fixiert: Antinomien des Energiemarktes Europas“, in: *Osteuropa* 2-3/2007, S. 249-250.

179 Vgl. *E.ON-Ruhrigas*: „Beteiligungen im Jahr 2007“, in: <http://www.eon-ruhrigas-international.com/cps/rde/xchg/SID-3F57EEE6-7DE5EB76/er-international/hs.xsl/2601.htm>.

Company	State	Gazprom's share	Other shareholders	Disputes	Sector
Moldovagaz	Moldova	50% or over	35.3% Moldovan government; 13.44% Transnistria; and private shareholders	Occasional setbacks in the relations between Gazprom and Moldovan government, mostly relating to the gas price and Transnistria's gas debt; however, they have never spilled over into a major political crisis.	Gas trade
Beltransgaz	Belarus	25% (50% by 2011)	50% Belarusian government	2006 – Russia announced that it would raise the gas price for Belarus; after Belarus refused to negotiate a higher price, Gazprom suspended its gas supplies; in May 2007 an agreement was reached that Gazprom would receive a 50% share in Beltransgaz by 2011 in exchange for gradual raising of the price on Russian gas over the next four years.	Gas trade and transmission
ArmRosGazprom	Armenia	75.55%	20% Armenian government, 4.44% Itera	No major disputes	Gas trade
Lietuvos Dujos	Lithuania	37.1%	35% E.ON Ruhrgas, 34% Lithuanian government	No major disputes	Gas trade
Latvijas Gaze	Latvia	34%	16% Russia's Itera, 47.5% E.ON Ruhrgas	No major disputes	Gas trade and transmission
Europol Gaz	Poland	48%	48% PNGIG, 4% - Gas Trading	Jan 2007 – Russia demanded lower transit fees for Russian gas shipped through the Polish part of Yamal-Europe and a higher say in decision-making; Poland refused to do so on the basis of the originally established agreement of 1993; the parties went to a court and later solved the issue through negotiations.	Gas transmission
SPP	Slovakia	16.3%	51% Slovak government, 16.3% E.ON Ruhrgas and 16.3% Gaz de France	Sep 2008 – Ruhrgas and Gaz de France required Slovakia to raise its domestic gas prices by 20%. This was opposed by the Slovak Prime Minister Robert Fico, who threatened to nationalise the shares of the two Western gas companies. No disruptions followed. In 2008 Gazprom signed a contract to supply gas to the SPP until 2028.	Gas transmission
Panrusgas	Hungary	40%	50% E.ON Ruhrgas, 10% Centrex Hungaria	No major disputes	Gas trade and transmission
Overgas Inc.	Bulgaria	50%	50% Overgas Holding	No major disputes	Gas trade and construction of pipelines

Abb. 6: Beteiligungen westeuropäischer Konzerne und Gazproms am Gastransport und Gashandel in osteuropäischen Ländern

zum Inkrafttreten der EU-*Unbundling*-Richtlinie (2012) eventuelle Marktverluste auf nationaler Ebene durch Beteiligungen auf transnationaler, makroregionaler Ebene ausgeglichen werden. Durch das Unternehmen *Wintershall Erdgas Handelshaus Zug AG* (WIEE) ist zum Beispiel ein Gemeinschaftsunternehmen von *Wintershall* und *Gazprom* entstanden, das bereits Möglichkeiten analysiert, die Infrastruktur in den Zielmärkten weiterzuentwickeln. Ein aktuelles Beispiel hierfür sind die Aktivitäten ihres Joint Ventures *WIROM GAS S. A.* (WIROM), die Gasversorgungslizenzen für die vier südrumänischen Städte Turnu Magurele, Alexandria, Oltenita und Giurgiu erworben hat. Daneben arbeitet *WIEE* an grenzüberschreitenden Pipelineprojekten mit der rumänischen *Transgaz S. A.*, *Bulgargaz* und *Naftogaz Ukrainij*.<sup>180</sup> Der italienische Energiekonzern *ENI* plant den Bau von South-Stream als Joint Venture mit *Gazprom* und ist gleichzeitig mit einem Mindestanteil an *SeverEnergia* am Betrieb und der Produktion von Gasfeldern in der Yamal-Nenets-Region beteiligt. *EDF (Energie de France)* strebt ebenfalls einen Einstieg in das Projekt an, dem *ENI* und *Gazprom* vor kurzem zustimmten.<sup>181</sup> Dieses Gesamtbild bestätigt die These von ten Brink, der zufolge das Volumen der direkten privaten Investitionen vielmehr als die bloßen grenzüberschreitenden Kapitalströme:

*„[...] längerfristige linkages zwischen ökonomischen Akteuren verschiedener Nationen und zwischen funktionalen Räumen schafft, so dass wenn es zu einer dichten Verknüpfung nationalen Produktionsstandorten komme, [...] dann von einem makroregionalen Produktionssystem gesprochen werden [könnte].“<sup>182</sup>*

Ein europäisch-russisches makroregionales Gasproduktionssystem, dessen Drehpunkt Osteuropa ist, besitzt also die Charakteristika eines *Regional Security Complex* des Erdgases, in dem für die Einzelkapitalien die langfristige Strategie grenzüberschreitender und makroregionaler Kooperation durch das Vordringen in Räume mit schwacher staatlicher ordnungspolitischer Rückendeckung den möglichen Verlust nationaler Marktanteile ausbalancieren kann. Der Trend der direkten Investitionen in solche Projekte zeigt laut Eurostat-Daten einen kon-

180 Wintershall Erdgas Handelshaus Zug AG (WIEE), in: <http://www.wintershall.com/wiee.html?&L=1>

181 Vgl. ОАО Газпром: «Газпром» и ENI подписали Меморандум о взаимопонимании в отношении проекта «Южный поток», 3.12.2009, in: <http://www.Gazprom.ru/press/news/2009/december/article72360/>

182 Vgl. ten Brink, Tobias: „Geopolitik – Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz“, Westfälisches Dampfboot, 2008, S.156.

stanten Anstieg der ausländischen direkten Investitionen (ADI) nach Russland von 6 im Jahr 2004 auf 10,4 Milliarden Euro im Jahr 2006,<sup>183</sup> was wiederum 4 % der gesamten ADI der EU in nicht EU-Länder ausmachte. Russland ist, wie Abbildung 7 zeigt, das größte und wichtigste Partnerland für ADI unter den ost- und mitteleuropäischen Staaten.

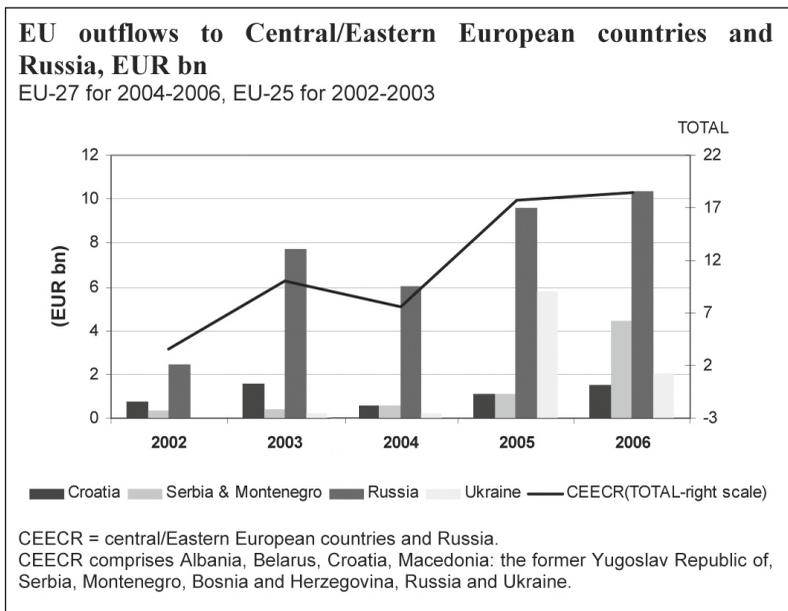


Abb. 7: EU-ADI in osteuropäischen Staaten und Russland 2002-2006

Nach Eurostat-Daten machten ADI im Transport, bei Verarbeitungsprodukten und im Gassektor ungefähr 49 % des gesamten Volumens an ADI nach Russland aus.<sup>184</sup> Aus dieser Analyse kann man schließen, dass das Kernargument der *Securitization*, nach der der Kreml durch *Gazprom* seine Lieferungen nach Europa politisch einsetzen und durch eine gezielte Unterbrechung ganz Europa in Schach halten kann, aus energiewirtschaftlicher Sicht nicht konsistent ist. Anders als die EU nehmen die westeuropäischen Energiekonzerne (*referent objects*) im Wirtschaftsektors, nach der Terminologie von Buzan das Gasgeschäft mit Moskau nicht als existenzielle Bedrohung wahr, sondern vertiefen vielmehr ihre Zusammenarbeit mit *Gazprom* und ihre Beteiligung an

183 Vgl. Eurostat: „EU-FDI Yearbook 2008“, S.26, in: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFF-PUB/KS-BK-08-001/EN/KS-BK-08-001-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFF-PUB/KS-BK-08-001/EN/KS-BK-08-001-EN.PDF).

184 Ebenda, S. 72.

der Verteilung, dem Transit und dem direktem Verkauf in Osteuropa. *Gazprom* seinerseits und der Staat als Hauptaktionär haben sehr wohl Interesse daran, weiterhin reibungslos Gas nach Europa zu liefern und durch Joint Ventures mit den westeuropäischen Konzernen Technologien und Know-how auszutauschen. Die Staaten werden allerdings in diesem Kontext nicht ausgeschaltet. Die größten westeuropäischen Staaten hinter den Konzernen und jenseits der europäischen Institutionen (die von Mark Leonard als „*Strategic Partners*“ bezeichneten Länder Italien, Frankreich und Deutschland) sowie Russland profitieren im Sinne nationaler Reichtumsakkumulation von der Expansion der Einzelkapitalien in machtschwächeren Räumen. Wenn die Energieversorgung eine privatunternehmerische Frage bleibt, werden also die Rahmenbedingungen für ihre Gewährleistung eine Frage der ordnungspolitischen und außenpolitischen staatlichen Rückendeckung.



## 6 Die Ukraine als fehlendes Bindeglied in der geökonomischen Interdependenz: das Problem des *Ukrainian International Gas Transit Systems* (IGTS)

Im Kontext dieser geökonomischen Interdependenz ist die Ukraine als entscheidende Ausnahme zu betrachten, und die Lage des Landes bietet dem *Securitization*-Diskurs, anders als andere osteuropäische Transitländer, einen realen Anknüpfungspunkt. Dieser hängt mit zwei Faktoren zusammen, die die Energiekooperation zwischen Moskau und Kiew kennzeichnen: Der geökonomische Faktor besteht darin, dass auf der Ebene der substaatlichen, transnationalen Akteure die westeuropäischen Energiekonzerne und *Gazprom*, anders als in anderen Ländern Osteuropas, das Transitsystem nicht übernommen haben. Der geopolitische Faktor besteht darin, dass auf dem Niveau der staatlichen Akteure das Land auch eine geopolitische Drehscheibe ist, dessen geographische Lage als Brücke zwischen Europa, Russland und Zentralasien dieses Land mehr als andere osteuropäische Länder zu einer wichtigen Zielscheibe amerikanischer, europäischer und russischer Interessensphäre auf dem eurasischen Kontinent gemacht hat. Genau die Wechselwirkung dieser beiden Faktoren hat im europäisch-russischen *Regional Security Complex* in den letzten Jahren zu Spannungen geführt, die in die Gaskrise 2009 und damit in das erste, wirklich relevante Versagen der Gasversorgungssicherheit Europas mündeten. Genau dieses Element verleiht der Darstellung Russlands als „existentielle Bedrohung“ Europas Plausibilität.

### 6.1 Geopolitik: die Ukraine als Drehpunkt zwischen der EU, den USA und Russland

#### 6.1.1 Die Strategie der USA

Vor allem seit 2004 und der Orangenrevolution sind die sicherheitspolitische und außenpolitische Orientierung Kiews und das Streben nach einem NATO-Beitritt die Ecksteine amerikanischer Politik in dieser Region gewesen. Schon Brzezinski sprach in *The Big Chessboard* über die Schlüsselrolle, die die Ukraine für die USA spiele:

*„[...] die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr [...] Verlöre die Ukraine ihre Unabhängigkeit so hätte das unmittelbare Folgen für Mitteleuropa und würde Polen zu einem geopolitischen Angelpunkt an der Ostgrenze eines vereinten Europas werden lassen.“<sup>185</sup>*

Und genau diese Achse mit Warschau, nun Mitglied der EU und der NATO, stellte und stellt weiterhin für Washington das Bindeglied mit Kiew dar. Seit den 20er und 30er Jahren hat die außenpolitische Konzeption Polens und seines Regierungschefs Pilsudski auf einer Idee basiert, die:

*„[...] an die föderale Tradition der Lubliner Union 1569 anknüpfte und die in dem zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer gelegenen Raum des so genannten Intermare (miedzymorze) den Aufbau einer Föderation [mit der Ukraine] vorsah.“<sup>186</sup>*

Diese Idee maß der Ukraine die entscheidende Bedeutung bei, durch eine föderale Allianz mit Polen eine deutsch-russische Allianz verhindern zu können. Die Aufnahme Polens in die EU und in die NATO machte aus Sicht Warschaus nun in einem breiteren europäischen Kontext, wie Jerzy Mackow scharfsinnig betont, die Ideen Pilsudskis wieder aktuell. Dabei sei eine Aufnahme der Ukraine in die EU und die NATO nur noch das fehlende Element:

*„Die Unterstützung der ukrainischen Wünsche nach Integration in den westlichen Strukturen (wird) als polnische Staatsräson empfunden. Keine politische Kraft in Polen sträubt sich deshalb gegen den Beitritt der Ukraine zur NATO und zur EU.“<sup>187</sup>*

Die Rolle und die Sichtweise Warschaus als Schutzhüter und Sprecher der Interessen der Ukraine in der NATO und in der EU stimmte mit den strategischen Bedürfnissen der US-neokonservativen Administration überein, weiterhin die Grenze des Nordatlantischen Bündnisses

185 Vgl. Brzezinski, Zbigniew: „Die einzige Weltmacht“, Fischer Taschen Buch Verlag, 1999, S. 74-75.

186 Vgl. Mackow, Jerzy: „Berlin und Kiew in der Warschauer Geopolitik“, in: „Die Ukraine-Partner der EU“, Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, N.61, Hans-Seidel Stiftung, 2008, S. 56.

187 Ebenda, S. 59.

und der europäischen Institution nach Osten zu schieben, in den von Russland empfundenen inneren Sicherheitsring (Weißrussland-Ukraine-Zentralasien) vorzudringen und die Pufferzone zwischen den westeuropäischen Staaten – besonders Deutschland – und Moskau zu festigen. Ein erster Schritt seitens Washingtons war hierbei die Unterstützung einer Welle von prowestlichen und demokratischen Revolutionen im gesamten südwestlichen Sicherheitsgürtel Moskaus (von der Ukraine bis Georgien), die diese Länder formell vorbereiten mussten, um einer Integration in die westlichen Strukturen näherzukommen. Die Orangenrevolution in der Ukraine und der Sieg des prowestlichen Präsidenten Juschtschenko bei den Wahlen von 2004 ging mit der neuen Ausrichtung der ukrainischen Außenpolitik einher, die eine rasche Aufnahme in die NATO ankündigte und eine steile Abkühlung der Beziehungen mit Moskau mit sich zog, wie Melnykowska und Schweickert schreiben:

*„Die Orangene Revolution war eine Zäsur für die Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO [...] Die Präsidentschaftswahlen 2004 waren ein Lakmus-Test, der zeigen sollte, ob die Ukraine zu den eingeforderten demokratischen Reformen bereit ist.“*<sup>188</sup>

Ab diesem Moment allerdings stoppte der rasche Aufnahmeprozess der seit 1997 die ost- und mitteleuropäischen Staaten in die Strukturen des Westens geführt hatte. Einerseits wuchsen die Opposition und der Unmut Russlands, andererseits wuchsen die Bedenken innerhalb des Bündnisses, vor allem Deutschlands und Frankreichs, über eine rasche Schließung eines MAP-Abkommens mit der Ukraine als erster Schritt zur Aufnahme in die NATO. Beim NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 stoppten vorerst diese zwei wichtigsten europäischen Mitglieder der Allianz die offiziellen Beitrittsverhandlungen mit Kiew und Tiflis.<sup>189</sup> Trotz alledem wiesen die weiteren Bemühungen der ehemaligen Bush-Administration für einen Beitritt in die NATO<sup>190</sup>, die Fortsetzung der Verhandlungen im Rahmen der NATO-Ukraine-Kommission<sup>191</sup> und das strategische amerikanisch-ukrainische Abkommen mit Kiew am Ende der republikanischen

188 Vgl. Melnykowska Inna/ Schweickert, Rainer: „Europäisierungsmotor – Die NATO und die Ukraine“, in: Osteuropa 9/2009, S. 53.

189 <http://www.NATO.int/docu/update/2008/04-april/e0403h.html>.

190 <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/04/01/AR2008040101600.html>.

191 Vgl. Joint Press Statement Meeting of the NATO-Ukraine Commission at the level of Ambassadors with H.E. Mr. Volodymyr Ohryzko, Minister of Foreign Affairs of Ukraine and H.E. Mr. Yuriy Yekharunov, Minister of Defence of Ukraine held in Kyiv on 16 June 2008, in: [http://www.NATO.int/cps/en/SID-989D8E77-4DDAD036/NATOlive/news\\_37122.htm](http://www.NATO.int/cps/en/SID-989D8E77-4DDAD036/NATOlive/news_37122.htm).

Administration im Dezember 2008<sup>192</sup> auf eine langfristige strategische Verpflichtung gegenüber der Ukraine hin. Auch wenn nach den ukrainischen Präsidentschaftswahlen im Januar 2010 eine neue Orientierung der Außenpolitik Kiews möglich wäre, die auf der Formel „EU plus Russland“ basiert, von den polnisch-amerikanischen Projekten Abstand nimmt und eine rasche NATO-Aufnahme aufgrund der ablehnenden Haltung seitens der Bevölkerung nicht mehr als Priorität ansieht<sup>193</sup>, würde dies eine zukünftige Aufnahme der Ukraine in die NATO noch lange nicht ausschließen. Die amerikanische Strategie unter Obama hat zwar die veränderte Lage zur Kenntnis genommen und neue versöhnliche Töne gegenüber Moskau angeschlagen, unterstützt allerdings weiterhin die Aufnahme in die NATO, wie Vizepräsidenten Joe Biden in Kiew im Juli 2009 erklärte<sup>194</sup> und wie der neue NATO-Generalsekretär Rasmussen anlässlich des Treffens der NATO-Ukraine-Kommission im Dezember 2009 wiederholte.<sup>195</sup> In diesem Kontext scheint die amerikanische Position im Falle der russisch-ukrainischen Gaskrise im Januar 2009 kohärent zu sein. In diesem Sinne äußerte sich auch Stephen Adley, damaliger Berater für die Nationale Sicherheit der USA, der die Ukraine in der Krise mit Moskau eindeutig unterstützte:

*„A Russia that continues to threaten its neighbours and manipulate their access to energy will compromise any aspirations for greater global influence.“*

192 Vgl. Ministry of Economy of Ukraine: „A new Century Agenda for THE UKRAINIAN-AMERICAN Strategic Partnership: Joint Statement by President George W. Bush and President Viktor Yushchenko“, in: [http://www.me.gov.ua/control/publish/article/main?art\\_id=46849&cat\\_id=48409](http://www.me.gov.ua/control/publish/article/main?art_id=46849&cat_id=48409), sowie US-Department of State, „US-Ukraine Charter on strategic partnership“, 19.12.2008, <http://www.mfa.gov.ua/usa/en/publication/content/23512.htm>.

193 „внешняя политика Украины при Тимошенко или при Януковиче на посту президента будет практически идентичной: без ссор с Россией и без масштабных планов наподобие скорого вступления в НАТО“, in: „Между Тимошенко и Януковичем разницы нет-Внешняя политика Украины при новом президенте сведется к формуле: ЕС плюс Россия“ („Die Außenpolitik der Ukraine wird mit einem Präsidenten Timoschenko oder mit einem Präsidenten Janukowytsch praktisch identisch sein: ohne Streit mit Russland und ohne großzügige Pläne für einen schnellen Eintritt in die NATO“, in: „Zwischen Timoschenko und Janukowytsch gibt es keine Unterschiede: der neue Präsident wird auf die Formel anlehnen: EU plus Russland“), Nesavisimaja Gazeta, 27.10.2009, in: [http://www.ng.ru/cis/2009-10-27/6\\_ukraina.html?mthree=1](http://www.ng.ru/cis/2009-10-27/6_ukraina.html?mthree=1).

194 „If you choose to be part of Euro-Atlantic integration, which I believe you have, then we strongly support that. We do not recognize — and I want to reiterate it — any sphere of influence. We do not recognize anyone else's right to dictate to you or any other country what alliances you seek to belong to or what bilateral relationships you have“, in: <http://www.nytimes.com/2009/07/22/world/europe/22biden.html>.

195 Vgl. „Opening remark by NATO Secretary General Anders Fogh Rasmussen at the meeting of the NATO-Ukraine Commission at Foreign Affairs Ministers level, Brussels, Dezember 2009, in: [http://www.NATO.int/cps/en/NATOLive/opinions\\_59748.htm](http://www.NATO.int/cps/en/NATOLive/opinions_59748.htm).

Er fügte dann das Hauptargument des amerikanischen *Securitization*-Diskurses hinzu:

*„The latest Russian move raises questions about Russia as a reliable supplier of gas to Europe, and should be a wake-up call to Europe about the need to diversify its sources of natural gas.“*<sup>196</sup>

### 6.1.2 Die Strategie der EU

Das Verhältnis zur Ukraine determiniert für die EU ebenfalls das Verhältnis zu Moskau. Dabei ist eine inkohärente und unselbstständige Strategie in den Beziehungen zu Russland zu beobachten. Die EU-Osterweiterung ist ein Mix aus institutioneller und wirtschaftlicher, formeller und informeller Angliederung an die Strukturen, Institutionen und Werte der EU, die auch stets den sicherheitspolitischen Erweiterungsversuchen der NATO-Strukturen gefolgt ist und letztendlich den Interessen Washingtons an einer regionalen Stabilisierung und geopolitischen Eingliederung des osteuropäischen Rimlandes in den europäischen Brückenkopf gedient hat. Im Falle der Ukraine ist einerseits eine erste Diversifizierung von Washington in der Betrachtung der außenpolitischen Prioritäten auf dem Gebiet des russischen „nahen Ausland“ zu beobachten. So hat die EU zwar Anfang 2005 mit Kiew einen Aktionsplan<sup>197</sup> unterzeichnet, der den Weg zu einer Mitgliedschaft vorbereiten sollte und dem ein so genanntes „Assoziierungsabkommen“ im Jahr 2008 folgte. Jedoch erhielt damit die ehemalige Sowjetrepublik lediglich einen herausgehobenen Status bei der EU-Nachbarschaftspolitik, um politische und wirtschaftliche Reformen durch massive Hilfe aus Europa zu fördern. Eine Mitgliedschaft in der EU soll es aber vorerst nicht geben. Andererseits beweist die Aufnahme der Ukraine in die von Polen und Schweden vorgeschlagene und vor kurzem eingeführte östliche Partnerschaft das gewöhnliche ordnungspolitische und geoökonomische Ziel einer Anbindung durch institutionelle und wirtschaftliche Verflechtung des osteuropäischen Raumes ohne Miteinbeziehung Russlands und das widersprüchliche Verständnis der Beziehung mit Moskau.<sup>198</sup> Die vorläufige Ablehnung einer sofortigen Aufnahme in die NATO und einer EU-Erweiterung

196 <http://online.wsj.com/article/SB123128052408558763.html>.

197 Vgl. EU-Kommission, Ukraine Action Plan, 2005, [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action\\_plans/ukraine\\_enp\\_ap\\_final\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf).

198 Vgl. EU-Rat: „Gemeinsame Erklärung des Prager Gipfeltreffen zur Östlichen Partnerschaft“, Mai 2009, [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/er/107638.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/de/er/107638.pdf).

ist eher das Ergebnis der taktischen Opposition einzelner EU-NATO-Mitglieder als kohärente strategische Position der Union. In dieser Hinsicht ist die Beurteilung der Europäischen Union über die Natur der Gaskrise wichtig. Im Gegensatz zur Gaskrise von 2006 und der amerikanischen Position hat die Europäische Kommission die Gaskrise von 2009 weiterhin als Folge einer rein kommerziellen Auseinandersetzung betrachtet: „*It is a commercial dispute and it has to be solved by the two parties*“, wie sich der Sprecher der Europäischen Kommission, Ferran Tarradellas, in den Tagen nach der Krise ausdrückte.<sup>199</sup> Die Betonung, es handle sich um eine kommerzielle und nicht um eine (geo-)politische Auseinandersetzung, stellte eine erste, wichtige Differenzierung von den amerikanischen *Securitization*-Argumenten dar. Die EU verweigerte allerdings eine klare Stellungnahme und behauptete weiterhin, das Problem müsse zwischen der Ukraine und Russland ausschließlich kommerziell gelöst werden. Die Überparteilichkeit der europäischen Position berücksichtigt somit nicht die gesamten geopolitischen Störfaktoren in den Beziehungen zwischen Russland, dem Westen und der Ukraine, die die Krise, wenn nicht verursacht, so doch verschärft haben und die weiterhin eine Hürde für eine dauerhafte kommerzielle, wirtschaftliche Lösung des Problems darstellen.

### 6.1.3 Die Strategie Russlands

Das Vorrücken der Sicherheitsstrukturen des Westens unter amerikanischer Führung bis an die Grenzen Russlands hat die Beziehungen zwischen Moskau und Kiew schwer belastet, wie Präsident Medwedew in einem ungewöhnlich scharfen Brief an den Präsidenten Juschtschenko im August 2008 mitteilte: Russland habe de facto die NATO-Mitgliedschaft der osteuropäischen Staaten akzeptiert und ihren EU-Beitritt als Form der Stabilisierung seiner Westgrenzen gewertet. Die Vorstellung eines erneuten Vorrückens der westlichen sicherheitspolitischen Strukturen in ein Territorium, das die Russen fast als Heimatland betrachten, bereitet allerdings viel größeren Unmut. Moskau behält seine Schwarzmeerflotte auf der Krim-Halbinsel, die seinen Status als regionale Macht im Raum zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer sichert und Russlands Rolle als zentralasiatische Macht militärisch bestätigt. Durch eine Aufnahme der Ukraine in die NATO würde diese praktisch aus der Krim-Halbinsel vertrieben.

199 [http://www.businessweek.com/globalbiz/content/jan2009/gb2009016\\_769430.htm](http://www.businessweek.com/globalbiz/content/jan2009/gb2009016_769430.htm).

Wegen Kiews Status als Stützpunkt russischer militärischer Vorherrschaft in dieser Region ist zweifelsohne der Faktor der NATO-Aufnahme, vielmehr als ein möglicher EU-Beitritt der Ukraine, laut Andreas Umland<sup>200</sup> das mit Abstand größte Sicherheitsproblem in diesem Raum. Susan Sweart schreibt: „*Explosives Potential in den Beziehungen bleibt jedoch bestehen insbesondere hinsichtlich der Halbinsel Krim.*“<sup>201</sup> Neben den sicherheitspolitischen Folgen würde vielmehr eine Aufnahme in die NATO durch einen *Spillover*-Effekt Auswirkungen auf die Natur des Gasverhältnisses zwischen Kiew und Moskau haben. Wenn die NATO eine Energiedimension in seinem neuen strategischen Konzept als festen Bestandteil ihrer neuen Aufgaben berücksichtigt – und zwar nach einem Modell, das sich an den amerikanisch-polnischen Vorschlag der Energie-NATO anlehnt – würde das Bündnis laut Jaap de Hoop Scheffer, dem ehemaligen Generalsekretär der NATO, der Pflicht „*in terms of protecting critical infrastructure*“<sup>202</sup> nachgehen, was ihn zum militärischen Schutz der Pipelineinfrastruktur der Ukraine, vor allem des internationalen Transitnetzes bevollmächtigen würde (nach Buzan und de Weaver, „extra-politische und extra-wirtschaftliche Mittel“). Gerade dieses Instrument könnte eine defensive Reaktion Moskaus verursachen, die in der Folge auch den Einsatz der „Energie als Waffe“ nicht ausschliesse. Percival behauptet:

*„By securitizing energy and involving ‚Securitization‘ actors such as NATO there is very real possibility that Russia’s use of its power will harden and result in an escalation in tensions which will see energy used in a form that might pose a real threat to Europe.“*<sup>203</sup>

Ob also die Gaskrise 2009 die Hauptargumente des *Securitization*-Diskurses bestätigt oder ob die beschriebenen geopolitischen Spannungen einen kommerziellen Disput lediglich zugespitzt und die russische Reaktion verschärft haben, lässt sich anhand einer näheren Untersuchung überprüfen.

200 In seinem Artikel in der FAZ schreibt der Ukraine-Experte: „Weder die breite Bevölkerung der Ukraine noch die politische Führung Russlands haben im Prinzip etwas gegen einen Beitritt der Ukraine zur EU – ganz im Gegensatz zu der skeptischen bis ablehnenden Haltung bezüglich einer künftigen NATO-Mitgliedschaft.“ Vgl. Umland, Andreas: „Europa und die ukrainische Misere“, in: FAZ Sonntagszeitung, 1.11.2009.

201 Vgl. Sweart, Susan: „Das schwierige Verhältnis zwischen der Ukraine und Russland“, SWP-Aktuell, November 2009, S. 4.

202 Vgl. de Hoop Scheffer, Jaap: „NATO’s Transformation of Today and the Future“, in: „NATO’s Nations and Partners for Peace“, Special-Supplement 2009, S. 5.

203 Vgl. Percival, Bas R.: „The Risk of Energy ‚Securitization‘ on the Eurasian Continent“, CIEP Briefing Paper, 2008, S. 9.

## 6.2 Der *Securitization-Test*: die Gaskrise von 2009 – *Geopolitics matters but doesn't fit*

Bei näherer Betrachtung zeigt eine detaillierte Analyse, dass das Problem hinsichtlich des Lieferstopps und des Scheiterns der Gasversorgungssicherheit Europas Anfang Januar 2009 ursprünglich mit der Anhebung der Gaspreise für den ukrainischen Innenverbrauch zu tun hatte. Der hohe Gasverbrauch der Ukraine (zwischen 60 und 70 Mrd. m<sup>3</sup> pro Jahr)<sup>204</sup> wird überwiegend durch russische Lieferungen gedeckt (47-57 Mrd. m<sup>3</sup>).<sup>205</sup> Da die Ukraine nach dem Ende der SU und während der 90er Jahre die eigene Lieferung oftmals nicht bezahlen konnte, wurde die Rechnung durch Barter-Geschäfte bezahlt – oder aber die Ukraine deckte ihren Bedarf durch direktes Anzapfen der Lieferungen nach Europa. Das Gasgeschäft zwischen Russland und der Ukraine war durch chaotische Verhältnisse gekennzeichnet, wie Stern zusammenfasst:

*„Cycle of problems between Russia and Ukraine persisted through the 1990s: large-scale deliveries to Ukraine of gas at prices which probably did not even cover costs of delivery; accumulation of Ukrainian debts to Russia, linked to domestic non-payment; theft of gas from the transit system; and Russian pressure on Ukraine to exchange equity in the transit network and storage facilities for gas debts.“<sup>206</sup>*

Diese Situation führte schon in den 90ern zu mehrmaliger Unterbrechung der Lieferungen an Kiew. Was allerdings die gesamte Lage noch mehr anspannte, war die Tatsache, dass man dem bargeldlosen Tauschhandel nach einer Periode wirtschaftlicher Verbesserung in beiden Ländern allmählich ein Ende setzte, um sich in Richtung eines kommerziellen und marktbasierten Geschäftes zu orientieren. Als in Folge des Anstiegs der Ölpreise auch die Gaspreise für Europa seit 2002 rasant anstiegen, stieg auch der Unterschied zwischen den Preisen in Europa und den subventionierten Preisen für die GUS-Staaten, vor allem für die Ukraine, was *Gazprom* Verluste einbrachte. Der Konzern kündigte an, die Gaspreise für die GUS-Staaten planmäßig auf das Niveau der europäischen *netback*-Preise anheben zu wollen. Ab diesem Moment wurde dieser Anhebungsprozess zweifellos massiv von politischer Seite beeinflusst. *Gazprom* bestimmte, welches der GUS-Länder diese Anhebung längerfristig und schrittweise einführen durfte (Weißruss-

204 Vgl. Stern, Jonathan: „Russian-Ukrainian Gas Dispute“, Oxford Energy Institute, 2009, Tabelle 1, S. 6.  
205 Ebenda, S. 5.

206 Ebenda.

land, Armenien) und welches nicht (Ukraine). Entscheidende Ursache für die ungleiche Behandlung waren allerdings nicht die unterschiedlichen außenpolitischen Einstellungen dieser Länder gegenüber Moskau, sondern vielmehr die unterschiedliche Haltung dieser Länder gegenüber der Aussicht, ihr Transitsystem an *Gazprom* zu verkaufen bzw. zu öffnen (wie es der Fall der „Mini-Krise“ mit Weißrussland im Jahr 2007 beweist). Gegenüber Minsk, einem außenpolitischen Verbündeten, folgte Moskau in der Tat einem reinen (geo-)ökonomischen Interessenkalkül und erhöhte die Gaspreise schon Ende 2006 auf mehr als das Doppelte und schaffte anschließend den Einstieg in die Verwaltung des Transitsystems.<sup>207</sup> Eine ähnliche Herangehensweise führte dazu, dass in den Beziehungen mit der Ukraine schon im Jahr 2006 ein erster Lieferstopp mit minimalen Folgen für die europäischen Kunden stattfand. Das nachfolgende Abkommen garantierte, wie Stern betont, zwar das formelle Ende des bargeldlosen Tauschhandels und die Einführung von Barzahlungen von Transitgebühren und Gaslieferungen. Da das Abkommen nur auf ein Jahr befristet war, löste es langfristig weder das Problem des russisch-ukrainischen Gashandels hinsichtlich der rechtlich separaten Regelung der Lieferungen nach Europa, noch das Problem der Kontrolle des Transitsystems. Die Anhebung der Gaspreise fand schrittweise statt: Der Preis stieg von 50 Dollar pro 1.000 m<sup>3</sup> auf 90 für das Jahr 2007 und auf 179 für das Jahr 2008.<sup>208</sup> Es wurde dann am dubiösen Modell der Zwischenhändler festgehalten: *GazpromExport* verkaufte Gas an das russisch-ukrainische Joint Venture *ROSUKROENERGO* (RUE). RUE und *Neftogaz Ukraini* durch das Joint Venture *UKR-Energo* belieferten dann den Binnenmarkt. Dieses Modell hielt zwei Jahre lang. Als allerdings die Ölpreise im Jahr 2008 noch drastischer stiegen, wurde die Ver lustschere von *Gazprom* mit einem Preisunterschied von ca. 147 Dollar pro 1.000 m<sup>3</sup> zwischen europäischen und ukrainischen *netback*-Preisen immer breiter. Die Ukraine zahlte bis 2008 einen Preis von 175-178 US-Dollar pro 1.000 m<sup>3</sup>, der weit unter dem europäischen Niveau von 315 US-Dollar pro 1.000 m<sup>3</sup> im gleichen Jahr lag<sup>209</sup> und erlangte aus Transitgebühren 1,70 US-Dollar pro 100 km für 1.000 m<sup>3</sup> Gas. Im Oktober 2008 wurde ein neues Memorandum zwischen den zwei Regierungen vereinbart, demnach höhere Transitgebühren und ein langjähriger Vertrag bald neu ausgehandelt werden sollten. Inzwischen meldete *Neftogaz Ukraini* seine Zahlungsunfähigkeit der Gasrechnung für das

207 Vgl. Garbe, Folkert: „Energische Integration? Russlands Energiekonflikt mit Belarus“, in: „Blick in die Röhre“, Osteuropa Sonderheft Energie-Dossier 2009, S. 83-93.

208 Vgl. Stern, Jonathan: „Russian-Ukrainian Gas Dispute“, Oxford Energy Institute, 2009, S. 8.

209 Vgl. Lindner, Rainer: „Scharfer Richtungsstreit zwischen Kiew und Moskau“, SWP-Aktuell, April 2008, S. 1.

Jahr 2008: Die Schulden gegenüber *Gazprom* lagen bei ungefähr 2,195 Mrd. US-Dollar Mitte Dezember und kein Abkommen für das Jahr 2009 war in Sicht. Es ist daher klar, dass unter diesen Bedingungen die Einstellung der Lieferungen Anfang Januar 2009 vielmehr von diesen Vorfällen ausgelöst wurde als von einem außenpolitischen Willen des Kremls.

*„Surely, even reasonably prudent commercial practice should have dictated that supplies to Ukraine should have been cut off much earlier, while the existing contract had at least some weeks to run.“*<sup>210</sup>

Nach den Vereinbarungen am 19. Januar 2009 wurde ein zehnjähriges Abkommen verhandelt, demnach die Ukraine ab 2010 Transitgebühren verlangen wird, die nicht unter 2,04 US-Dollar pro 100 km für 1.000 m<sup>3</sup> Gas liegen dürfen, während Russland ab dem gleichen Jahr den ukrainischen Innenverbrauchern einen Preis auf einer Basis von 450 US-Dollar pro 1.000 m<sup>3</sup> mit Anpassung an die Marktpreise von Diesel und Heizöl berechnen wird.<sup>211</sup>

	\$/mcm European border (est)	Transit (est.)	Netback (est.)	Actual import prices	Differential
2004	143.05	27.00	116.05	50	66.05
2005	189.31	31.58	157.73	50–80	77.73–107.73
2006	246.51	36.53	209.98	95	114.98
2007	254.48	38.35	216.13	130	86.13
2008	368.32	41.13	327.19	179.50	147.69

Abb. 8: Gazproms Verluste: europäische und ukrainische Absatzpreise im Vergleich 2004-2008

Dieses Abkommen stellt die erste wichtige Grundlage für ein stabileres, langfristiges Geschäftsverhältnis zwischen *Gazprom* und der Ukraine dar. Marktnahe Preisanhebungen, eine klare Formel zur Berechnung des Gaspreises und monetäre Transitgebühren sind Prinzipien, die weit entfernt sind von den undurchsichtigen und chaotischen Handelsverhältnissen der 90er Jahre. Abgesehen von der fraglichen Zahlungsfähigkeit von *Neftogaz Ukraini* und der finanziellen Not des ukrainischen Staates besteht das Hauptproblem allerdings weiterhin darin, dass das IGTS nicht vom Hochdrucksystem für die Versorgung des Innenverbrauches getrennt ist. Das

210 Vgl. Stern, Jonathn: „Russian-Ukrainian Gas Dispute“, Oxford Energy Institute, 2009, S. 17.

211 Vgl. Perovic, Jeronim: „Farce ums Gas“, in: Osteuropa-Sonderheft, „Blick in die Röhre“, Energie-Dossier 2009, S. 23.

Problem hierbei ist, dass Gasrechnungen für den ukrainischen Innenverbrauch, die nicht fristgerecht bezahlt werden, nicht getrennt von den Lieferungen nach Europa behandelt werden können, da zum Beispiel die ukrainischen Industrieverbraucher direkt an das Transitsystem angebunden sind. Wie dies schon in den 90er Jahren und in der ersten Krise 2006 mehrmals eintrat, können die Ukrainer dann im Falle einer Einstellung ihrer Lieferungen das Gas für Europa weiterhin für den eigenen Verbrauch nutzen (bzw. abzapfen). Das technische Hindernis, die Liefermenge so zu reduzieren, dass nur noch genügend Gas für die Lieferungen nach Europa durchfließt, ist ohne Zweifel der Hauptgrund für die Lieferunterbrechungen nach Europa in den Jahren 2006 und 2009. Dies scheint also viel mehr eine Nebenwirkung des energiewirtschaftlichen russisch-ukrainischen Gasstreits als ein außenpolitischer Schachzug Moskaus zu sein. Obgleich mit dem erreichten Kompromiss auf wirtschaftlicher Ebene der Streit beigelegt wurde, werden dagegen die Unberechenbarkeit und eine weitere Zuspitzung der Lage vom oben beschriebenen geopolitischen Hintergrund beeinflusst. Die Härte der Antwort seitens Russlands und die Drohung *Gazproms* einer sofortigen Preisanhebung auf 430-450 Dollar pro 1.000 m<sup>3</sup> ab dem 1. Januar (auf keiner wirtschaftlich nachvollziehbaren Verhandlungsbasis) deuten klar auf eines hin: Auch wenn *Gazprom* ein deutliches Interesse an einer schnellen Lösung des Problems und an einer sofortigen Wiederaufnahme der Lieferung nach Europa hatte, waren die Dauer, der Ausmaß des Lieferstopps sowie die starre Verhandlungsposition wirtschaftlich nicht nachvollziehbar, sondern allein politisch bedingt. Das wiederum bestätigt das Bild eines gegenseitigen *Spillover*-Effektes der Risiken im Wirtschaftssektor auf einen angespannten sicherheitspolitischen Sektor in einem *Regional Security Complex*:

*„By contrast, the critical Russian decision to cut back deliveries on 5th January was an unnecessarily risky and commercially irrational action at that stage of the dispute. That decision may have reflected Prime Minister Putin’s anger and frustration, and been aimed at punishing Ukraine for its repeated threats to disrupt transit. These emotions may have been personalized to President Yushchenko, given the historical animosity of Russia towards the Orange Revolution and towards Yushchenko’s subsequent policy orientation away from Russia. Another motive may have been to bring Europe into the intractable dispute over the Ukrainian transit network, with a view to changing future transit arrangements.“<sup>212</sup>*

212 Vgl. Stern, Jonathan: „Russian-Ukrainian Gas Dispute“, Oxford Energy Institute, 2009, S.17.

Dieser Interpretation zufolge bestünde Putins Frust darin, dass die Ukraine durch ihr Transitmonopol und angesichts ihrer prowestlichen Orientierung ein Verhandlungsinstrument in der Hand hatte und hat, um die russische Position zu schwächen bzw. die Rentabilität des Gasgeschäftes mit Europa zu gefährden. Die Position und die Handlung der russischen Regierung entsprachen einer klassischen politischen und außenpolitischen staatlichen Rückendeckung für die Einzelkapitalien, um ein reines ökonomisch-kommerzielles Problem zu lösen. Die Wahrnehmung einer bedrohlichen geopolitischen Lage an der Landesgrenze hat diese Position lediglich negativ beeinflusst: Die politisch und nicht wirtschaftlich bedingte Überreaktion im Verlauf der Krise, die zum Schaden der eigenen Interessen und Reputation führte, war allerdings nicht von einem, mit dem *Securitization*-Diskurs konsistenten, aggressiven außenpolitischen Willen geleitet, sondern ist vielmehr als defensive Reaktion auf die gesamte geopolitische Entwicklung der letzten Jahre zu interpretieren.

### 6.3 Geoökonomie: Trassendiversifizierung und Kontrolle des IGTS als Ausweg aus den Versorgungsrisiken?

Trotz der Vereinbarung vom 19. Januar und der Unterschrift eines zehnjährigen Liefervertrages bleibt als schwerwiegendes Problem neben der Zahlungsunfähigkeit der Ukraine die Kontrolle des Transitnetzes: ein eminentes energiewirtschaftliches und geoökonomisches Problem. Die russische Regierung hat im November 2009 mit der ukrainischen Regierung angesichts der schwierigen finanziellen Lage der Ukraine und des Rückganges der Binnennachfrage eine Aufhebung der *take or pay*-Klausel des Vertrages vereinbart<sup>213</sup>, was zwar eine mögliche Wiederholung der Gaskrise und Gaslieferungsunterbrechung für Europa für das Jahr 2010 verhindert, für Russland allerdings einen Verlust von ca. 5-6 Mrd. Dollar bedeutet.<sup>214</sup> Obwohl diese Lösung einerseits die Kompromissbereitschaft des Kremls zeigt, ist andererseits klar, dass dies nur eine vorläufige und für *Gazprom* sehr unprofitable Lösung ist, die das Hauptproblem des Transitnetzes nach Europa nicht löst. Nach den Vereinbarungen in den Jahren 2008/2009 gelang es der Ukraine

213 <http://de.rian.ru/postsowjetischen/20091120/124055525.html>.

214 Diese Zahl wurde bei dem von der FES und von der DGAP gemeinsam organisierten Internationalen Expertengespräch „Perspektiven einer Dreiecksgeschichte. Die Energiebeziehungen zwischen EU, Russland und Türkei“ im Dezember 2009 von einem russischen Fachexperten genannt.

in der Tat, dem bis dahin u. a. von *Gazprom* kontrollierten Zwischenhändler *ROSUKROENERGO* den Gashandel zu entziehen und ihn dem staatlichen, von der Regierung und von Yulia Timoschenko kontrollierten, *Naftogaz Ukraini* zu übertragen. Dies war aus geökonomischer Sicht entscheidend, da *Naftogaz Ukraini* das Transportsystem nach Europa kontrolliert und verwaltet und eine Beteiligung ausländischer Unternehmen an dessen Verwaltung entschieden ablehnt – ganz zu schweigen von einer Privatisierung des Systems, das als Angelegenheit der nationalen Sicherheit betrachtet wird.<sup>215</sup> Solange die Verwaltung des Pipelinenetzes nicht internationalisiert wird und die Regierung sein Monopol über das Netz als strategisch unverzichtbares Recht betrachtet, ist eine geökonomische Durchdringung, anders als in Russland, in der Slowakei oder Polen, durch eine Marktöffnung sowohl für *Gazprom* als auch für die westeuropäischen Konzerne nicht möglich. Dabei ist vorerst eine Beschreibung der Rolle der Ukraine als Transitland unausweichlich. Im gesamten Gastransitsystem, das die russischen Gasfelder mit Europa verbindet, gibt es kaum eine Strecke, die nicht durch das Territorium der Ukraine verläuft. Mit einer Input-Speismenge von 280 Mrd. m<sup>3</sup> und einer Output-Speismenge von 175 Mrd. m<sup>3</sup> ist es eines der bedeutendsten Gaspipelinesysteme der Welt.<sup>216</sup> Mit einer Liefermenge von 112,1 Mrd. m<sup>3</sup> im Jahr 2007 bildet es das Rückgrat der russischen Lieferungen nach Europa. Seit dem Jahr 2000 ist zwar die totale Liefermenge nach Europa und in die GUS-Staaten zusammen konstant gesunken, allein nach Europa allerdings leicht gestiegen. Das System besteht aus folgenden drei Strängen:

- 1) dem zentralen Strang, der aus zwei Pipelines besteht: die erste pumpt Gas vom Urengoy-Gasfeld von Osten nach Westen durch das ganze Territorium der Ukraine bis zur slowakischen, ungarischen und rumänischen Grenze; die zweite Pipeline „Progress“ liefert das Gas vom Gasfeld Yamburg;
- 2) dem zweiten Strang (Bratsvo), der von Briansk nach Kiew und dann westwärts verläuft;
- 3) dem dritten Strang (Soiuz), der von Orenburg an der russisch-kasachischen Grenze durch die Ukraine westwärts bis nach Uzhgorod führt.

215 Siehe Interview mit dem Botschafter der Ukraine in Moskau in Ukrinform, 12.01.2009, zitiert in: Stern, Jonathan: „Russian-Ukrainian Gas Dispute“, Oxford Energy Institute, 2009, S. 30.

216 Vgl. Pirani, Simon: „Russian and CIS Gas Markets and their Impact on Europe“, Oxford Energy Institute, 2009, S. 109.

Dazu kommen die zwölf unterirdischen Speicheranlagen, die insgesamt 32,5 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas lagern.<sup>217</sup> Das System ist also das Kernstück der Lieferungen nach Europa. Anders als in den anderen ostmitteleuropäischen Transitländern sind allerdings weder die westeuropäischen Energiekonzerne noch *Gazprom* direkt am Transitsystem und Binnenmarkt beteiligt. Wo den Einzelkapitalien eine makroregionale Markteteiligung (in diesem Falle: an einem makroregionalen Gasproduktionssystem) fehlt, die auf einer „dichten Verknüpfung nationaler Produktionsstandorte“ basiert, wie ten Brink behauptet, kann man von einem fehlenden geökonomischen Bindeglied zwischen Russland und Europa reden, das eine reibungslose Gasdurchleitung nach Europa tatsächlich erschweren kann. Ein erneutes Scheitern der Versorgungssicherheit Europas trotz der Vereinbarung vom 19. Januar ohne die geopolitischen Spannungen zwischen den Hauptakteuren gelöst zu haben, würde sich besser denn je für die Argumente des amerikanischen *Securitization*-Diskurses und für seine Instrumente eignen (Energie-NATO). Die geökonomische Zusammenarbeit zwischen russischen und westeuropäischen Konzernen bleibt allerdings das einzige Instrument, das jenseits des längst überholten Energiecharta-Vertrages die Gasversorgung Europas trotz der geopolitischen Divergenzen bis jetzt gewährleistet. Diese Tatsache wird durch die unternommenen Versuche der letzten Jahre, das Problem des Versorgungsengpasses der Ukraine zu lösen, bestätigt: hierbei ist die Trassendiversifizierung durch Nord-Stream und South-Stream ebenso zu nennen wie die Diskussion über die Schaffung eines Konsortiums für die Verwaltung des ukrainischen Transitsystems.

### 6.3.1 Trassendiversifizierung: Nord-Stream und South-Stream

Bei beiden Pipelines handelt sich um russisch-europäische Projekte, die hauptsächlich darauf abzielen, die Abhängigkeit Europas vom Versorgungsengpass der Ukraine zu mindern. Das besondere an diesen zwei Pipelines ist, dass beide direkt den westeuropäischen Absatzmarkt mit Russland verbinden sollen, durch die ausschließliche und direkte Beteiligung von *Gazprom* und den westeuropäischen Konzernen gebaut werden und somit als Beispiel geökonomischer Kooperation

217 Vgl. IEA: „Ukraine Energy Review 2006“, S. 212.

gelten. Bei der Nord-Stream-Gaspipeline handelt es sich um eine AG zwischen *Gazprom* (51 % der Anteile), *E.ON Rubrgas* (20 %), *BASF-Wintershall* (20 %) und dem niederländischen Konzern *Gasunie* (9 %).<sup>218</sup> Im Gespräch ist zudem eine Beteiligung von *Gaz de France*. Die Nord-Stream ist eine ambitionierte und technisch komplizierte, über 2.000 km lang *Onshore-Offshore*-Erdgaspipeline. Der *Onshore*-Strang verläuft auf russischem Territorium: Das Projekt sieht vor, dass der Strang das Erdgas aus dem Erdgasfeld von Shtokman über die Murmansk-Region bis zur Hafenstadt Vyborg in der Oblast von Leningrad liefert.<sup>219</sup> Eine Abweichung aus der Jamal-Pipeline wird bis zu der Erschließung von Shtokman zusätzlich Erdgas aus den Erdgasfeldern von Timor-Pachora, Jushno Russkoje und aus der Jamal-Halbinsel bis zum Petersburg und hin zum Vyborg liefern und somit die Speisung der Pipeline sichern. Mit einem Gesamtvolumen von 55 Mrd. m<sup>3</sup> Erdgas pro Jahr (nach voller Inbetriebnahme) wird die Pipeline 25 % des Erdgasbedarfes in Europa decken und somit eine entscheidende Rolle in der Diversifizierung der Trassenverläufe Richtung Westeuropa sowie der verminderten Rolle der Ukraine als Transitland spielen. Wenn die Ukraine ein Volumen von circa 110-112 Mrd. m<sup>3</sup> nach Mittel- und Westeuropa verfrachtet, wird mit der kompletten Inbetriebnahme der Pipeline die europäische Abhängigkeit von Transitländern schätzungsweise um 25 % bis 40 % sinken.<sup>220</sup> Für die Ukraine bedeutet die Pipeline damit eine zusätzliche Minderung ihrer Monopolstellung als Transitland. Eine Vergleichsanalyse aus dem Jahr 2001 mit den Auswirkungen des Baus des ersten und bis jetzt einzigen Stranges der Jamal Pipeline, die durch Polen verläuft, ergab, dass mit der Inbetriebnahme des ersten Stranges (ca. 30 Mrd. m<sup>3</sup>):

*„[...] the utilization of the Ukrainian transitnet falls to 45 bcm... Should (the Jamal) expand its capacities to 56 bcm the loss of transit volumes for Ukraine is significantly large still-down to 29 bcm.“*<sup>221</sup>

Ein gleiches Volumen von 55 Mrd. m<sup>3</sup> der Nord-Stream-Pipeline würde also ähnliche Folgen haben. Das zweite Projekt South-Stream befindet sich noch in seiner Anfangsphase und ist ein russisch-italienisches Vorhaben: Die beteiligten Akteure sind *ENI* und *Gazprom*

218 <http://www.nord-stream.com/en/our-company.html>.

219 [www.nordstream.info/route](http://www.nordstream.info/route).

220 Vgl. Northstream-FACTS-Issue, N. 03/2008, S. 1.

221 Vgl. Chollet, Andreas/ Meinhart, Berit/ von Hirschhausen, Christian/ Optiz, Petra: „Options for Transporting Russian Gas to Western Europe“, TU Berlin University of Technology, Paper 2001/10, October 2001, S. 16.

(mit jeweils 50% der Anteile an der *Southstream AG*). Das im Jahr 2007 durch ein *memorandum of understanding* entwickelte Projekt sieht den Bau einer *Offshore*-Pipeline von der russischen Küste des Schwarzen Meeres bei Beregovaja durch das Schwarze Meer bis Varna in Bulgarien und dann weiter durch die Balkanländer bis nach Österreich vor.<sup>222</sup> Nach eigenen Angaben sollte die Pipeline ursprünglich bis zu 31 Mrd. m<sup>3</sup> Gas nach Europa verfrachten. Am 5. Februar 2009 wurde ein zusätzliches Abkommen zwischen *Gazprom* und der bulgarischen Energieholding unterzeichnet, in dem die ursprünglich geplanten 31 Mrd. m<sup>3</sup> Durchleitungskapazität pro Jahr um weitere 16 Mrd. m<sup>3</sup> auf 47 Mrd. m<sup>3</sup> Gas erhöht wurden. Beide Pipelines würden nach ihrem Bau de facto die gesamte Gasmenge durch die Ukraine nach Europa liefern, wodurch das Problem des ukrainischen Netzes geökonomisch fast komplett gelöst wäre. Während allerdings Nord-Stream gute Aussichten auf einen baldigen Bau hat, der mittlerweile auch von den letzten, widerwilligen Staaten genehmigt wurde, durch deren Territorialgewässer die Pipeline verlaufen wird,<sup>223</sup> scheint der Bau von South-Stream problematischer. Die Gründe hierfür sind einerseits die bekannte Konkurrenz mit dem Projekt *Nabucco*, andererseits die unklare und widersprüchliche Position vieler Transitländer (Bulgarien, Serbien sowie ferner die Türkei), die zwar das russische Projekt gebilligt haben, ihre Entscheidung aber immer wieder ändern.<sup>224</sup> Es ist somit klar, dass die Ukraine mittelfristig weiterhin von entscheidender Bedeutung und das Problem der Kontrolle des ukrainischen Transitnetzes weiterhin zentral für die Gasversorgung Europas sein wird, solange auch nur eine der beiden Pipelines noch nicht gebaut ist. Aufgrund der mehrmals beschriebenen *Spillover*-Effekte und der aufeinander einwirkenden politischen und ökonomischen Spannungen in den bilateralen russisch-ukrainischen und russisch-europäischen Beziehungen bleibt dieses Problem das geeignetste Thema, um die Argumente des *Securitization*-Diskurses im amerikanischen Sinne zu bestätigen. Die einzig wahre Lösung bleibt daher mittelfristig ein Abkommen für die Übernahme der Kontrolle des ukrainischen internationalen Transportnetzes.

222 ENI and GAZPROM sign the Agreement for the SOUTHSTREAM Project, Juni 2007, in: [http://www.eni.it/en\\_IT/attachments/media/press-release/2007/06/Press\\_Release\\_South\\_Stream.pdf](http://www.eni.it/en_IT/attachments/media/press-release/2007/06/Press_Release_South_Stream.pdf).

223 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/gasimporte-schweden-gibt-gruenes-licht-fuer-die-ostsee-pipeline;2479345>.

224 Siehe zum Beispiel die Entscheidung der bulgarischen Regierung, die Kooperation mit Gazprom einzustellen und sich an weiteren Planungen dieser Pipeline sowie weiteren russischen Energieprojekten derzeit nicht interessieren zu wollen: <http://www.eurasianet.org/departments/insightb/articles/eav071309b.shtml>.

### 6.3.2 Das IGTS-Konsortium

Nach der Gaskrise von 2009 sind Maßnahmen seitens der EU und Russlands ergriffen worden, die größtenteils darauf abzielten, der nächsten Krise zum Beispiel durch die Entsendung von EU-Beobachtern oder durch die erst kürzlich vorgenommene Einrichtung eines „*early warning mechanism*“<sup>225</sup> vorzubeugen. Gnedina und Emerson schreiben hierzu: „*these mechanism and agreements can be regarded as ad hoc temporary measures that are not going to address the major problem.*“<sup>226</sup> Das Problem ist bekanntlich, wie die Ukraine dazu zu bewegen ist, anstelle einer Privatisierung des Systems zumindest eine Verwaltungsübernahme durch internationale (vor allem russische und europäische) *stakeholder* zu akzeptieren. Diese Frage ist hauptsächlich ökonomisch begründet, zieht aber auch direkte geopolitische Folgen nach sich. Ökonomisch gesehen existiert bereits ein erstes Abkommen zwischen Deutschland, Russland und der Ukraine aus dem Jahr 2002: damals einigten sich der damalige russische Präsident Putin, der damalige Bundeskanzler Schröder und der damalige pro-russische Präsident Koutschma über die Schaffung eines internationalen Konsortiums, an dem sich *Gazprom*, *Ruhrigas* (heute *E.ON-Ruhrigas*) und *Neftogaz Ukraini* hätten beteiligen sollen. Dieses Abkommen hatte allerdings keinerlei Folgen, da sich die Parteien nicht über die Zusammensetzung des Konsortiums einigen konnten, so dass im Jahr 2004 „*the parties returned to the status quo*“.<sup>227</sup> Die Positionen und Interessen der drei handelnden Akteure (die Ukraine, Russland und Europa) bestätigen, unter Berücksichtigung der amerikanischen Interessen und des *Securitization*-Diskurses, die Annahmen dieser Arbeit: Die Ukraine hat bis jetzt logischerweise auf der Beibehaltung der Kontrolle des Transitnetzes beharrt und hat diese Position sogar im Jahr 2007 per Gesetz festgelegt. Präsident Juschtschenko ging nicht einmal während der Krise auf solche Vorschläge ein. Dies entspricht den Interessen der Vereinigten Staaten, die geoökonomische Bedeutung des Landes nicht zu minimieren und gleichzeitig die (geo-)politische Spannung zwischen Moskau und Kiew – durch das Thema der NATO-Aufnahme – weiterhin aufrechtzuerhalten, um den *Securitization*-Diskurs um die „existentielle Bedrohung“ für die Ukraine und ferner für Europa plausibel zu machen und sie damit dazu zu bringen, extra-wirtschaftliche Maßnahmen zur Si-

225 <http://de.reuters.com/article/worldNews/idDEBEE5AF0C020091116>.

226 Vgl. Gnedina, Elena/ Emerson, Michael: „The case for a Gas Transit Consortium in Ukraine – a Cost-Benefit Analysis“, CEPS Policy Brief, Januar 2009, S. 2, in: [http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item\\_id=1782](http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1782).

227 Ebenda, S. 6.

cherung der Gasversorgung („*a move above the politics*“) – Ausdehnung und Umsetzung der Energie-NATO – zu akzeptieren. Ein Beweis dafür ist in dem schon erwähnten strategischen Abkommen zwischen den USA und der Ukraine zu finden: In diesem ist von einer Intensivierung der Energiekooperation zum Zweck der Reformen des Sektors ausschließlich im Sinne einer Diversifizierung der Energielieferungen und der Minderung ihrer Abhängigkeit von Russland die Rede, ohne jeglichen Bezug auf die Reformen des Transitnetzes.<sup>228</sup> Die Position Russlands entspricht im Gegensatz dazu gleichzeitig dem ökonomischen Interesse an einer reibungslosen Durchleitung der Gaslieferungen durch die Ukraine und dem politischen Interesse, die Verhandlungsposition der Ukraine als Transitmonopolist zu schwächen. Das geschieht nicht nur langfristig durch die Diversifizierungsstrategie, sondern auch durch ein immer wieder betontes Interesse an einer Beteiligung am Betrieb des Transportnetzes, wie es Präsident Medwedew und Premierminister Putin mehrmals – vor, während und nach der Gaskrise 2009 – betonten. Besonders bei seinem Besuch in Berlin im Juni 2008 erklärte Medwedew:

*„[...] to be ready to consider a possibility to establish an international consortium, which would operate transit pipelines together with the companies from Russia, the EU and transit states.“<sup>229</sup>*

Diese Position wurde auch während der Gaskrise, wenn auch nur als vorläufige Lösung, vorgeschlagen. Dabei verfolgt Russland nicht mehr das Ziel einer einseitigen Übernahme des Transportnetzes der Ukraine, sondern das gewöhnliche Muster *„of participating in gas distribution networks in Europe with different shareholdings and PPP-arrangements“<sup>230</sup>*. Bei solchen Lösungen sind kommerzielle Dispute ökonomisch gelöst worden und haben, trotz geopolitischer Divergenzen zwischen Russland und den jeweiligen osteuropäischen Staaten, keinen politischen Streit nach sich gezogen und somit kein Scheitern der europäischen Gasversorgungssicherheit verursacht. In der Europäischen Union schwankt man stattdessen zwischen der Bereitschaft

228 Vgl. Ministry of Economy of Ukraine: „A new Century Agenda for THE UKRAINIAN-AMERICAN Strategic Partnership: Joint Statement by President George W. Bush and President Viktor Yushchenko“, [http://www.me.gov.ua/control/publish/article/main?art\\_id=46849&cat\\_id=48409](http://www.me.gov.ua/control/publish/article/main?art_id=46849&cat_id=48409) sowie US-Department of State: „US-Ukraine Charter on strategic partnership“, 19.12.2008, in: <http://www.mfa.gov.ua/usa/en/publication/content/23512.htm>.

229 Vgl. die Rede Medwedews in Berlin, 5. Juni 2008, in: [www.kremlin.ru/appears/2008/06/05/1923\\_type63374type63376type63377\\_202133.shtml](http://www.kremlin.ru/appears/2008/06/05/1923_type63374type63376type63377_202133.shtml).

230 Gnedina, Elena/ Emerson, Michael: „The case for a Gas Transit Consortium in Ukraine – a Cost-Benefit Analysis“, CEPS Policy Brief, Januar 2009, S.7. [http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item\\_id=1782](http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1782).

der Energiekonzerne, dem gleichen Muster wie *Gazprom* zu folgen und sich an einem gemeinsamen Betrieb des Netzes mit *Gazprom* und der Ukraine zu beteiligen (wie es schon im Jahr 2007 von *E.ON Rubrgas* vorgeschlagen und von *ENI-CEO* Paolo Scaroni während der Gaskrise wiederholt wurde)<sup>231</sup> und einer gewissen Passivität der Europäischen Institutionen, die – wie schon im Falle des russisch-deutsch-ukrainischen Abkommens im Jahr 2002 – keine Interesse an einer solchen zeigen. Die EU hat sich auch bei diesem Thema für eine bilaterale Anbindung der Ukraine entschieden, ohne Moskau einzubeziehen. Das ist etwa der Fall bei der Ankündigung einer unilateralen Finanzierung der Wartungs- und Modernisierungsarbeiten des ukrainischen Transitnetzes im März 2009<sup>232</sup> in Übereinstimmung mit den Zielen des im Jahr 2005 mit der Ukraine unterschriebenen *Memorandum für die Zusammenarbeit im Energiebereich*. Dabei bleibt die EU trotz der Tatsache, dass die Ukraine den Energiecharta-Vertrag ratifiziert hat und also als Transitland zu der Öffnung des Transitnetzes für Dritte verpflichtet ist, zögerlich, wenn es um eine Reform der Monopolstellung der Ukraine im Transitsystem nach Europa geht. Die EU hebt lediglich hervor, dass zur Sicherung der Lieferungen, „*studying the possible reform options for oil and gas transit, taking into account the strategic interests of Ukraine*“ als einzige Strategie dient,<sup>233</sup> wobei als strategisches Interesse der Ukraine die Erhaltung ihrer Monopolstellung als Transitland zu verstehen ist, was wiederum den Interessen Moskaus, *Gazproms* und der westeuropäischen Konzerne entgegensteht. In diesem Ansatz spiegelt sich die schon beschriebene fehlende Kohärenz in der Bewertung der Beziehung mit Moskau sowie in der Gestaltung der „Energieaußenpolitik“ der EU wider, die eine gewisse Neigung zeigt, den amerikanischen *Securitization*-Diskurs zu übernehmen. Eine autonome Wahrnehmung der möglichen Rolle, die die EU als „*external guarantee against a complete takeover of Gazprom*“<sup>234</sup> spielen könnte, wäre beispielweise durch eine Anpassung der dafür notwendigen politischen Instrumente denkbar, die die bilateralisierten Beziehungen mit Russland und der Ukraine in ein multilaterales, eurasisches energiepolitisches Abkommen einbeziehen könnten. Parallel dazu schlagen

231 Zitiert in: Pirani, Simon: „Russian and CIS Gas Market and their Impact on Europe“, Oxford Institute for Energy Studies, 2009, S. 116.

232 [ec.europa.eu/external.../events/...ukraine.../joint\\_declaration\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/external.../events/...ukraine.../joint_declaration_en.pdf).

233 Vgl. EU-Kommission: „MEMORANDUM OF UNDERSTANDING on co-operation in the field of energy between the European Union and Ukraine“, 2005, S.8. [http://ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/international/bilateral/ukraine/doc/mou\\_en\\_final\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/international/bilateral/ukraine/doc/mou_en_final_en.pdf).

234 Vgl. Gnedina, Elena/ Emerson, Michael: „The case for a Gas Transit Consortium in Ukraine – a Cost-Benefit Analysis“, CEPS Policy Brief, Januar 2009, S.6, in: [http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item\\_id=1782](http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1782).

Gnedina und Emerson vor, dass die EU-Kommission „*might begin the process with a feasibility study and propose the first draft of the consortium agreement*“<sup>235</sup> und sie die Funktion einer politischen Rückendeckung für die Verhandlungen unter den wirtschaftlichen Akteuren spielen solle. So wie es Pirani treffend analysiert, sind in der Tat langfristig drei Lösungen des Problems der Kontrolle des IGTS möglich: durch eine direkte Privatisierung des IGTS, durch die Verwaltung des IGTS durch ein Konsortium, an dem *Gazprom* mit mindestens 50 % beteiligt ist, oder aber durch die Verwaltung des IGTS durch ein Konsortium, an dem *Gazprom* mit weniger als 50 % beteiligt ist und in dem die westeuropäischen Konzerne und *Neftegaz Ukraini* die Mehrheitsanteile besitzen.<sup>236</sup> Während die erste und die zweite Lösung aufgrund der berechtigten Opposition des ukrainischen Staates bezüglich einer mehrheitlichen Übernahme *Gazproms* oder einer Privatisierung unwahrscheinlich erscheinen, stellt die dritte Möglichkeit ein Modell dar, das schon in der Slowakei im Jahr 2007 angewendet wurde und auch in anderen osteuropäischen Transitländern üblich war und die Stabilität der Gasversorgung garantiert(e). Ob eine solche spezifische Lösung ernsthaft diskutiert werden kann, hängt im Falle der Ukraine allerdings nicht nur von einer wirtschaftlichen, sondern auch von einer geopolitischen Frage ab: der Frage nämlich, ob die EU eigene, von der amerikanischen Strategie unabhängige Akzente in den Beziehungen mit Moskau und Kiew setzen, eine Überwindung der geopolitischen Divergenzen hervorbringen und die ordnungspolitische Rückendeckung für die eigenen Einzelkapitalien (die Energiekonzerne) garantieren kann, denn:

*„The 2006-2009 Ukraine-Russia gas disputes highlight how commercial disputes can spin out of control [...] they turn an economic policy issue into a subject of fierce political competition and a battle for power.“*<sup>237</sup>

235 Ebenda.

236 Vgl. Pirani, Simon: „Russian and CIS Gas Markets and their Impact on Europe“, Oxford Institute for Energy Studies, 2009, S.116.

237 Vgl. Gnedina, Elena/ Emerson, Michael: „The case for a Gas Transit Consortium in Ukraine – a Cost-Benefit Analysis“, CEPS Policy Brief, Januar 2009, S.4.

## 7 Schlussfolgerungen

Aus der gesamten Betrachtung ergibt sich, dass die, vor allem von amerikanischen geostrategischen Interessen geleitete und mit der *Securitization*-Theorie von Buzan und de Weaver kohärente, Annahme, Russlands Gasexporte und die Gasabhängigkeit von Russland würden eine existenzielle Bedrohung für Europa darstellen, weil eine russische außenpolitisch motivierte Unterbrechung der Gaslieferungen zu einem Versagen der Gasversorgungssicherheit Europas führen könnte, sich im allgemeinen nicht bestätigen lässt. Die europäisch-russische Gasbeziehung ist tatsächlich in einer *Regional Security Complex* eingebettet, in dem energiewirtschaftliche und sicherheitspolitische Fragen aufeinander einwirken können. Die Gasabhängigkeit der EU von russischen Lieferungen ist nicht nur vom wachsenden Gasbedarf Europas und von der Rolle Russlands als wichtigster Einzellieferant bedingt, sondern vielmehr von der territorialen Kontinuität zwischen den zwei Akteuren sowie von der Leitungsgebundenheit der Gaslieferungen. Wenn sich das Risiko ihrer Unterbrechung als (außen-)politisch motiviert beweisen ließe, könnten das damit verursachte Scheitern der Versorgungssicherheit und die erheblichen Verluste für den europäischen, staatsnationalen Reichtum und Wohlstand zu einer sicherheitspolitischen Frage werden. Diese ließe sich dann mit den entsprechenden sicherheitspolitischen, nicht wirtschaftlichen Instrumenten bewältigen. Wie jedoch die gesamte Analyse zeigte: Wenn Gasexporte die russische Selbstwahrnehmung als Supermacht verstärken, die kommerzielle Strategie *Gazproms* eine Übereinstimmung mit der außenpolitischen Strategie des Kremls aufweist und dieser wiederum *Gazprom* eine außenpolitische Rückendeckung gibt, ist eine politisch motivierte Unterbrechung der Gaslieferung nach Europa eben aufgrund der langfristigen außenpolitischen und aktuellen geoökonomischen Bedeutung, die Moskau der EU beimisst, nicht strategisch geplant und geoökonomisch kontraproduktiv. In geopolitischer Hinsicht geht es Moskau vor allem darum, inwieweit die europäische Energie- und außenpolitische Strategie der geoökonomischen Expansion nach Osteuropa mit einer erneuten Erweiterung sicherheitspolitischer Strukturen nach amerikanischen geostrategischen Vorstellungen einhergeht (NATO-Osterweiterung) und durch die geoökonomische Kooperation mit Europa das langfristige Ziel einer politischen Allianz mit der EU möglich ist, die zugleich eine größere sicherheitspolitische Unabhängigkeit der EU von den USA mit sich bringen würde. Geoökonomisch wird die Stabilität dieser Beziehung

direkt durch die unverzichtbare Rolle gesichert, welche die Erdgasexporte nach Europa langfristig für die Haushalts- und Handelsbilanz Russlands und für die Renditeakkumulation von *Gazprom* spielen. Dabei kann also die Rede von einer Interdependenz sein, die auf einer Zusammenarbeit zwischen *Gazprom* und den größten westeuropäischen Konzernen basiert. Beide haben in der Beteiligung an einem transregionalen Gasproduktionssystem im gesamten osteuropäischen Markt ein gemeinsames Interesse gefunden. Dabei ist die Kooperation mit *Gazprom* einerseits von den langfristigen Lieferverträgen, andererseits vom Interesse an einer reibungslosen Durchleitung des russischen Gases durch die Transitländer dank der Beteiligung an den Fernleitungstransportsystemen der wichtigsten Transitländer gesichert. Der russische Staat stellt lediglich eine starke politische und außenpolitische Rückendeckung für die Einzelkapitalien dar. Seine Rolle als ordnungspolitischer Faktor steht im Einklang mit der Tradition der „Energiediplomatie“. Die westeuropäischen Konzerne ihrerseits sind von einer Logik der Renditeakkumulation geleitet und ihre Wahrnehmung ist von der langjährigen Erfahrung mit *Gazprom* geprägt, sodass sie den amerikanischen Diskurs nicht wahrnehmen und nach einer rein ökonomischen Logik handeln. Die EU und ihre supranationalen Institutionen (die Kommission) dagegen beugen sich aufgrund der mangelnden Kohärenz hinsichtlich ihrer außenpolitischen Strategie gegenüber Russland der amerikanischen Position, übernehmen in der Entwicklung einer ersten gemeinsamen „Energie-Außenpolitik“ die Argumente des amerikanischen Diskurses und entwickeln eine unklare Position gegenüber Russland, die sich zwischen partnerschaftlicher Beziehung, der Durchsetzung von Modellen einer von Russland abgelehnten Energie-Kooperation (Energie-Charta) und einem außenpolitischen Schreckensbild bewegt. Im Falle der Ukraine und anhand der letzten Gaskrise im Jahr 2009 konnte allerdings ein Unterschied zu anderen osteuropäischen Transitländern beobachtet werden, in denen die geoökonomische Interdependenz zwischen den europäischen und russischen Energiekonzernen fehlt (d. h. die fehlende direkte Beteiligung am Transitsystem) oder noch nicht vollendet ist (Diversifizierung durch South-Stream und Nord-Stream) und wo gleichzeitig die gesamte geopolitische Lage angespannt ist. So wirken sich in der Ukraine rein kommerzielle Konflikte im (energie-)wirtschaftlichen Sektor (Streitigkeiten um Gaspreisanhebungen, nicht-marktwirtschaftliche Verwaltungsmechanismen und ineffiziente Wartungssysteme des Transitsystems, finanzielle Schwierigkeiten) auf ungelöste regionale Sicherheitsfragen (NATO-Beitritt der Ukraine, fehlende

neue Sicherheitsarchitektur in Europa) aus, die wiederum auch erstere beeinflussen. Im ukrainischen Fall ist also ein Scheitern der Gasversorgungssicherheit wahrscheinlicher als in allen anderen osteuropäischen Transitländern und eine *Securitization* und der Anlass zum Einsatz extra-wirtschaftlicher und extra-politischer Maßnahmen und Instrumente wie die Energie-NATO („*move above the politics*“) einfacher durchsetzbar. Dafür ist die Schaffung der geoökonomischen Interdependenz – solange die zwei Diversifizierungstrassen nicht gebaut werden und das *International Gas Transit System* der Ukraine (IGTS) weiterhin entscheidend bleibt – grundsätzlich durch die Schaffung eines IGTS-Konsortiums realisierbar, an der außer der Ukraine auch europäische Unternehmen und *Gazprom* beteiligt sind. Die Umsetzung einer solchen Lösung wird allerdings von der Wechselwirkung mit geopolitischen Machtinteressen so massiv beeinflusst, dass nur eine Entspannung der gesamten Sicherheitslage durch eine Neujustierung der Energie- und Sicherheitsarchitektur des Kontinents sie möglich und effektiv machen wird. Dies würde ein erneutes Scheitern der Gasversorgungssicherheit langfristig verhindern und keinen Anlass für eine *Securitization* geben. In diesem Zusammenhang ist wert zu betonen, dass selbst die politische Elite der Ukraine spätestens nach der Präsidentschaftswahl im Januar mit einem außenpolitischen Dilemma konfrontiert werden wird. Das enge sicherheitspolitische Verhältnis mit den USA und die Strategie des „*containing Russia*“, als die sie Yulia Timoshenko im Jahr 2007 in einem bekannten Artikel in *Foreign Affairs* bezeichnete,<sup>238</sup> hat das Land in die Isolation geführt. Die Beziehung mit Russland ist schwer belastet, das Verhältnis zur EU zeigt keinen Fortschritt in Richtung einer vollen Mitgliedschaft des Landes. Die NATO-Aufnahme ist nicht ausgeschlossen und bleibt eine Option, wird aber weiterhin verschoben. Der Ausweg aus der Sackgasse ist für die politische und intellektuelle Elite der Ukraine eine Frage brisanter Relevanz: Es geht um die Glaubwürdigkeit als unabhängige nationale Elite, die das Land außenpolitisch als Brücke zwischen Russland und der EU und den USA und nicht als passiven Gegenstand des Ringens zwischen ihnen profilieren soll. Der Weg dorthin ist schon während der Wahlkampagne klar von allen Kandidaten aufgezeigt worden: eine Normalisierung der Beziehungen mit Moskau und eine Intensivierung der Beziehung mit der EU. Da das Land allerdings wirtschaftlich und politisch schwach ist und sicherheitspolitisch und militärisch weiterhin nicht in der Lage ist, als geo-

238 Vgl. Timoshenko, Julia; „Containing Russia“, in: „Foreign Affairs“, Mai/Juni 2007.

politischer Akteur autonom zu handeln, wird eine Abwendung der engen sicherheitspolitischen Beziehung mit Washington allerdings nicht möglich sein und mit ihr die langfristige Perspektive einer NATO-Aufnahme nicht ausgeschlossen werden. Daher wird der größte Streitpunkt mit Russland auch weiterhin latent ein Belastungsfaktor bleiben. Die Neujustierung der geopolitischen Prioritäten der Ukraine wird wahrscheinlich auch eine dauerhafte Lösung des Problems der russischen Gaslieferungen nach Europa, des rechtlichen Status des IGTS (wichtigste strategische *asset* der Ukraine) und seiner Kontrolle beeinflussen. Nicht zufällig hat Olexander Chalyi, Sonderbotschafter der Ukraine, in einer Konferenz in der DGAP kurz vor den Wahlen überraschend eine Lösung der Kontrolle des Transitsystems der Ukraine vorgeschlagen, die auf eine erste neue Positionierung der ukrainischen Elite hindeutet. Er schlug die Schaffung eines Konsortiums aus vier Akteuren vor, an dem jeweils eine Firma aus der Ukraine, Russland und der EU beteiligt sein sollten sowie ein vierter Investor, der außerhalb Europas gesucht werden sollte.<sup>239</sup> Dieser Lösung – so Chalyi – setze allerdings eine trilaterale Kooperation zwischen der EU, Russland und der Ukraine voraus, im Rahmen eines neu geschaffenen paneuropäischen Transitsystems. Das ist ein klarer *call for action* für ein Handeln der EU, um die gesamten geökonomischen und geopolitischen Fragen auf dem Kontinent lösen zu können. Energiepolitisch sollte man also den Vorschlag Medwedews ernsthaft diskutieren und einen transeurasischen Marktraum der Energie auf Basis eines neu verhandelten internationalen Abkommens jenseits des Energiecharta-Vertrages schaffen, in dem auch das Problem des Transitzetzes der Ukraine seine Lösung finden würde. Sicherheitspolitisch sollte man zum Beispiel der NATO-Erweiterung auf die Ukraine einen klaren Horizont in Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Beziehungen mit Moskau geben, indem der russische Vorschlag einer neuen euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur eine positive, proaktive Antwort bekommt. Vor allem seitens der EU ist eine neue Wahrnehmung ihrer Rolle als außenpolitischer Akteur notwendig, indem sie sich ihres geökonomischen Potenzials in ihrer Beziehung zu Moskau bewusst wird. Im Falle eines „*less multilateral oriented geopolitical setting*“<sup>240</sup>, wo sich Markt und Machtkonflikte zwischen den Polen auf makroregionaler Ebene abspielen, sind für die EU die Rolle als unver-

239 Vgl. „Europäische Energiesicherheit zwischen russischem Gas und ukrainischen Pipelines“, Konferenz in der DGAP, 13.01.2009, in: [http://www.dgap.org/fi/strategische\\_regionen/russland/veranstaltungen/archive/view/1df005e1609e642005e11df99c96ffb4b548ba38ba3.html](http://www.dgap.org/fi/strategische_regionen/russland/veranstaltungen/archive/view/1df005e1609e642005e11df99c96ffb4b548ba38ba3.html).

240 Vgl. Correlje, A./van der Linde, Koby: „Energy Supply Security and Geopolitics: A European Perspective“, Energy Policy 34 (2006), S. 542.

zichtbarer Absatzmarkt für russische Exporte und die langjährigen Lieferverträge, die durch die privatunternehmerische Interessenverflechtung gesichert sind, gute regionale geökonomische Instrumente in ihrer politischen Beziehung zu Russland. Dieses Potenzial allerdings erfordert eine Revision der ganzen (Geo-)Politik gegenüber Moskau, die auf einer kohärenten, von amerikanischen geopolitischen Zielen und dem *Securitization*-Diskurs unabhängigen EU-energieaußenpolitischen Strategie basieren müsste. In Bezug auf die neuen osteuropäischen Mitglieder und Nachbarn sollte sie sich stärker von der politisch-militärischen Strategie der NATO und der USA abgrenzen. In der Beziehung mit Russland sollte die EU eine Position entwickeln, die folgende Tatsache berücksichtigt: Auch wenn sich Moskau nicht wie die anderen osteuropäischen Staaten als Juniorpartner in eine transeuroatlantische Architektur integrieren lässt (wie es Brzezinski in den 90er Jahre prognostizierte), ist Russland dennoch grundsätzlich bereit, die direkten geökonomischen Energiebeziehungen weiterzuentwickeln und sogar eine paneuropäische Energiearchitektur und einen transeurasischen Energiewirtschaftsraum zu schaffen, wie es von russischer Seite bereits mühenartig vorgeschlagen wurde. Lothar Rühl behauptet in diesem Zusammenhang:

*„[...] tatsächlich steht die EU gegenüber Russland vor einem Scheideweg: die europäische Politik der integrativen Expansion oder expansiven Integration, wie immer man will, stößt im Osten Polens wie im Kaukasus und in der Ukraine an Grenzen, die nicht nur in der Geografie vorgezeichnet sind, sondern vor allem im politischen Verhältnis zu Russland: kooperativ oder konfrontativ?“<sup>241</sup>*

Anhand der Frage dieser Arbeit sowie der gesamten Analyse kann man schließen, dass nur ein (geo-)politisch kooperatives Verhältnis mit Russland unter anderem dazu beitragen wird, dass die existierende europäisch-russische geoenergetische Interdependenz ein effektives geökonomisches Instrument für eine dauerhafte Lösung des Problems des IGTS der Ukraine sein wird, die ein erneutes Scheitern der Gasversorgung Europas und somit eine gefährliche *Securitization* der Gasbeziehung zwischen der Ukraine, Russland und der EU verhindern kann.

241 Vgl. Rühl, Lothar: „Russland als strategischer Partner oder als strategische Herausforderung?“, in: „Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung“, Hans-Seidel-Stiftung, 2007, S. 117.



# Literaturverzeichnis

## I. Einführende Literatur

Brill, Heinz: „Geopolitik heute. Deutschlands Chance?“, Ullstein Verlag, 1994.

Brzezinski, Zbigniew: „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“, Fischer Verlag, 1999.

Brzezinski, Zbigniew: „Second Chance“, Basic Books, 2008.

Buzan, Barry/Waever, Ole/de Wilde, Jaap: „Security – a New Framework for Analysis“, Boulder, 1997.

Buzan, Barry/Waever, Ole: „Regions and Powers: The Structure of International Security“, Cambridge University Press, 2003.

Casny, Peter: „Europas Kampf um Energie. Der Ausbau der Beziehungen zur Russischen Föderation und Überlegungen zu einer zukünftigen Energie sicherheit“, Wissenschaftlicher Verlag Berlin, 2007.

Haushofer, Karl: „Macht und Erde“, Bd. 2 („Jenseits der Großmächte“), Leipzig und Berlin Verlag, 1932.

Hoffmann, Lutz: „Ukraine on the Road to Europe“, Physica Verlag, 2001.

IEA: „Ukraine Energy Review“, 2006.

Karaganow, Sergeij: „Россия Европа: противостояние или Союз?“, Астрел, 2009.

Kissinger, Henry: „Die sechs Säulen der Weltordnung“, Siedler Verlag, 1992.

Kissinger, Henry: „Die Herausforderung Amerikas. Weltpolitik im 21. Jahrhundert“, Propyläen Verlag, 2002.

Krastev, Ivan/Leonard, Mark/Wilson, Andrew: „What does Russia think?“, European Council on Foreign Relations, 2009.

Lacoste, Yves: „Geographie und politisches Handeln. Perspektiven einer neuen Geopolitik“, Klaus Wagenbach Verlag, 1990.

Leonard, Mark/Popescu, Nicu: „A Power Audit of EU-Russia Relations“, European Council on Foreign Relations, 2007.

Luttwack, Edward: „Turbocapitalism“, Harper Collins, 1999.

Mackinder Halford: „Democratic Ideals and Reality“, Henry Holt and Company, 1942.

Meier, Ernst-Christoph / Roßmanith, Richard / Schäfer, Heinz-Uwe: „Wörterbuch zur Sicherheitspolitik“, Mittler & Sohn, 2003.

Pirani, Simon: „Russian and CIS Gas Markets and their impact on Europe“, Oxford Energy Institute, 2009.

Primakow, Evghenij: „Mezhdunarodnyye otnosheniya na kanunye XXI veka“, in: „Mezhdunarodnaya zhizn“, 1996.

Shiznin, Stanislav: „Энергитическая дипломатия России“, Ист Брук, 2005.

ten Brink, Tobias: „Geopolitik – Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz“, Westfälisches Dampfboot, 2008.

Weber, Max: „Wirtschaft und Gesellschaft“, Voltmedia Verlag, 2006.

## II. Artikel, Papers, Zeitschriftenauszüge

Abdolvand, Behrooz / Adolf, Matthias / Sadegh-Zadeh, Kaweh: „Gas-Gigant Russland: Garant der europäischen Energiesicherheit?“, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, 51 (April 2006) 4, S. 469-482.

Adomeit, Hannes / Lindner, Rainer: „Die Gemeinsamen Räume Russlands und der EU. Wunschbild oder Wirklichkeit“, SWP-Studie, November 2005.

Ahrend, R. / Tompson, W.: „Unnatural monopoly: The Endless Wait for Gas Sector Reform in Russia.“, Europe-Asia Studies 57, 2005.

Balzer, Harry: „Vladimir Putin´s Academic Writings and Russian Natural Resource Policy“, Problem of Post-Communism, Januar/Februar 2006.

Baran, Zeyno: „EU Energy Security: Time to End Russian Leverage“, in: „The Washington Quarterly“, 30 (Autumn 2007) 4, S. 131-144.

Barysch, Katinka: „Russia, realism and EU unity“, Centre for European Reform, 2007.

Baumann, Florian: „Energy Security as multidimensional concept“, CAP Policy Analysis, März 2008.

Baumann, Wolfgang: „Geopolitik – ein zeitgemäßer Beitrag zum gesamtstaatlichen Führungsverfahren?“, in: „Vielfalt in Uniform“, Bd. 1, Landesverteidigungsakademie des Bundesheers Österreichs, 2004.

- Bergmann, Burckhard: „Verlässlicher Versorger: Energiepartnerschaft: die EU ist nicht einseitig von Russland abhängig“, in: „Internationale Politik“, 62 (März 2007) 3, S. 65-69.
- Bollinger-Kanne, Josephine: „Erdgasmengen und ihre Verknappung: Gazprom ein zuverlässiger strategischer Lieferant für Europa?“, Ifo-Schnelldienst, 59 (September 2006) 18, S. 19-25.
- Brower, Derek: „Wishful, naive thinking“, in: „Petroleum Economist“, 74 (January 2007) 1, S. 11-14.
- Bugajski, Janusz: „Energy policies and strategies: Russia's threat to Europe's energy security“, Black Sea Regional Energy Conference, Bukarest, 3.-5. April 2006.
- Chalker, James: „Energiecharta-Vertrag: Normen, Regeln, Implementierung“, in: „Osteuropaheft“ 9/10 2004.
- Cheng, Jian: „Relations between Russia and Europe from the perspective of energy strategy“, Hamburg: IFSH, 2008.
- Chollet, Andreas/Meinhart, Berit/von Hirschhausen, Christian/Optiz, Petra: „Options for Transporting Russian Gas to Western Europe“, TU Berlin University of Technology, 2001.
- Chow, Edward/Elkind, Jonathan: „Where East meets West: European Gas and Ukrainian Reality“, in: „The Washington Quarterly“, 32 (January 2009) 1, S. 77-92.
- Cohen, Ariel: „Europe's Strategic Dependence on Russian Energy“, Heritage Foundation, 2007.
- Cohen, Ariel: „Prepared Statement of Ariel Cohen, Ph.D., Senior Research Fellow, Russian and International Energy Security“, The Heritage Foundation, in: „Prospects for Engagement with Russia – Hearing before the Committee on Foreign Relations United States Senate, One Hundred Eleventh Congress, First Session“, März 2009.
- Cohen, Michael D.: „Russia and the European Union: an Outlook for Collaboration and Competition in European Natural Gas Markets“, Demokratizatsiya, 15 (Fall 2007) 4, S. 379-390.
- Correlje, A./van der Linde, Koby: „Energy Supply Security and Geopolitics: A European Perspective“, in: „Energy Policy“ 34, 2006.
- de Hoop-Scheffer, Jaap: „Nato's Transformation of Today and the Future“, in: „Nato's Nations and Partners for Peace“, Special-Supplement, 2009.
- Egging, Rudolph/Gabriel, Steven A.: „Examining Power in the European natural gas market“, in: „Energy Policy“, 34/2006.

- Engerer, Hella: „Russlands Energieexporte“, in: „Blick in die Röhre“, Osteuropa-Sonderheft Energie-Dossier, 2009, S. 39-55.
- Eyl-Mazzega, Marc-Antoine: „The EU-Ukraine Summit of 9th September 2008: Are we moving towards an historical, strategic turning point?“, Foundation Robert Schuman, 2008.
- Garbe, Folkert: „Energische Integration? Russlands Energiekonflikt mit Belarus“, in: „Blick in die Röhre“, Osteuropa Sonderheft Energiedossier, 2009, S. 83-93.
- Geden, Oliver / Goldhau, Andreas / Noetzel, Timo: „Energie-NATO und Energie-SZE – Instrumente der Versorgungssicherheit?“, SWP-Diskussionspapier, Mai 2007.
- Goldwyn, David L.: „The United States, Europe and Russia: Toward a Global Energy Security Policy“, East West Institute, 2002.
- Götz, Roland: „After the Gas Conflict“, SWP Working Papers, März 2006.
- Götz, Roland: „Pipeline-Popanz“, in: „Blick in die Röhre“, Osteuropa-Sonderheft Energie-Dossier, 2009, S. 5-21.
- Götz Roland, „Pipelinepolitik – Wege für russische Erdöl und Gas“, in: OsteuropaHeft, 9-10/2004.
- Großmann, Horst: „Geopolitik in der Russischen Föderation“, DSS-Arbeitspapiere, H. 77, Oktober 2005, bearbeitete Fassung, Februar 2006.
- Hanke, Thomas: „Kühnheit im geopolitischen Spiel um Energie“, in: „Handelsblatt“, 03.11.2009.
- Lindner, Rainer: „Scharfer Richtungsstreit zwischen Kiew und Moskau“, SWP-Aktuell, April 2008.
- Mackinder, Halfred J.: „The geographical Pivot of History“, The Geographical Journal No.4, April 1904.
- Mackow, Jerzy: „Berlin und Kiew in der Warschauer Geopolitik“, in: „Die Ukraine – Partner der EU“, Argument und Materialien zum Zeitgeschehen, N. 61, Hans-Seidl-Stiftung, 2008.
- Melnykovska, Inna / Schweickert, Rainer: „Europäisierungsmotor: Die NATO und die Ukraine“, in: „Osteuropa“, 9/2009, S. 49-64.
- Miller, Alexej: „Energie für den Planeten“, in: „Internationale Politik“ (russische Ausgabe), Juli-August 2007.
- Moses, Arkadj: „Priorität gesucht. Die EU, Russland und ihre Nachbarn“, in: „Osteuropa“, 2-3/2007.

- Nöel, Pierre: „Beyond Dependence: how to deal with russian Gas“, Brief-Policy-European Council on Foreign Relations, 2008.
- Percival, Bas R.: „The Risk of Energy Securitization on the Eurasian Continent“, Clingendael International Energy Programme, Juli 2008.
- Perovic, Jeronim: „Farce ums Gas“, in: „Blick in die Röhre“, Osteuropa Sonderheft, Energiedossier, 2009, S. 21-38.
- Rühl, Lothar: „Russland als strategischer Partner oder als strategische Herausforderung?“, in: „Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung“, Hans-Seidl Stiftung, 2007.
- Sagen, E.L./Tsygankova, M.: „Russian Natural Gas Exports to Europe: Effects of Russian Gas Market Reforms and the rising Market Power of Gazprom“, DWI, Document Paper 597, 2006.
- Smith, Keith: „Russian Energy Dependency and the Conflicting Interests of Old and New Europe“, The Centre for Strategic and International Studies, 2009.
- Stern, Jonathan: „The Russian-Ukrainian Gas Dispute of January 2009 – a comprehensive Assessment“, Oxford Energy Institute, 2009.
- Swuart, Susan: „Das schwierige Verhältnis zwischen der Ukraine und Russland“, SWP-Aktuell, 2009.
- Timoshenko, Julia: „Containing Russia“, in: „Foreign Affairs“, Mai/Juni 2007
- Tsygankov, Andrei P.: „Hardline Eurasianism and Russia´s Contending Geopolitical Perspectives“, in: „East European Quarterly“ XXXII n.3, 1998.
- Volker, Kurt: „Testimony before the Senate Committee on Foreign Relations“, 22. Oktober 2009.
- Wallander, Celeste A.: „Challenge and Opportunity: a U.S. Strategy on Ukraine“, CSIS, 2005.
- Westphal, Kirsten: „Liberalisiert, monopolisiert, fixiert – Antinomien des Energiemarktes in Europa“, in: „Osteuropa“, 2-3/2007.
- Woehrel, Steven: „Russian Energy Policy Toward Neighboring Countries“, Congressional Research Service, September 2009.
- Yergin, Daniel: „Ensuring Energy Security“, Foreign Affairs, March/April 2006.

### III. Internetquellen

Bank of Russia: „Balance of Payments of the Russian Federation 2008 and 2009“, in: [http://www.cbr.ru/eng/statistics/print.aspx?file=credit\\_statistics/bal\\_of\\_payments\\_est\\_e.htm](http://www.cbr.ru/eng/statistics/print.aspx?file=credit_statistics/bal_of_payments_est_e.htm).

Berlin-Plus Abkommen zwischen NATO und EU (17.März 2003), in: [http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04\\_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vMOY\\_QjzKlt4wPNHlHSYGYRqbmpEwsaCUVH1fj\\_zcV-H1v\\_QD9gtylckdHRUUAzX2PKw!!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfOV9RMkc!/?yw\\_contentURL=%2FC1256F1200608B1B%2FW26RSC32434INFODE%2Fcontent.jsp](http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vMOY_QjzKlt4wPNHlHSYGYRqbmpEwsaCUVH1fj_zcV-H1v_QD9gtylckdHRUUAzX2PKw!!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfOV9RMkc!/?yw_contentURL=%2FC1256F1200608B1B%2FW26RSC32434INFODE%2Fcontent.jsp).

BP: „Statistical Review of World Energy 2008“, in: [http://www.bp.com/liveassets/bp\\_internet/annual\\_review/annual\\_review\\_2008/STAGING/local\\_assets/downloads\\_pdfs/BP\\_annual\\_review\\_2008.pdf](http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/annual_review/annual_review_2008/STAGING/local_assets/downloads_pdfs/BP_annual_review_2008.pdf).

BP: „Statistical Review of World Energy 2009“, in: [http://www.bp.com/liveassets/bp\\_internet/globalbp/globalbp\\_uk\\_english/reports\\_and\\_publications/statistical\\_energy\\_review\\_2008/STAGING/local\\_assets/2009\\_downloads/statistical\\_review\\_of\\_world\\_energy\\_full\\_report\\_2009.pdf](http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2008/STAGING/local_assets/2009_downloads/statistical_review_of_world_energy_full_report_2009.pdf).

Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine, Juli 1997. In: <http://www.forost.ungarisches-institut.de/pdf/19970709-2.pdf>.

Clinton, Bill, „Rede in Warschau“, Juli 1997. In: <http://articles.latimes.com/1997/jul/11/news/mn-11735>.

Deutscher Bundestag-Wissenschaftliche Dienste: „Die EU-Russlandpolitik“, Nr. 58/06 November 2006. In: [http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2007/g8\\_gipfel/eu-russland.pdf](http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2007/g8_gipfel/eu-russland.pdf).

Directorate General for Energy and Transport der EU: „European energy and transport – Trends to 2030“. In: [http://ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/figures/trends\\_2030/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/figures/trends_2030/index_en.htm).

E.ON Ruhrgas: „Beteiligungen im Jahr 2007“. In: <http://www.eon-ruhrgas-international.com/cps/rde/xchg/SID-3F57EEE6-7DE5EB76/er-international/hs.xsl/2601.htm>.

East European Gas Analysis: „Gazprom: How to pay more/less taxes“, 2008. In: <http://www.eegas.com/events02.htm>.

EIA: „Short Term Energy Outlook January 2009“. In: <http://www.eia.doe.gov/emeu/steo/pub/3dtab.pdf>.

EIA: „Short Term Energy Outlook October 2009“. In: <http://www.eia.doe.gov/emeu/steo/pub/oct09.pdf>.

ENI: „ENI and GAZPROM sign the Agreement for the SOUTH STREAM Project“, Juni 2007. In: [http://www.eni.it/en\\_IT/attachments/media/pressrelease/2007/06/Press\\_Release\\_South\\_Stream.pdf](http://www.eni.it/en_IT/attachments/media/pressrelease/2007/06/Press_Release_South_Stream.pdf).

- EU-Kommission: „EU-Russian Energy Dialogue, Ninth Progress Report“, 2008. In: [ec.europa.eu/energy/russia/joint\\_progress/doc/progress9\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/energy/russia/joint_progress/doc/progress9_en.pdf).
- EU- Kommission: „Grünbuch - Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit“, Brüssel, 2000, KOM(2000)769. In: [http://ec.europa.eu/energy/green-paperenergysupply/doc/green\\_paper\\_energy\\_supply\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/energy/green-paperenergysupply/doc/green_paper_energy_supply_de.pdf).
- EU-Kommission: „Eine Europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“, März 2006. In: [http://europa.eu/documents/comm/green\\_papers/pdf/com2006\\_105\\_de.pdf](http://europa.eu/documents/comm/green_papers/pdf/com2006_105_de.pdf).
- EU-Kommission: „MEMORANDUM OF UNDERSTANDING on co-operation in the field of energy between the European Union and Ukraine“, 2005. In: [http://ec.europa.eu/dgs/energy\\_transport/international/bilateral/ukraine/doc/mou\\_en\\_final\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/international/bilateral/ukraine/doc/mou_en_final_en.pdf)
- EU-Kommission/ Directorate General for Energy and Transport: „Second Strategic Energy Review-European Current Energy Situation“, November 2008. In: [http://ec.europa.eu/energy/strategies/2008/doc/2008\\_11\\_ser2/strategic\\_energy\\_review\\_wd\\_future\\_position2.pdf](http://ec.europa.eu/energy/strategies/2008/doc/2008_11_ser2/strategic_energy_review_wd_future_position2.pdf).
- EU-Kommission/ Generalsekretär/Hoher Vertreter für den Europäischen Rat: „Eine Außenpolitik zur Förderung der EU-Interessen im Energiebereich“, 2006. In: [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressdata/DE/reports/90089.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/DE/reports/90089.pdf).
- EU-Kommission: „An Energy Policy for Europe“, Dezember 2007. In: [http://ec.europa.eu/energy/energy\\_policy/doc/01\\_energy\\_policy\\_for\\_europe\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/doc/01_energy_policy_for_europe_en.pdf).
- EU-Kommission: „Ukraine Action Plan“, 2005. In: [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action\\_plans/ukraine\\_enp\\_ap\\_final\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf).
- Eurostat: „EU-27 Trade with China and Russia in 2007m Statistics in Focus“, 9/2009. In: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-SF-09-009/EN/KS-SF-09-009-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-09-009/EN/KS-SF-09-009-EN.PDF).
- Eurostat: „EU-FDI Yearbook 2008“.  
In: [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-BK-08-001/EN/KS-BK-08-001-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-BK-08-001/EN/KS-BK-08-001-EN.PDF).
- EU-Rat: „Gemeinsame Erklärung des Prager Gipfeltreffen zur Östlichen Partnerschaft“, Mai 2009. In: [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/er/107638.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressdata/de/er/107638.pdf).
- Eustream – Slovak Gas Transmission System  
[http://www.eustream.sk/en\\_transmission-system/en\\_transmission-system](http://www.eustream.sk/en_transmission-system/en_transmission-system).

Энергетическая стратегия России на период до 2020 года-Утверждена распоряжением Правительства Российской Федерации от 28 августа 2003 г. № 1234-р.

Энергетическая стратегия России на период до 2030 года-Утверждена распоряжением Правительства Российской Федерации от 13 ноября 2009 г. # 1715-р. In: <http://www.energystrategy.ru/projects/es-2030.htm>.

Gnedina, Elena/ Emerson, Michael: „The case for a Gas Transit Consortium in Ukraine – a Cost-Benefit Analysis“, CEPS Policy Brief, Januar 2009. In: [http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item\\_id=1782](http://shop.ceps.eu/BookDetail.php?item_id=1782).

Goskomstat: „Balance of Payment of the Russian Federation 1995-2008“, In: [http://www.gks.ru/bgd/regl/b09\\_12/IssWWW.exe/stg/d02/26-01.htm](http://www.gks.ru/bgd/regl/b09_12/IssWWW.exe/stg/d02/26-01.htm).

IEA: „International Energy Outlook 2007“. In: <http://www.iea.org/w/bookshop/add.aspx?id=319>.

IEA: „Oil Market Report“, 09.10.2009. In: <http://omrpublic.iea.org/currentissues/high.pdf>.

INOGATE – Programm

<http://www.inogate.org/inogate/en/about>.

Jahr 2003. In: [http://www.energystrategy.ru/projects/ES-28\\_08.pdf](http://www.energystrategy.ru/projects/ES-28_08.pdf).

Joint Press Statement Meeting of the NATO-Ukraine Commission at the level of Ambassadors with H.E. Mr. Volodymyr Ohryzko, Minister of Foreign Affairs of Ukraine and H.E. Mr. Yuriy Yekharunov, Minister of Defence of Ukraine held in Kyiv on 16 June 2008. In: [http://www.nato.int/cps/en/SID-989D8E77-4DDAD036/natolive/news\\_37122.htm](http://www.nato.int/cps/en/SID-989D8E77-4DDAD036/natolive/news_37122.htm).

Lugar, Richard: „Energy and NATO“, Senator Lugar’s keynote speech to the German Marshall Fund conference on Monday, November 27, 2006 in Riga, Latvia, in advance of the NATO Summit. In: <http://lugar.senate.gov/energy/press/speech/riga.cfm>.

Lugar, Richard: „EU and U.S. Must Move Now to Address Energy Vulnerability“, 30th, April, 2007, American Academy Berlin. In: <http://lugar.senate.gov/energy/press/speech/eu.cfm>.

MID: „Концепция Внешней Политики Российской Федерации“, Juli 2008. In: <http://www.mid.ru/nsosndoc.nsf/0e9272bfa34209743256c630042d1aa/d48737161a0bc944c32574870048d8f7?OpenDocument>.

MID: „Концепция Национальной Безопасности Российской Федерации“, Januar 2000. In: <http://www.mid.ru/nsosndoc.nsf/0e9272bfa34209743256c630042d1aa/a54f9caa5e68075e432569fb004872a6?OpenDocument>.

MID: „Военная Доктрина Российской Федерации“, April 2000. In: <http://www.mid.ru/nsosdoc.nsf/0e9272bfa34209743256c630042d1aa/2a959a74cd7ed01f432569fb004872a3?OpenDocument>.

MID: „Морская Доктрина Российской Федерации На Период До 2020 Года“, August 2004. In: <http://www.mid.ru/nsosdoc.nsf/0e9272bfa34209743256c630042d1aa/432569fa003a249cc3256ef4002e5bb4?OpenDocument>.

Ministry of Economy of Ukraine: „A new Century Agenda for the ukrainian-american Strategic Partnership: Joint Statement by President George W. Bush and President Viktor Yushchenko“. In: [http://www.me.gov.ua/control/publish/article/main?art\\_id=46849&cat\\_id=48409](http://www.me.gov.ua/control/publish/article/main?art_id=46849&cat_id=48409).

Moscow Energy Strategy Insitute: Энергетическая стратегия России (ЭС-2030) / Бушуев В.В./ Презентация отчета о НИР «Разработка проекта Энергетической стратегии России на период до 2030 года», ноябрь 2007. In: <http://www.energystrategy.ru>.

NATO-Gipfeltreffen Bukarest, 4.4.2009. In: <http://www.nato.int/docu/update/2008/04-april/e0403h.html>.

NATO's role in energy security: [http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics\\_49208.htm](http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_49208.htm).

NATO-Russia-Funding-Act: [http://www.nato.int/cps/en/natolive/official\\_texts\\_25468.htm](http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_25468.htm).

Nordstream AG: <http://www.nord-stream.com/en/our-company.html>.

ОАО Gazprom: „Gazprom and E.ON close asset swap deal“, Press Release, Oktober 2009. In: <http://www.gazprom.com/press/news/2009/october/article70280/>.

ОАО Gazprom: „Газпром» и «ПГНИГ» согласовали вопросы сотрудничества в газовой отрасли“, Oktober 2009. In: <http://www.gazprom.ru/press/news/2009/october/article70263/>.

ОАО Gazprom: „Gazprom in figures 2003-2007“. In: [http://www.gazprom.com/documents/Stat\\_Eng\\_2007.pdf](http://www.gazprom.com/documents/Stat_Eng_2007.pdf).

ОАО Gazprom: „Годовой Отчет 2008“. In: <http://www.gazprom.ru/f/posts/95/166501/ar-2008.pdf>.

ОАО Gazprom: „Gazprom in Questions and Answers 2008“. In: <http://eng.gazpromquestions.ru/index.php?id=5>.

Putin, Wladimir: „Rede in Bundestag“, Wortprotokoll, 25.09.2001. In: [www.bundestag.de/geschichte/gastredner/putin/putin\\_wort.html](http://www.bundestag.de/geschichte/gastredner/putin/putin_wort.html).

Проект Договора о европейской безопасности (European Security Treaty- First Draft). In: <http://eng.kremlin.ru/text/docs/2009/11/223072.shtml>.

Richtlinie 2009/73/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG, S.2, Absatz 22. In: <http://www.istockanalyst.com/article/viewiStockNews/articleid/3647850>.

US-Department of State: „US-Ukraine Charter on strategic partnership“, 19.12.2008. In: <http://www.mfa.gov.ua/usa/en/publication/content/23512.htm>.

Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft, 2006. In: [http://europa.eu/legislation\\_summaries/enlargement/western\\_balkans/l27074\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/western_balkans/l27074_de.htm).

Westphal, Kirsten: „Medwedew beim Wort nehmen“, SWP-Aktuell, Juli 2009. In: [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=6199](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=6199).

Wintershall AG: „Zu Hause in der Welt: Die Wintershall-Schwerpunktregionen.“ In: [http://www.wintershall.com/exploration\\_produktion.html?&L=1](http://www.wintershall.com/exploration_produktion.html?&L=1).

Wintershall Erdgas Handelshaus Zug AG (WIEE). In: <http://www.wintershall.com/wiee.html?&L=1>.

#### IV. Internetzeitungen

Businessweek: [www.businessweek.com](http://www.businessweek.com)

Frankfurter Allgemeine Zeitung: [www.faz.de](http://www.faz.de)

Eurasianet: [www.eurasianet.org](http://www.eurasianet.org)

Handelsblatt: [www.handelsblatt.de](http://www.handelsblatt.de)

Kommersant: [www.kommersant.ru](http://www.kommersant.ru)

New York Times: [www.nytimes.com](http://www.nytimes.com)

Nezavisimaja Gazeta: [www.ng.ru](http://www.ng.ru)

Ria-Nowosti: [www.rianowosti.ru](http://www.rianowosti.ru)

Rossijskaja Gazeta: [www.rg.ru](http://www.rg.ru)

Süddeutsche Zeitung: [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de)

Vedomosti: [www.vedomosti.ru](http://www.vedomosti.ru)

Wall Street Journal: <http://online.wsj.com>

Washington Post: [www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)

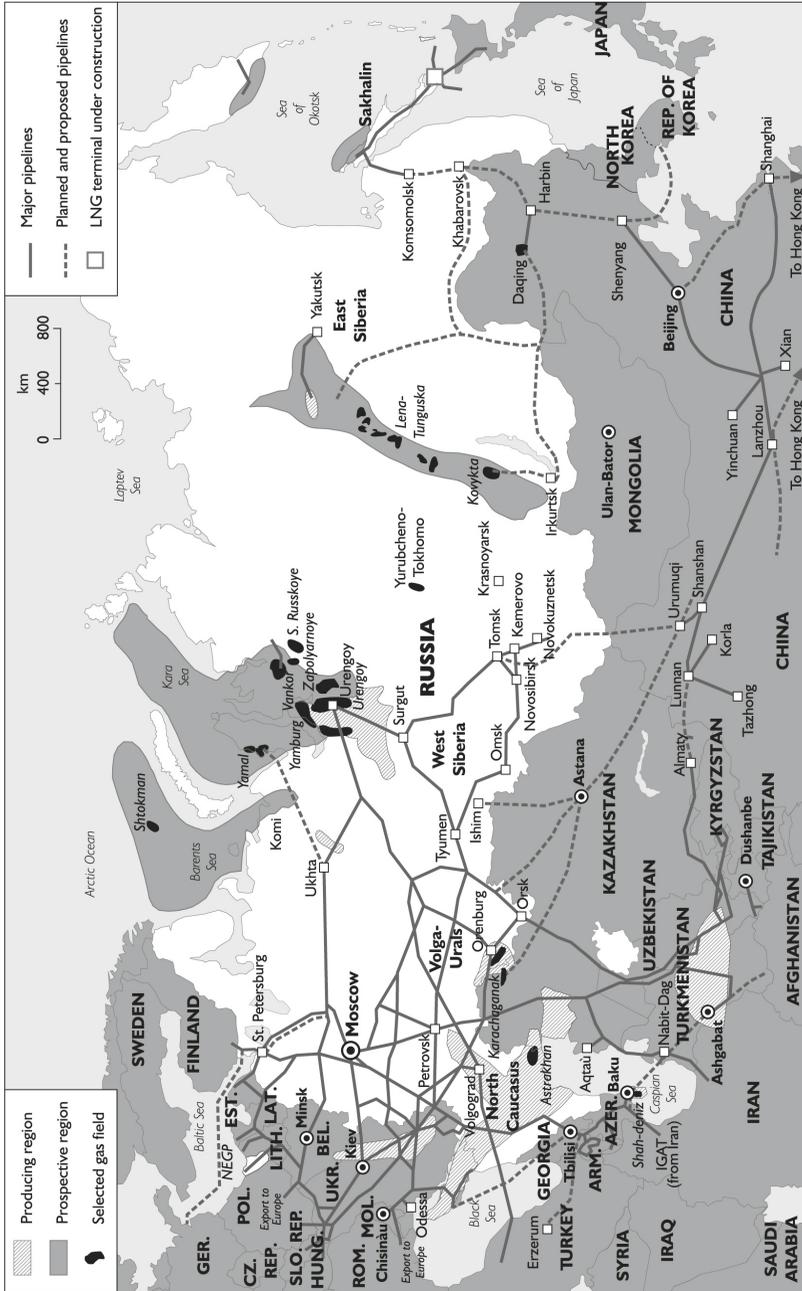
# Abbildungsverzeichnis

<b>Abb.1: Energetischer Bruttoinlandsverbrauch 2006</b>	<b>72</b>
Quelle: Eurostat, Strategic Energy Review, November 2008.	
<b>Abb.2: EU-Energieproduktion in MTOE</b>	<b>73</b>
Quelle: Eurostat, Strategic Energy Review, November 2008.	
<b>Abb. 3: EU-Handel mit Russland</b>	<b>76</b>
Quelle: Eurostat, EU-27 trade with China and Russia in 2007, Statistics in Focus, 9/2009.	
<b>Abb. 4: EU-Import aus Russland, nach Produkten</b>	<b>77</b>
Quelle: Eurostat, EU-27 trade with China and Russia in 2007, Statistics in Focus, 9/2009.	
<b>Abb. 5: EU-Export nach Russland, nach Produkten</b>	<b>77</b>
Quelle: Eurostat, EU-27 trade with China and Russia in 2007, Statistics in Focus, 9/2009.	
<b>Abb. 6: Beteiligungen westeuropäischer Konzerne und Gazproms an Gastransport und Gashandel in osteuropäischen Ländern</b>	<b>90</b>
Quelle: Gnedina, Elen/ Emerson, Michael, „The case for a Gas Transit Consortium in Ukraine – a Cost-Benefit Analysis“, CEPS Policy Brief, Januar 2009,Appendix 4.	
<b>Abb. 7: EU-ADI in osteuropäischen Staaten und Russland 2002-2006</b>	<b>92</b>
Quelle : Eurostat EU FDI Yearbook 2008.	
<b>Abb. 8: Gazproms Verluste: europäische und ukrainische Absatzpreise im Vergleich 2004-2008</b>	<b>104</b>
Quelle: Stern, Jonathan “Russo-ukrainian Gas Dispute“, Oxford Energy Institute, 2009.	

# Anhang: Karten



Wichtigste Russische Gashochleitungspipelines nach Europa (Quelle: EIA)



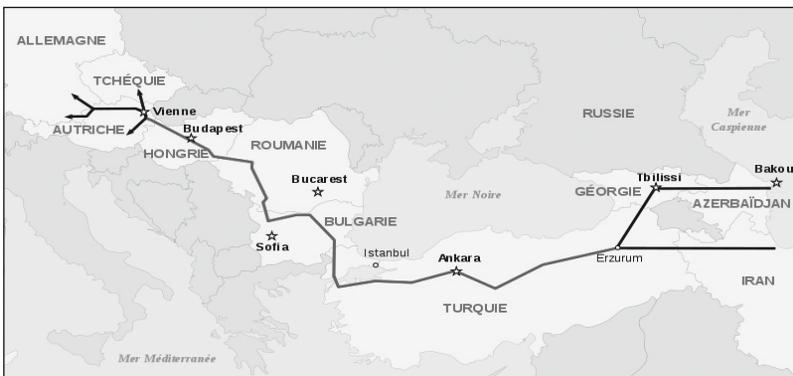
Major natural gas producing and prospective regions and pipelines (Quelle: I)A



Nordstream (Quelle: wikipedia)



Southstream (Quelle: wikipedia)



Nabucco-Pipeline (Quelle: wikipedia)

# Welt Trends Lehrtexte

*Anregend für die Debatte.*

*Unverzichtbar fürs Seminar.*

*Kostengünstig für das studentische Budget.*

Für Studenten und Dozenten!

- 1 | Nachdenken über Europa
- 2 | Autoritäre Regime
- 3 | Grenzen der EU
- 4 | Wissenschaftliches Schreiben
- 5 | Herrschaft in Süd- und Mittelamerika
- 6 | Internationale Beziehungen: Konzepte
- 7 | Regime im Nahen und Mittleren Osten
- 8 | Regieren in Brandenburg
- 9 | Politische Herrschaft im Vergleich
- 10 | Die Karibik-Krise 1962
- 11 | Atomare Rüstung und Abrüstung heute
- 12 | Das politische System Irans
- 13 | Die Genfer Abrüstungskonferenz
- 14 | Grenzen in den internationalen Beziehungen
- 15 | Deutsche Außenministerien bis 1945
- 16 | Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland
- 17 | Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR
- 18 | Res Publica: Eine Einführung in die Politikwissenschaft

## **Bestellen Sie ...**

... mit einer Mail an [bestellung@welttrends.de](mailto:bestellung@welttrends.de)

... auf [www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)

... auf [www.amazon.de](http://www.amazon.de) – Suchwort „Welttrends“

---

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WeltTrends-Lehrtextes interessiert sind, wenden Sie sich bitte an:  
HD Dr. Raimund Krämer ([r.kraemer@welttrends.de](mailto:r.kraemer@welttrends.de)).

[www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)



# Universitätsverlag Potsdam

Der Wissenschaftsverlag für  
hybrides Publizieren  
an der Universität Potsdam

Über **450** lieferbare **gedruckte** Titel  
im **Webshop**. Über **4500** Publikationen  
**online** auf dem Publikationsserver  
**Open Access** zum Download.

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

E-Mail: [verlag@uni-potsdam.de](mailto:verlag@uni-potsdam.de)

Tel.: +49 (0)331 977-4623

# Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

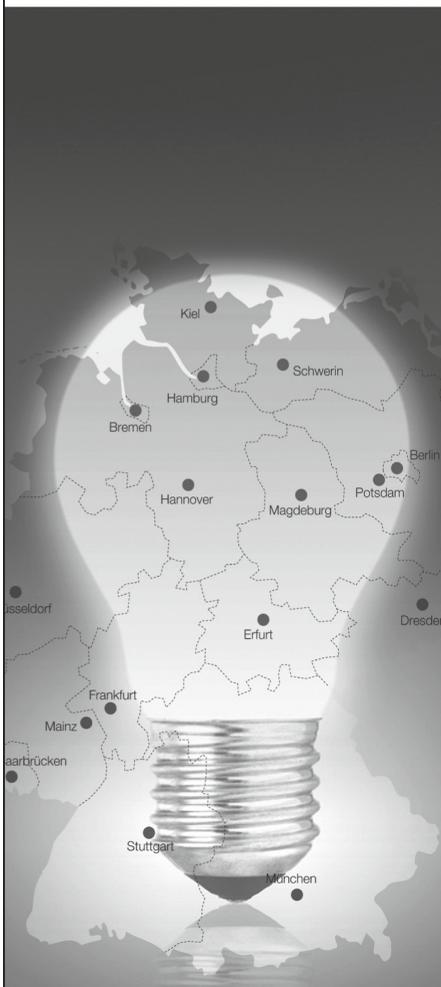
*Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 66!*

## Energiesicherheit Deutschlands

Globale Energiepolitik  
Versorger Russland  
Kaspische Ressourcen  
Kooperation im Hohen Norden  
Atom ist keine Alternative

Somalia – Scheitern als Chance?  
Nordkoreas Raketen  
Deutsche Wirtschaft in Afrika

*Abo-Vorteile!  
6 Ausgaben jährlich  
ab 25 €!*

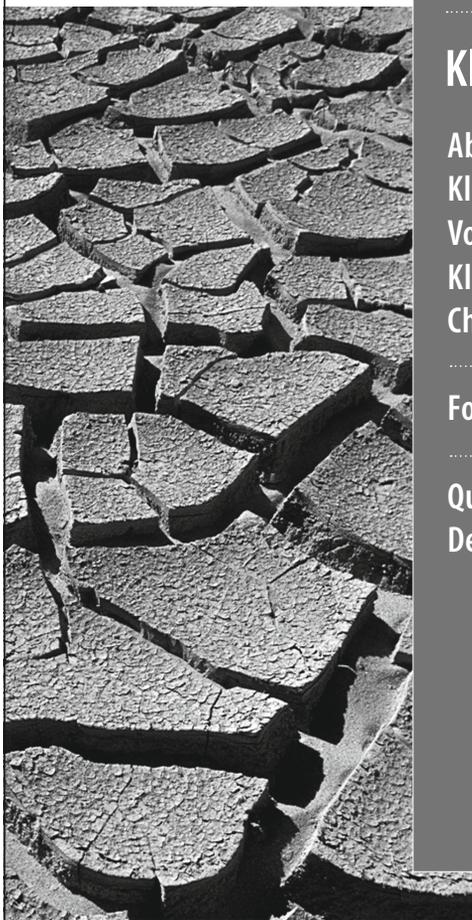


[bestellung@welttrends.de](mailto:bestellung@welttrends.de)

[www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)

# Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik



*Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 73!*

## Klima nach Kopenhagen

Abschied von Kyoto Plus  
Klima und Entwicklung  
Von Kyoto nach Cancún  
Klimaschutz finanziert  
China und Indien

Forum Afghanistan

Quo vadis Europa?  
Deutsche Interessen

**Abo-Vorteile!**  
6 Ausgaben jährlich  
ab 25 €!

[bestellung@welttrends.de](mailto:bestellung@welttrends.de)

[www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)

# Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

## *Bisher erschienene Themenhefte*

- |  |  |
|--|--|
| 76 Herausforderung Eurasien            | 38 Politisierung von Ethnizität        |
| 75 Exit Afghanistan                    | 37 Vergelten, vergeben oder vergessen? |
| 74 Vergessene Konflikte                | 36 Gender und IB                       |
| 73 Klimapolitik nach Kopenhagen        | 35 Krieg im 21. Jahrhundert            |
| 72 Südafrika und die Fußball-WM        | 34 EU-Osterweiterung im Endspurt?      |
| 71 Selektive Grenzen                   | 33 Entwicklungspolitik                 |
| 70 Brodelnder Iran                     | 32 Balkan – Pulverfaß oder ... ?       |
| 69 Europäische Brüche 39 – 89 – 09     | 31 Recht in der Transformation         |
| 68 NATO in der Sinnkrise               | 30 Fundamentalismus                    |
| 67 Außenpolitik in Schwarz-Rot         | 29 Die autoritäre Herausforderung      |
| 66 Energiesicherheit Deutschlands      | 28 Deutsche Eliten und Außenpolitik    |
| 65 Naher Osten – Ferner Frieden        | 27 10 Jahre Transformation in Polen    |
| 64 Konflikttherd Kaukasus              | 26 (Ab-)Rüstung 2000                   |
| 63 Geopolitik Ost                      | 25 Dezentralisierung und Entwicklung   |
| 62 Zerrissene Türkei                   | 24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich      |
| 61 Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 23 Kooperation im Ostseeraum           |
| 60 Russische Moderne                   | 22 Die Ostgrenze der EU                |
| 59 EU-Außenpolitik nach Lissabon       | 21 Neue deutsche Außenpolitik?         |
| 58 Regionalmacht Iran                  | 20 Demokratie in China?                |
| 57 Ressource Wasser                    | 19 Deutsche und Tschechen              |
| 56 Militärmacht Deutschland?           | 18 Technokratie                        |
| 55 G8 Alternativ                       | 17 Die Stadt als Raum und Akteur       |
| 54 Identität Europa                    | 16 Naher Osten – Region im Wandel?     |
| 53 Rotes China Global                  | 15 Identitäten in Europa               |
| 52 Deutsche Ostpolitik                 | 14 Afrika – Jenseits des Staates       |
| 51 Geheime Dienste                     | 13 Deutschland und Polen               |
| 50 Kerniges Europa                     | 12 Globaler Kulturkampf?               |
| 49 Militär in Lateinamerika            | 11 Europa der Regionen                 |
| 48 Internet Macht Politik              | 10 NATO-Osterweiterung                 |
| 47 Europäische Arbeitspolitik          | 9 Gewalt und Politik                   |
| 46 Globale Finanzmärkte                | 8 Reform der UNO                       |
| 45 Von Dynastien und Demokratien       | 7 Integration im Pazifik               |
| 44 Modernisierung und Islam            | 6 Zerfall von Imperien                 |
| 43 Großmächtiges Deutschland           | 5 Migration                            |
| 42 Europäische Außenpolitik            | 4 Geopolitik                           |
| 41 Transatlantische Perspektiven II    | 3 Realer Post-Sozialismus              |
| 40 Transatlantische Perspektiven       | 2 Chaos Europa                         |
| 39 Wohlfahrt und Demokratie            | 1 Neue Weltordnung                     |

## *Bestellen Sie ...*

... mit einer Mail an [bestellung@welttrends.de](mailto:bestellung@welttrends.de)  
... auf [www.amazon.de](http://www.amazon.de) – Suchwort „Welttrends“

## Bestellformular

Ich bestelle:

- ein **Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*  
6 Hefte und Register zum Preis von 40 € zzgl. Porto.
- ein **Studenten-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*  
6 Hefte und Register zum Preis von 25 € zzgl. Porto.
- ein **Institutionen-Abonnement** der Zeitschrift *WeltTrends*  
6 Hefte und Register zum Preis von 80 € zzgl. Porto.
- WeltTrends* Nr. [       ]  
zum Preis von je 9,50 € (Nr. 1-57 nur 5 €, Nr. 58-75 nur 6 €) zzgl. Porto.
- ein **kostenloses Probeheft** der Zeitschrift *WeltTrends*.

**Die Abonnements sind jederzeit kündbar.**

Gewünschte Zahlungsweise

- Rechnung
- Bankeinzug

Konto-Nr.: \_\_\_\_\_

Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

Geldinstitut: \_\_\_\_\_

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Welt Trends *Papiere*

*Sie möchten **Forschungsarbeiten** veröffentlichen?*

*Sie möchten in aktuelle **Debatten** streitbar eingreifen?*

*Sie möchten „klassische“ Texte für die **Lehre** einsetzen?*

*Dies alles schnell, preiswert und für ein breites Publikum?*

Wir bieten Ihnen dafür die **WeltTrends Papiere!**

- 1 | Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
- 2 | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Ende der Verfassungskrise?
- 3 | Ansprüche? Eigentumsfrage Deutschland – Polen
- 4 | Europäischer Einigungsprozess
- 5 | Deutsche Auslandseinsätze – Streitplatz um Militärmacht
- 6 | Migration und Integration in Brandenburg
- 7 | Russlands Außenpolitik 2007/2008
- 8 | Gibt es eine europäische Zivilreligion?
- 9 | Kapitalismus kontrovers
- 10 | Der islamische Dschihad in Pakistan
- 11 | Regieren ohne Demokratie?
- 12 | Der Iran-Konflikt und die Obama-Regierung
- 13 | Die Zapatistas in Mexiko

## ***Bestellen Sie ...***

... mit einer Mail an [bestellung@welttrends.de](mailto:bestellung@welttrends.de)

... auf [www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)

... auf [www.amazon.de](http://www.amazon.de) – Suchwort „Welttrends“

---

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Papieres interessiert sind,  
wenden Sie sich bitte an:  
Frau Azadeh Zamirrad M.A. (0331-977 3478 oder [zamiri@welttrends.de](mailto:zamiri@welttrends.de)).

[www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)

# Potsdamer Textbücher *PTB*

*In fachkundig konzipierten und  
breit angelegten eigenständigen  
Schriften und Sammelbänden  
werden im Rahmen der Schriftenreihe  
interdisziplinär diverse politische  
Themen analysiert und diskutiert.*

- PTB 1: Regionen in der Europäischen Union
- PTB 2: Polen – Staat und Gesellschaft
- PTB 3: Naher Osten – Politik und Gesellschaft
- PTB 4: Totalitäre und autoritäre Regime
- PTB 5: Kommunale Selbstverwaltung
- PTB 6: Die verschwundene (DDR-)Diplomatie
- PTB 7: Recht in der Transformation
- PTB 8: Das moderne Polen
- PTB 9: Making Civil Societies Work
- PTB 10: Polen und Deutsche im Wandel
- PTB 11: Das Castro-Regime auf Kuba
- PTB 12: Die Babelberger Diplomatschule

## **Bestellen Sie ...**

- ... mit einer Mail an [bestellung@welttrends.de](mailto:bestellung@welttrends.de)
- ... auf [www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)
- ... auf [www.amazon.de](http://www.amazon.de) – Suchwort „Welttrends“

---

Anfragen zu den Potsdamer Textbüchern richten sie bitte an den  
Herausgeber Dr. Erhard Crome ([crome@berlinerdebatte.de](mailto:crome@berlinerdebatte.de)).

[www.welttrends.de](http://www.welttrends.de)





Die Abhängigkeit der EU von Russlands Gaslieferungen sowie die Zuverlässigkeit des Transitlandes Ukraine sind hochgradig umstritten. Für den Politikwissenschaftler Jacopo Pepe zeigen sich dabei jedoch keine existenziellen Bedrohungen für die Versorgungssicherheit Europas, sondern konstruierte Diskurse. Er argumentiert, dass es sich hier nicht um ein geopolitisches, sondern um ein ökonomisches Problem handelt. Dieses wurzelt in dem ukrainisch-russischen Gasgeschäft der 1990er Jahre. Geopolitische Fragen und belastete politische Beziehungen haben die Krise zugespitzt und die russische Reaktion verschärft. Erst so konnte das Umfeld für einen „Securitization“-Diskurs entstehen, der mit geostrategischen Zielen der USA übereinstimmt.

Die Lösung muss sowohl (geo)ökonomisch als auch geopolitisch erfolgen: Geoökonomisch durch die Gründung eines europäisch- russisch-ukrainischen Konsortiums für die Verwaltung des International Transport System der Ukraine; geopolitisch durch eine kooperative Neuvermessung des Verhältnisses der EU mit Russland. Nur dadurch kann ein erneutes Scheitern der Gasversorgung Europas verhindert werden.